



Plenarprotokoll

5. Sitzung

Donnerstag, 20. Juli 2017

Umstellung des Schulsystems nur mit Dialog und Unterstützung	188	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	191
Antrag der Fraktion der SPD		Anita Klahn [FDP].....	192
Drucksache 19/58		Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD].....	194
Mehr Lernzeit für Gymnasien - Wahlfreiheit sichern	188	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	194
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	195
Drucksache 19/96		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/58	
Martin Habersaat [SPD].....	188, 197	2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/96.....	198
Tobias Loose [CDU].....	189		

Keine Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund	198	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	218
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/66		Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/14 und des Altern- ativantrags Drucksache 19/94 an den Wirtschaftsausschuss.....	220
Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund prüfen	198	Elternunabhängiges BAföG einführen	220
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/95		Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/13	
Kai Vogel [SPD].....	199, 206	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/97	
Hans-Jörn Arp [CDU].....	200	Lars Harms [SSW].....	220
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	202, 208	Tim Brockmann [CDU].....	221
Christopher Vogt [FDP].....	203	Dr. Heiner Dunkel [SPD].....	222
Jörg Nobis [AfD].....	204	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	223
Flemming Meyer [SSW].....	205	Dennys Bornhöft [FDP].....	224
Kerstin Metzner [SPD].....	206	Jette Waldinger-Thiering [SSW]..	225
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	208	Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur	226
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/66 und des Altern- ativantrags Drucksache 19/95 an den Wirtschaftsausschuss.....	210	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/13 2. Annahme des Altern- ativantrags Drucksache 19/97.....	227
Planungsverfahren für die Infra- struktur beschleunigen	210	Wahl der Mitglieder des Medienra- tes der Medienanstalt Hamburg/ Schleswig-Holstein (MA HSH)	227
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/14		Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 19/72	
Effizientes Planungsrecht in Schleswig-Holstein ermöglichen	210	Beschluss: Annahme des Wahlvor- schlags Drucksache 19/72 mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit	228
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/94		Aufhebung der Immunität eines Mitgliedes des Schleswig-Holsteini- schen Landtags	228
Flemming Meyer [SSW].....	210	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 19/103	
Lukas Kilian [CDU].....	211		
Kai Vogel [SPD].....	212		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	214		
Christopher Vogt [FDP].....	215		
Jörg Nobis [AfD].....	217		
Kerstin Metzner [SPD].....	218		

Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	228	Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	249
Beschluss: Annahme.....	229	Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur	249
Neuordnung der Kita-Gesetzge- bung	229	Martin Habersaat [SPD].....	250
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/49		Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 19/54 2. Ablehnung des Alterna- tivantrags Drucksache 19/92 (neu)	251
Beitragsfreie Kindertagesbetreu- ung einführen	229		
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/93 (neu)		* * * *	
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	229, 237	Regierungsbank:	
Serpil Midyatli [SPD].....	230, 237	Daniel Günther, Ministerpräsident	
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	232, 239	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung und Erster Stellvertreter des Ministerpräsi- denten	
Anita Klahn [FDP].....	233	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen- schaft und Kultur	
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	235	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstel- lung	
Flemming Meyer [SSW].....	236	Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	238	Monika Heinold, Finanzministerin	
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	240	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
Beschluss: 1. Ablehnung des Ände- rungsantrags Drucksache 19/93 (neu) 2. Annahme des Antrags Drucksache 19/49.....	242	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge- sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei- ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Konzept zur Verbesserung des Ge- sundheitsmanagements an Schulen	242	* * * *	
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/54			
Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/92 (neu)			
Anita Klahn [FDP].....	242		
Kai Vogel [SPD].....	243		
Tobias Loose [CDU].....	245		
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	246		
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	247		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	248		

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich.

Beginnen möchte ich mit einem freudigen Ereignis: Der Abgeordnetenkollege Tobias von Pein und seine Frau Simone sind Eltern eines Sohnes - Piet - geworden. - Wir gratulieren zu der glücklichen Geburt!

(Beifall)

Erkrankt ist die Kollegin Dr. Marret Bohn. - Wir wünschen gute Besserung!

(Beifall)

Beurlaubt ist ab 12:30 Uhr die Ministerin Monika Heinold.

Auf der Tribüne begrüßen wir Schüler und Schülerinnen des Sophie-Scholl-Gymnasiums Itzehoe. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Umstellung des Schulsystems nur mit Dialog und Unterstützung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/58

Mehr Lernzeit für Gymnasien - Wahlfreiheit sichern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/96

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete der SPD-Fraktion Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Frage, „G 8 oder G 9 an Gymnasien?“, hat so ziemlich jede Fraktion hier im Landtag in den vergangenen 15 Jahren so ziemlich jede Position einmal vertreten. Ich erinnere daran, dass die FDP vor 15 Jahren noch flammende Beiträge mit

der Forderung nach Einführung von G 8 an Gymnasien gehalten hat. Wir haben das damals abgelehnt.

2007 hat dann eine Große Koalition aus SPD und CDU G 8 an Gymnasien beschlossen.

2012 gab es einen Bildungsdialog mit der Empfehlung: G 8 an Gymnasien, G 9 an Gemeinschaftsschulen.

Noch im Entwurf des CDU-Wahlprogramms 2017, der auf dem Landesparteitag auslag, war von der Rückkehr zu G 9 nicht die Rede. Nach entsprechenden Meinungsumfragen dann doch! Wir müssen anerkennen, dass der heutige Ministerpräsident die Gunst der Stunde zu nutzen gewusst hat und sich von seinen bisherigen Überzeugungen nicht hat stören lassen.

Ein ähnliches „Kompliment“ müssen wir wohl auch der Bildungsministerin machen, die sich vor einiger Zeit noch in diesem Ton äußerte: Die vollständige Rückkehr zu G 9 werde die qualitative Weiterentwicklung der Gymnasien über Jahre blockieren. - Das fand sie allerdings mit Blick auf die Hamburger Gymnasien. - Auf Gymnasien und Verwaltung komme immenser zusätzlicher Aufwand zu. An allen Gymnasien müssten nicht nur zusätzliche Klassen eingerichtet und neue Lehr- und Lernmaterialien besorgt werden; vor allem müssten zwingend vorab alle Bildungspläne für G 9 neu erstellt werden. - So die Abgeordnete Prien seinerzeit.

Meine Damen und Herren, die SPD ist nicht der Lordsiegelbewahrer von G 8 an unseren Gymnasien. Wir haben für die Ergebnisse des Bildungsdialogs und für den Schulfrieden geworben, dafür aber keine Mehrheit gefunden. Dass es bei einem Koalitionswechsel keine vollständige politische Kontinuität geben kann, ist uns klar. Drei Appelle richte ich dennoch heute an die neue Landesregierung:

Erstens. Sie kündigen in Ihrem Koalitionsvertrag einen Bildungsdialog an. Sie nennen es „Austausch“; aber Austausch und Dialog sind artverwandt. - Nehmen Sie das ernst! Dazu würde gehören, dass man nicht einen Tag vor der Landtagsdebatte einen Fahrplan per Pressemitteilung veröffentlicht.

(Beifall SPD und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Allerdings!)

Dazu würde gehören, mit den Beteiligten ins Gespräch zu kommen und auch den Dialog der Beteiligten untereinander zu fördern, offene Fragen aber nicht nach dem Motto „Teile und herrsche!“ in kleinen Runden und Einzelzirkeln zu klären.

(Martin Habersaat)

(Beifall SPD und SSW)

Dazu würde gehören, ergebnisoffen zu sprechen und nicht nur zu informieren.

(Beifall SPD und SSW)

Es gäbe einiges zu besprechen. Schulkonferenzen sollen nach Ihrer Planung in geheimer Abstimmung einmalig mit Dreiviertelmehrheit dafür votieren können, bei G 8 zu bleiben. - Mit Dreiviertelmehrheit? Meine Damen und Herren, die Verfassung kann man schon mit einer Zweidrittelmehrheit ändern!

(Beifall SPD und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr demokratisch ist das!)

Wie ist es denn mit der Schulentwicklung in den Kreisen? Was ist mit den Rahmenplänen? Wie gehen Hochschulen und Ausbildungsbetriebe damit um, dass wir einen Jahrgang ohne Absolventen haben werden? Da reicht es eben nicht aus, in den Sommerferien die Direktoren einzubestellen und von oben zu verkünden, wie es sein soll; da braucht es Dialog.

(Beifall SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Man fragt sich auch, was die Mühe eines eigenen Antrags aus den Koalitionsfraktionen sollte, wenn sowieso gestern per Pressemitteilung alles schon geklärt wurde. Oder haben Sie parallel gearbeitet, ohne voneinander zu wissen?

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Der zweite Appell: Lassen Sie nicht die Schulträger unter Ihrem Wankelmut leiden!

(Beifall SPD und SSW)

Sie werden zur Umsetzung Ihrer Absicht mehr tun müssen als nur § 44 Absatz 2 des Schulgesetzes zu ändern. Sie schaffen einen neuen Jahrgang an Gymnasien. Die neuen Klassen werden auch neue Fachräume brauchen. Dabei sind die Gymnasien schon heute gut ausgelastet. Auf die Gymnasien werden neue Schülerströme zukommen.

Frau Prien, ich erinnere an die Situation, was die Lehr- und Lernmaterialien angeht. Man kann ruhig anerkennen, dass man das mit seiner Entscheidung von oben verursacht hat. Da reicht es nicht aus, wolkig über denkbare Auswirkungen zu fabulieren.

(Beifall SPD und SSW)

Dritte Forderung: Transparenz bei den Stellen! Bei der Umstellung auf G 9 wird für einen gewissen Zeitraum ein Teil der Lehrerinnen und Lehrer frei-

gesetzt. Diese müssen allen Schularten zugutekommen. Ich erkenne an, dass Sie das in Ihren Antrag übernommen haben. Das ist ein guter Punkt.

(Beifall SPD und SSW - Tobias Loose [CDU]: Übernommen?)

Abschließend finde ich es bemerkenswert, dass nicht nur dem Parlament die Debatte vorweggenommen wird, sondern dass nunmehr auch das Bildungsministerium per Pressemitteilung verkündet, was die Fraktionen denn zu tun gedenken. Das ist eine neue Qualität. Willkommen in Jamaika!

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias Loose.

(Zurufe CDU und FDP: Für seine erste Rede!)

Zu seiner ersten Rede im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Tobias Loose [CDU]:

Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin, danke, dass Sie mir den Welpenschutz zugestehen. - Liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist wohl in der Tat so, dass Regierung und Fraktionen sich in dieser Koalition stärker abstimmen. Das ist in der Vergangenheit nicht immer so gewesen, Herr Habersaat.

(Martin Habersaat [SPD]: Woher wissen Sie denn davon?)

- Ich habe auch ein Zeitungsabonnement.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

- Wunderbar. Aber nun wollen wir zur Sache sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Es ist ein zentrales Wahlkampfversprechen der CDU gewesen, flächendeckend wieder G 9 an den schleswig-holsteinischen Gymnasien einzuführen. Wir als Jamaika-Koalition wollen und werden dieses Ziel erfüllen. Wir haben dazu ein klares Bekenntnis im Koalitionsvertrag. Das ist jetzt ja auch veröffentlicht worden und Bestandteil des 100-Tage-Programms der Landesregierung. Wir haben einen klaren Zeitplan dazu, und ich bin sehr dankbar, dass die Bildungsministerin diesen gestern auch vorgestellt hat.

(Tobias Loose)

Die Bildungsministerin macht aus unserer Sicht Nägel mit Köpfen. Wir werden direkt nach der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Schulgesetzänderung in diesem Plenum diskutieren und dann genau das erfüllen, was Sie, Herr Habersaat, auch einfordern, nämlich einen Beteiligungsprozess starten.

Das eine ist, dass die Landesregierung das auch jetzt schon tut, also mit den Betroffenen spricht. Ich finde es zum anderen auch nicht verkehrt, dass eine Schulleiterversammlung zum Beispiel dafür genutzt wird, und ich halte es auch nicht für verkehrt, dass man Elternvertreter und Schülervertreter einlädt. Ich halte es auch nicht für verkehrt, was in der Vergangenheit gar nicht so sehr ein Schwerpunkt war, dass ein Landesschulbeirat in solche Diskussionen eingebunden wird.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Ich bin ja selber schon einmal Mitglied des Landesschulbeirates gewesen, Frau Raudies.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ich will an dieser Stelle sagen, dass Bildungsdialogveranstaltungen durchaus dazu führen, dass formale Gremien, die wir auch haben und für die es klare Regeln gibt, bei denen das Bildungsministerium aber nicht in der Lage ist, diese Regeln vielleicht auch zu verändern, im Anhörungsverfahren, für das die Regeln klar sind, auch genutzt werden. Ich finde, das ist auch ein sehr wichtiger Teil von Beteiligung, dass diejenigen, die eingebunden werden, dann am Ende auch nach bestimmten Regelungen zu Wort kommen. Das halte ich für wichtig und das tun wir auch mit unserem Beteiligungsverfahren, das wir für die Veränderung hin zu G 9 auch entsprechend umsetzen wollen.

(Beifall CDU und FDP)

Ich bin auch dankbar für den Hinweis auf die Schulträger. Selbstverständlich kann dies durch die Einführung von G 9 auch zu Veränderungen führen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir einen 13. Jahrgang erst im Schuljahr 2025/2026 einführen werden. Wir können heute sehr viel darüber diskutieren, was wir vielleicht an Veränderungen brauchen werden. Aber in Wahrheit ist es so: Wahrscheinlich macht dies heute überhaupt keinen Sinn, weil ein Teil des Koalitionsvertrages ja auch, wie Sie wissen, ein Schulbausanierungsprogramm ist, mit dem wir uns zusammen mit den Kommunen insbesondere um den Schulbau kümmern wollen.

Es erstaunt mich, Herr Habersaat, dass Sie gerade deutlich gemacht haben, Ihre Initiative sei es, jetzt

darauf hinzuweisen, dass Lehrkräfteunterrichtsstunden im Rahmen dieser G-9-Geschichte frei würden. Wir haben im Wahlkampf immer und immer wieder betont, dass das ein Element sein kann, um die Unterrichtsversorgung für eine kurze Zeit zu verbessern. Ich erinnere mich an viele Diskussionen, die wir zusammen geführt haben, in denen Sie das negiert und gesagt haben, G 9 sei an solchen Stellen überhaupt nicht hilfreich. Deshalb muss ich etwas schmunzeln, wenn Sie das als einen ersten Punkt in Ihrem Antrag aufnehmen und uns den Vorwurf machen, dass wir das nicht vorher erkannt hätten.

(Beifall CDU)

Mehr Zeit für Bildung ist unser Ziel. Wir haben hier - auch das haben Sie richtig gesagt - auch einmal für G 8 gekämpft. Aber ich möchte sehr deutlich sagen, dass sich die Rahmenbedingungen verändert haben. Wir haben die Wehrpflicht abgeschafft, wir haben den Bologna-Prozess gehabt, der dazu führt, dass es eine Studienzeiterkürzung gibt, die dazu führt, dass viele Rahmenbedingungen, die wir damals mit G 8 verbessern wollten, heute gar nicht mehr notwendig sind. Wir haben erlebt, dass sich Unterricht an Schulen verdichtet, dass viele junge Menschen dann auch in den Abendstunden Hausaufgaben erledigen und sich deshalb für ein ehrenamtliches Engagement nicht mehr so sehr einbringen können, weil sie keine Zeit mehr dafür haben. Das ist übrigens ein großes Problem im ländlichen Raum. Und das ist auch ein zweiseitiges Problem, weil sich junge Menschen auf der einen Seite nicht mehr ehrenamtlich engagieren können, weil sie die Zeit dafür nicht haben, ihnen auf der anderen Seite aber am Ende ein Jahr fehlt, um dieses zu tun.

Ich freue mich, dass wir jetzt auf den Weg kommen. Wir haben uns als Jamaika-Koalition dieses klare Ziel gesetzt, G 9 einzuführen. Wir haben jetzt einen klaren Zeitplan. Wir werden an dieser Stelle im Plenum und im Ausschuss darüber diskutieren, und wir werden selbstverständlich auch mit allen Beteiligten diskutieren.

Ich bedanke mich recht herzlich dafür, dass Sie mir während meiner ersten Rede so aufmerksam zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Martin Habersaat [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 76 % der Wählerinnen und Wähler haben in einer Wahlbefragung mehr Lernzeit am Gymnasium gefordert. Sie wollen G 9 an Gymnasien. Das ist eine eindeutige Mehrheit. Die Jamaika-Koalition nimmt diesen Wunsch ernst und wird die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren ermöglichen.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Wir Grüne haben eine andere Position, hatten eine andere Position: Die Schule sollte Ruhe zum Arbeiten haben, ohne neue Schulstrukturdebatten.

Mit der Rückkehrmöglichkeit zu G 9 liegen wir im Bundestrend, zumindest im Trend der westlichen Bundesländer. Hessen, Niedersachsen und Bayern haben es vorgemacht. CDU und FDP in NRW haben diese Option im Koalitionsvertrag beschlossen.

Seit Juni haben wir in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, dass es ab dem Schuljahr 2019/2020 wieder G 9 an unseren Gymnasien geben kann. Nun warten vor allem viele Grundschulleitern darauf, dass möglichst schnell die Entscheidung fällt, ob das Gymnasium ihrer Wahl zu G 9 zurückkehrt oder bei G 8 oder G Y bleibt. Die Schulen und Familien wollen schnell Planungssicherheit. Das haben sie in Gesprächen mit uns eingefordert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Gleichzeitig brauchen die Schulen einen Vorlauf für ihre Entscheidungsfindung und anschließend für die Umsetzung. Das Bildungsministerium hat also auf der einen Seite die Aufgabe, zügig mit Lehrkräften, Schülerinnen, Eltern und Schulträgern über die Rahmenbedingungen über G 9 ins Gespräch zu kommen. Sie alle müssen gut informiert werden, um eine solide Basis für ihre Entscheidung zu bekommen. Auf der anderen Seite muss genauso zügig eine Schulgesetzänderung vorbereitet werden, auf deren Grundlage die Schulkonferenzen ihren Beschluss für den Weg zum Abitur fassen können. Beiden Wünschen gerecht zu werden, ist eine echte Herausforderung.

Vizepräsidentin Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete Strehlau, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Es gibt ja Gerüchte, die FDP hätte den Platz gewechselt, um von dem Mikro wegzukommen, was ja in der Vergangenheit nicht immer funktionierte.

(Zuruf FDP)

Der Kollege Kubicki war sonst immer der, der mit dem Mikrofon Probleme hatte.

Frau Präsidentin! Vielen Dank, Frau Kollegin, wir haben gestern sehr viel über Demokratie gehört, über Minderheiten und so weiter. Sie sprechen nun die ganze Zeit davon, dass sich die Schulen entscheiden sollen. Wenn es so gute Gründe für G 9 gibt und wenn die Bevölkerung das mit einer so großen Mehrheit will, warum braucht es dann eine 75%-Entscheidung dagegen? Wenn das doch alles so überzeugend ist, dann könnten Sie doch eine ganz normale Mehrheit in der Schulkonferenz entscheiden lassen.

- Ich glaube, die Argumente kann Ihnen die CDU-Fraktion sehr gut darlegen.

(Heiterkeit und Beifall SPD, SSW und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Uns ist auch in dieser Wahlperiode der Dialog mit allen Beteiligten wichtig. Wir werden ihn in dieser Wahlperiode auch führen. Die Umstellung zu G 9 ist aber eine Entscheidung, die einen zügigen parlamentarischen und ministeriellen Entscheidungsprozess braucht. Es wird mit der Schulgesetzänderung hin zu G 9 keine Zwangsveränderung geben. Das stellen wir in unserem Antrag klar. Die Schulen haben das Wahlrecht, bei ihrem Modell zu bleiben.

Die Ministerin hat gestern den Fahrplan für G 9 veröffentlicht. Dort sind diese Punkte enthalten. Das Ministerium wird viele Gespräche in unterschiedlichen Runden mit allen Beteiligten führen und Verfahren und Umsetzungsschritte diskutieren. Die politische Entscheidung zur Rückkehr zu G 9 ist gefallen. Über das Ob brauchen wir keinen Dialog zu führen, zumal es eine Wahlmöglichkeit gibt. Über das Wie werden wir uns in schriftlicher und mündlicher Anhörung und auch in bilateralen Gesprächen mit Schülern, Lehrern und Eltern austauschen. Die Kritik der SPD, wir würden ohne Dialog durchregieren, ist also Quatsch.

Für uns Grüne ist es wichtig, klarzustellen, dass die Schüler und Schülerinnen beim G 9 Bildungsgang in der Sekundarstufe I tatsächlich entlastet werden, die Wochenstundenzahl also wie bei den bestehen-

(Ines Strehlau)

den G 9 Gymnasialzweigen bleibt. So kommt das versprochene Mehr an Zeit, zum Beispiel für außerschulische Aktivitäten auch bei den Schülern und Schülerinnen an. Die bis zum Aufwachsen des 13. Jahrgangs frei werdenden Stunden werden zur Stärkung des Bildungsbereichs eingesetzt. Baustellen gibt es da viele. 100 % Unterrichtsversorgung, Bildungsbonus für Schulen mit besonderen Herausforderungen und Inklusion sind für uns Grüne wichtige Punkte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Uns ist bewusst, dass die Rückkehr zu G 9 an Gymnasien die Konkurrenzsituation zu Gemeinschaftsschulen vergrößern kann. Deshalb werden wir als Koalition den Gemeinschaftsschulen Unterstützung geben, damit sie weiterhin eine starke Säule im Schulsystem bleiben. Dazu brauchen sie Ressourcen und Freiräume, je nach Standort eine eigene Profilierung zu entwickeln, vielleicht mit Schwerpunkt Digitalem, Kultur oder Technik. Wir werden darüber mit den Gemeinschaftsschulen diskutieren. Uns Grünen ist wichtig, dass Bildungsgerechtigkeit weiter ganz oben auf der Agenda steht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Bevor ich das Wort der Abgeordneten der FDP-Fraktion, Anita Klahn, erteile, begrüße ich auf der Tribüne sehr herzlich den ehemaligen Abgeordneten Heiko Hoffmann. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg möchte ich mich bei den Verhandlungspartnern von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Ministerin Prien bedanken, dass wir bei diesem Thema in respektvoller Diskussion einen Koalitionsvertrag geschaffen haben, der die Grundlage für eine gute Weiterentwicklung unseres Bildungssystems ist - ich betone: des gesamten Bildungssystems mit Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Beruflichen Schulen, Förderzentren, Schulen in freier Trägerschaft und natürlich den Grundschulen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe SPD)

Es ist kein Geheimnis, dass zwischen den Koalitionspartnern gerade im Bildungsbereich in einigen Bereichen wirklich große unterschiedliche Vorstellungen bestanden, aber auch noch bestehen. Was ich besonders gut finde, ist, dass alle Partner aufeinander zugegangen sind; denn das ist notwendig, um unser Land verantwortungsvoll zu regieren.

Meine Damen und Herren, mit der flächendeckenden Rückkehr zu G 9 befreien wir die Gymnasien, aber vor allem die Schülerinnen und Schüler, von dem Druck, der durch die politisch schlecht vorbereitete Einführung von G 8 auf diesen lastete. Wir geben ihnen mehr Lernzeit, mehr Zeit für einen guten Entwicklungsprozess. Gleichzeitig schaffen wir Freiräume, Zeit, die für Sport, Musik, Soziales und kulturelles Engagement oder für andere individuelle Interessen genutzt werden kann, wobei uns die Wahlfreiheit wichtig ist. Es gibt aus liberaler Sicht keinen Grund, den Schulen eine Veränderung aufzuzwingen, die in den letzten zehn Jahren gut funktionierende Konzepte für G 8 entwickelt und umgesetzt haben und die heute mit einem deutlichen Votum der Eltern, Lehrer und Schülerschaft so akzeptiert und fortgeführt werden sollen. Politik sollte auf die Fachleute in der Schullandschaft hören, auf die Betroffenen. Gleiches Recht haben wir in der Vergangenheit für G 9 gefordert. Damit meine ich keinen sozialdemokratisch initiierten Bildungsdialog, bei dem das Ergebnis schon vorher feststeht,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was ist das für ein Quatsch!)

sondern einen echten Beteiligungsprozess.

(Zurufe SPD)

Liebe Kollegen von der SPD, bewegen Sie sich doch endlich in der Bildungspolitik! Gleich welche Regierungskonstellation es in Schleswig-Holstein gegeben hätte, die Rückkehr zu G 9 wäre von Ihnen nicht verhinderbar gewesen.

Ich möchte mich auf einen Artikel im „Hamburger Abendblatt“ vom 17. Juni 2017 zur Rückkehr zu G 9 beziehen. Das Hamburger Abendblatt hatte nach der Stimmungslage im Kreis Stormarn - Kollege Habersaat sollte sich dort bestens auskennen - im Hinblick auf die Rückkehr zu G 9 an Gymnasien gefragt. In Stormarn gibt es - zur Information für viele, die es nicht wissen - zurzeit kein G-9-Gymnasium. Das Ergebnis der Befragung war ziemlich eindeutig. Überall, wo bereits eine breite Meinungsbildung erfolgt war, sprechen sich Elternvertreter, Schulleiter und Lehrer für eine Rückkehr zu G 9 aus. Selbst der örtliche GEW-Vertreter empfiehlt die Rückkehr zu G 9.

(Anita Klahn)

Interessant an dem Artikel war aber, dass der Kollege Habersaat gefragt wurde, was er denn davon hält. Die Antwort haben wir nicht bekommen. Vielleicht möchte er sie ja jetzt geben.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Sie gestatten also eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Habersaat?

Anita Klahn [FDP]:

Ja.

Martin Habersaat [SPD]: Frau Kollegin Klahn, der Abgeordnete Habersaat ist da gefragt worden, was er denn glaubt, wie sich die Gymnasien in Stormarn entscheiden werden. Er hat, soweit ich mich erinnere, gesagt, er gehe davon aus, dass alle Gymnasien in Stormarn zu G 9 zurückkehren werden, weil - und das stand da vielleicht nicht in der Ausführlichkeit - diese Hürde von 75 % eine wahnsinnig hohe sei. Wenn ich an einer Schule ein Befürworter von G 8 wäre - und die gibt es ja, sie sind vielleicht nicht in der Mehrheit, aber es gibt sie, das müssen wir gemeinsam anerkennen -, warum sollte ich mich auf einen Kampf einlassen, wenn man schon weiß, dass die Hürde am Ende bei 75 % liegt? Wie gesagt, eine Verfassung kann man mit zwei Dritteln ändern. Vielleicht nutzen Sie die Gelegenheit, um uns noch einmal zu erklären, warum es eine Dreiviertelmehrheit sein muss.

(Beifall SPD und SSW)

- Lieber Kollege Habersaat, ich glaube, dass ich Ihnen das nicht erklären muss, weil das eine rein rhetorische Frage von Ihnen ist.

(Zurufe SPD - Beifall FDP und CDU)

Sie versuchen hier, den Untergang des Abendlandes zu skizzieren, indem wir die Rückkehr zu G 9 ermöglichen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist nur eine Frage!)

Registrieren Sie ganz schlicht und einfach, dass die Mehrheit der betroffenen Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler eine Rückkehr zu G 9 möchte.

(Zurufe SPD)

Sie hätten - da möchte ich einmal das aufgreifen, was Sie vorhin in Ihrem Beitrag gesagt haben - damals bei der Einstimmenmehrheit mit Ihrem per-

sönlichen Abstimmungsverhalten für eine Kontinuität an den Schulen sorgen können.

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das ist jetzt eine Angelegenheit zwischen Frau Klahn und Herrn Habersaat!

Anita Klahn [FDP]:

Wir hatten eine Wahlfreiheit. Herr Habersaat, Sie sind mehrfach gefragt worden, warum Sie das nicht gemacht haben. Sie sind gefragt worden, wie Ihre persönliche Haltung zu G 8 und G 9 ist. Ich erinnere an eine Veranstaltung beim Philologenverband, wo Sie sich hingestellt und gesagt haben: Eigentlich war ich ja für G 9, aber nun war es halt so. - Herr Habersaat, ist das ehrlich?

(Zurufe SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Keine Argumente! - Unruhe)

Ich möchte das hier im Plenum nicht weiterführen. Das können wir gern - -

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Anita Klahn.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Frau Klahn, würden Sie jetzt bitte fortfahren.

Anita Klahn [FDP]:

Wenn ich die Aufmerksamkeit des Plenums wiederbekomme, gern.

Meine Damen und Herren, für meine Fraktion ist die Frage schon lange Zeit klar. Wir haben die Schulgesetznovelle 2007 abgelehnt, als G 8 von der Großen Koalition für alle zwangsweise eingeführt wurde.

(Zurufe SPD)

Unsere Position war immer, den Gymnasien die Wahlfreiheit zwischen G 8, G 9 oder G Y zu geben, und diese Möglichkeit haben wir ihnen 2011 eingeräumt. Wir haben uns dabei immer ein flächendeckendes G-9-Angebot an Gymnasien vorgestellt, zumal wir immer betont haben, wer die Schulzeit verkürzen wollte, konnte es schon immer.

Letzten Endes geht es doch darum, was für die Schüler und Schülerinnen das Beste ist, mit wel-

(Anita Klahn)

chem Konzept jede Schülerin und jeder Schüler das individuell beste Ergebnis erreicht. Für viele, nicht für alle, aber für den größeren Teil der Schülerinnen und Schüler ist G 9 dabei das passende Angebot. Natürlich werden wir Gespräche mit den Schulträgern führen. Aber Schulbauinvestitionen werden ehrlicherweise eher durch die höher prognostizierte Schülerzahl notwendig als allein durch die Rückkehr zu G 9. Außerdem haben wir zusätzliche Investitionsmittel für Schulbaumaßnahmen eingeplant.

Und noch ein letztes Wort zur SPD. Ich weiß, dass es immer schwierig ist, auf die politische Konkurrenz zu hören. Vielleicht hören Sie auf Ihren Ministerpräsidenten Weil, der sich bereits im Jahr 2004 für G 9 an Gymnasien eingesetzt hatte, oder auch auf Ihren Kanzlerkandidaten Martin Schulz, der sich im Mai 2017 auch zu einer Rückkehr zu G 9 ausgesprochen hat.

Meine Damen und Herren, ich beantrage Abstimmung in der Sache und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD hat die Abgeordnete Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein das Wort.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [AfD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Warum die SPD einen derart trivialen Antrag vorlegt, ist mir unbegreiflich.

(Beifall AfD)

Aber auch der Antrag der Regierungsfractionen besteht im Wesentlichen aus frommen Absichtserklärungen. Die Rede der Kollegin von den Grünen offenbart doch bereits Risse in der Regierungskoalition.

(Beifall AfD)

In der Sache ist die AfD schon lange viel weiter gewesen. Sie will die Eigenverantwortung der Schulen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips fördern. Die Schulen sollen frei darin sein, ob und wie sie den Gymnasialzug ausgestalten wollen. Es sind doch reine Selbstverständlichkeiten im fachlichen wie im menschlichen Umgang miteinander, die mit den Anträgen gefordert werden. Warum zum Beispiel ein Bildungsdialo g gesetzlich fixiert werden muss, erschließt sich mir ebenso wenig wie die Fra-

ge, warum bereits jetzt langfristig greifende Regelungen getroffen werden sollen, Regelungen, die, wenn sie in neun Jahren überhaupt greifen würden, bereits von der Realität ad absurdum geführt sein können.

Meine Damen und Herren, müssen wir wirklich über jeden Nagel in der Schulbank hier im Landtag beraten? Muss jede Linealgröße vom Landtag beschlossen werden? - Ich meine: Nein. Die kostbare Zeit des Hohen Hauses sollten wir für wichtige Debatten um die Zukunft unseres Landes nutzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestern Nachmittag konnten wir hier alle sehen, wie wir Abgeordnete zwischen den einzelnen Tagesordnungspunkten unsere Smartphones beziehungsweise iPads aufklappten, um zu lesen, dass das Bildungsministerium bereits eine Pressemitteilung mit dem Titel herausgehauen hatte: „Unser Fahrplan für G 9 steht“. Heute Morgen konnten wir die „Kieler Nachrichten“ aufschlagen, und ich muss sagen: Na dann, Jette, nimm deine Rede und pack sie wieder weg.

(Zuruf AfD: Genau!)

Ich finde, das ist ein total schlechter parlamentarischer Stil.

(Beifall SSW und AfD)

Wir wollen konstruktive Oppositionsarbeit leisten. Ich finde aber, auf diese Art und Weise fällt es einem schwer, konstruktiv dieses Thema mit der Bildungsministerin und auch mit der Jamaika-Koalition zu diskutieren. Jeder in diesem Hohen Haus und jeder, der oben auf der Tribüne sitzt, kann etwas zur Bildung sagen, weil wir alle irgendeine Kindheits Erinnerung haben, wie es damals war, als wir zur Schule gegangen sind.

Dass ein schneller Fahrplan ohne Stopps umgesetzt werden soll, damit die kommenden Eltern entscheiden können, ob sie ihre Kinder auf das Gymnasium mit dem Abitur nach G 8 oder G 9 schicken können, belastet mich nicht mehr, ich habe damit meinen Seelenfrieden geschlossen. Ich bin in der Op-

(Jette Waldinger-Thiering)

position angekommen. Mir geht es darum, dass wir ein parlamentarisches, sauberes Verfahren machen.

(Beifall SSW und vereinzelter Beifall SPD)

Wir haben angemerkt, dass es konnexitätsauslösend wirkt. Frau Klahn hat gesagt, dass ein Schulbauförderungsprogramm aufgelegt werde.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Super!)

Herr Loose hat in seiner ersten Rede gesagt: Naja, die ersten werden irgendwann in den Jahren 2023, 2025, 2026 ihren Abiturabschluss machen. - Aber das ist doch genau der Punkt. Weshalb ist G 8 zum Scheitern verurteilt gewesen? - Weil es schlecht eingeführt wurde. Und auch das, was Sie jetzt mit G 9 an den Gymnasien planen, wird auch wieder schlecht werden, weil Sie das nämlich nicht zu Ende planen.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir haben in der letzten Legislaturperiode über Schulentwicklungspläne gesprochen. Wir haben alle Bildungspolitiker, die noch aus der letzten Legislaturperiode heute im Landtag sitzen und Anke Erdmann als Staatssekretärin darauf hingewiesen, dass es viele kleine Gymnasien im Land gibt. Wie werden Sie denen erklären, dass sie schließen müssen? - Sie müssen zu den Kommunalvertretern, zu den Schulträgern gehen und sagen, dass sie ihre Schulentwicklungsplanung neu gestalten müssen.

(Tobias Koch [CDU]: Das ist doch totaler Humbug! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich bin gespannt, ich bin enttäuscht. So macht man das nicht.

Im Übrigen, mein geschätzter Kollege Wolfgang Kubicki - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Geschätzt?)

- Geschätzt. Ganz wunderbar geschätzt.

(Heiterkeit - Zuruf: Oh, Jette!)

- Oh, Jette! Jette ist gesunken. - Nein, ich bin nicht gesunken. Ich wollte nur damit zum Ausdruck bringen, dass die regierungstragenden Fraktionen der Jamaika-Koalition hoffentlich der Landesregierung erzählen, was sie zu tun hat. Das haben wir auch gemacht. Aber unsere Bildungsministerin hat noch nie in der Zeitung verkünden lassen, was wir zu tun haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Lieber Herr Kubicki!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Erst einmal ein ganz herzliches Dankeschön an die SPD-Fraktion für die Anmeldung der heutigen Debatte. Zwar hatten wir uns vorgenommen, vor den Schulferien die Lehrerinnen und Lehrer, die Schulleitungen und die Eltern näher darüber zu informieren, wie wir uns den Zeitplan für die Einführung von G 9 im Land Schleswig-Holstein vorstellen, aber ich finde es großartig, dass wir heute Morgen hier gemeinsam die Gelegenheit haben, dieses Thema ein erstes Mal zu debattieren.

Wir alle wissen ja, dass, wenn die Regierungsfraktionen ihren Plan umsetzen, ein Gesetzentwurf einzubringen ist. Dieses haben wir für die Zeit nach den Ferien vorgesehen. Wir werden dann noch ein sehr intensives parlamentarisches Verfahren miteinander erleben. Es wird selbstverständlich umfangreiche Möglichkeiten für das Parlament geben, um diese Frage in allen Facetten zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, wir haben als CDU im Wahlkampf die Einführung von G 9 flächendeckend versprochen und sind dafür gewählt worden. Wir haben intensiv darüber beraten. Frau Klahn, Sie haben auf die Verhandlungen in den Koalitionsverhandlungen hingewiesen, es war zum Teil ein schwieriger Prozess. Wir sind aufeinander zugegangen, haben sehr intensiv das Für und Wider verschiedener Verfahrensvorschläge diskutiert und haben uns am Ende darauf verständigt, G 9 zum Schuljahr 2019/2020 einzuführen, und zwar mit den Klassen 5 und 6. Wir haben uns dazu entschieden, dem eine Art Vorlaufprozess mit einer optionalen Entscheidung der Schulen voranzustellen.

Wenn man das umsetzen will, Herr Stegner, dann muss man dazu jetzt einen Fahrplan machen, weil es sonst nicht mehr möglich ist. Ich finde, unsere Eltern, unsere Schulleitungen und unsere Lehrer haben das Recht, hier möglichst früh Klarheit zu gewinnen. Und deshalb machen wir das.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

(Ministerin Karin Prien)

Ich kann Ihnen sagen: Wir haben alle einen Bildungsdialog dazu geführt, und zwar mit Lehrern, mit Eltern und mit Schülern. Dieser Bildungsdialog hatte ein sehr klares Ergebnis, und dieses klare Ergebnis war, dass sich die Menschen mehr Zeit für das Lernen ihrer Kinder, mehr Zeit zum Üben und Vertiefen, mehr Zeit für die Persönlichkeitsentwicklung, mehr Zeit für ehrenamtliches und politisches Engagement und mehr Zeit für Freundschaften und Hobbies für ihre Kinder wünschen. Und genau so werden wir es machen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich will an dieser Stelle auch sehr deutlich sagen, dass die Entscheidung, ob wir G 9 flächendeckend in Schleswig-Holstein einführen werden, getroffen ist.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die ist getroffen! Ich dachte, das macht das Parlament!)

Ich finde, man muss den Menschen schon deutlich sagen, wozu Beteiligung eigentlich dient. - Pseudobeteiligungprozesse, Herr Stegner, bei denen es in Wahrheit nichts mehr zu entscheiden gibt, frustrieren die Menschen draußen im Land zu Recht. So etwas werden wir gar nicht erst anfangen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Ministerin Prien, gestatten Sie eine Zwischenfrage - -

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Nein, Herr Habersaat, Sie können sich gleich gern noch einmal zu Wort melden. Jetzt rede ich erst einmal zu Ende.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie haben ja gestern schon mit der Presse gesprochen!)

Es ist ureigene Aufgabe des Bildungsministeriums, eine Kommunikations- und Beteiligungsstrategie in dieser Frage zu entwickeln. Das haben wir in den ersten drei Wochen der Regierungszeit gemacht. Für uns ist an dieser Stelle entscheidend, die Expertise und die Erfahrung der Schulleiterinnen und Schulleiter aus der Praxis hier mit einzubeziehen. Wir werden deshalb in einem ersten Schritt - das halte ich für ganz entscheidend - -

(Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Können Sie einmal aufhören zu pöbeln? Das ist ja furchtbar!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt AfD - Zuruf SPD: Das ist nicht Ihre Rolle hier!)

Demokraten hören einander erst einmal zu, und dann diskutieren sie.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Weitere Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, wichtig in dieser Frage ist es, dass wir uns zunächst die Erfahrung der Schulleiterinnen und Schulleiter der jetzigen G-9-Gymnasien anhören; denn diese Schulleiterinnen und Schulleiter haben diese wertvolle Erfahrung im Umgang mit der Umstellung auf G 9. Deshalb werde ich mich mit denen zuallererst treffen, um frühzeitig die Handlungs- und Unterstützungsbedarfe zu identifizieren und über gemeinsame Lösungsansätze zu diskutieren.

Wir haben dafür bewährte Arbeitsstrukturen und Kommunikationswege. Diese werden wir nutzen, um mit den Gremien ins Gespräch zu kommen. Selbstverständlich werden wir mit dem Landeselternbeirat, mit der Landesschülervertretung und mit den kommunalen Landesverbänden unverzüglich, das heißt, noch im August und September 2017, sprechen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bin den Regierungsfraktionen an dieser Stelle sehr dankbar dafür, dass sie angekündigt haben, einen Gesetzentwurf in das Parlament einzubringen.

(Martin Habersaat [SPD]: Das haben Sie angekündigt!)

- Nein, das haben die Regierungsfraktionen mir gegenüber angekündigt. Herr Habersaat, ich nehme an, Sie waren nicht dabei. Ich bin froh, dass wir uns in einem sehr vertrauensvollen und engen Prozess darüber haben unterhalten können und dass die Regierungsfraktionen ihre Absicht hierzu angekündigt haben.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Für uns ist entscheidend, meine Damen und Herren, dass die Eltern Ende Februar 2018, also zu dem Zeitpunkt, zu dem es in den Anmeldezeitraum geht,

(Ministerin Karin Prien)

Klarheit haben. Das war für uns ein entscheidendes Argument.

Des Weiteren war entscheidend für uns, dass die Schulen in keinem zu langen Prozess der Auseinandersetzung über diese Frage sind; denn die Erfahrung haben sie hier in Schleswig-Holstein bereits gemacht, und das war keine gute Erfahrung. Wir sind von vielen Schulleitern und von vielen Eltern darum gebeten worden, diesen Prozess kurz zu machen, damit die Auseinandersetzungen an den Schulen nur einen möglichst kurzen Zeitraum umfassen.

Meine Damen und Herren, wir werden in diesem Prozess zunächst nur die Frage zu klären haben, wie die einzelnen Schulen sich entscheiden. Wir werden parallel dazu natürlich darüber reden, was wir in der Mittel- und Oberstufe zu verändern haben. Aber der große Unterschied - darauf will ich ganz deutlich hinweisen - zu 2011 und übrigens auch zu den Hamburger Diskussionen in 2013/2014 ist doch, dass es in Schleswig-Holstein bereits eine Blaupause für G 9 gibt. Wir haben in Schleswig-Holstein schon G-9-Gymnasien. Wir haben die notwendigen Fachanforderungen. Wir haben die notwendigen Prüfungsordnungen. Also wird sich der Umfang der zu verändernden Regelungen deutlich in Grenzen halten. Das gilt jedenfalls für die Regelungen, die wir für die Unterstufe haben. Und nur für die, also für die Klassen 5 und 6, werden wir zum Schuljahr 2019 Veränderungen umsetzen müssen.

Insofern, meine Damen und Herren, sind wir in einer deutlich besseren Situation, als es 2011 der Fall war. Ich bin guter Dinge, dass wir das gut miteinander im Gespräch werden lösen können.

Selbstverständlich werden wir einen umfassenden Beratungsprozess hier im Parlament miteinander haben,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr großzügig!)

sodass ich Ihre Aufgeregtheit, Herr Stegner, an dieser Stelle wirklich nicht nachvollziehen kann.

Meine Damen und Herren, wir haben leistungsfähige Gymnasien und Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein. Das soll so bleiben. Umso mehr bedeutet es, wenn Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte laut nach G 9 rufen. Wir können es im Moment jeden Tag in den Zeitungen lesen. Das ist eben auch ein klares Plädoyer für die Entökonomisierung von Bildung. Durch unsere Planung schaffen wir jetzt Rechtssicherheit und Klarheit für Eltern, Schüler, Schulleitung und Lehrkräf-

te. Durch die Vorstellung gestern und unsere Debatte heute ist es uns gelungen, innerhalb von drei Wochen nach Amtsantritt hier einen klaren Fahrplan vorzulegen. So haben wir es versprochen, und so werden wir es machen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Ministerin Prien, Sie haben eben Abgeordnete aufgefordert, die Pöbeleien zu unterlassen. Pöbeln ist kein Begriff für eine parlamentarische Debatte.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin, ich nehme das zur Kenntnis und werde mich bessern.

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Klahn, da Sie mich gefragt haben, ist es, denke ich, auch höflich, wenn ich antworte. Das mache ich jetzt.

(Christopher Vogt [FDP]: Dann können Sie auch nicht pöbeln!)

Hätte ich G 8 eingeführt? Nein, ich hätte G 8 nicht eingeführt. Warum habe ich G 8 trotzdem vertreten? Das habe ich in meiner Rede erläutert - vielleicht konnten Sie in dem Moment gerade nicht dabei sein -: Weil wir in Schleswig-Holstein einen Bildungsdialog durchgeführt haben, der im Ergebnis zu der Empfehlung geführt hat: G 8 an Gymnasien, G 9 an Gemeinschaftsschulen.

Diesen Dialog fanden Sie nicht gut. Frau Prien hat ihn als Pseudodialog bezeichnet. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie es einfach besser machen und einen richtigen Dialog organisieren. Was machen Sie stattdessen?

(Vereinzelter Beifall SPD)

(Martin Habersaat)

Sie sagen, alle solche Dialogrunden sind Mist. Wir haben dafür gewählte Gremien und Vertreter, und Sie verweisen auf das reguläre parlamentarische Gesetzgebungsverfahren. Das hat es bei uns zusätzlich gegeben. Sie machen keinen besseren Dialog, Sie machen gar keinen.

(Beifall SPD)

In der Tat haben Sie ja gezeigt, was Sie von Dialog halten.

(Lukas Kilian [CDU]: Selbstgespräche sind kein Dialog!)

Sie setzen eine 75-%-Hürde, und keiner kann sie erklären. Frau Klahn, Sie können sie nicht erklären. Frau Strehlau bekennt, dass ihr die 75-%-Hürde peinlich ist. Weder die CDU noch die Bildungsministerin erklären, wie sie auf diese willkürlich gesetzte, wahnsinnig hohe Zahl von 75 % kommen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Frau Prien, ob Pöbelei nun das richtige Wort ist oder nicht, Herr Kubicki hat für solche Fälle - zumindest in der Vergangenheit - immer Belege beigegeben, dass er als Parlamentarier das verbriefte Recht hat, Zwischenrufe zu tätigen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Richtig!)

Das gilt nicht nur für Herrn Kubicki - man sei erstaunt - sondern das gilt für alle hier im Saal.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Echt?)

Es ist aus meiner Sicht auch nicht Ihre Rolle, diese Zwischenrufe zurechtzuweisen, genauso wenig wie es Ihre Rolle ist - da staune ich ja auch -, dass Sie als Ministerin der Landesregierung in Schleswig-Holstein immer noch den Rücktritt eines Regierungschefs eines benachbarten Bundeslandes fordern. Ich dachte, das wäre gestern geklärt worden. Aber diese Forderung steht immer noch auf Ihren Twitter-Seiten. Ich weiß, dass Ihnen das peinlich ist, Herr Koch. Aber es wäre mir auch peinlich, dass sich ein Mitglied meiner Landesregierung in diesem Ton äußert.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Immerhin an einer Stelle haben wir ja heute die Wahrheit mitbekommen: Frau Prien, Sie haben eingeräumt, wenn wir es nicht beantragt hätten, hätte das Parlament über dieses Thema nicht gesprochen. Diese Klarstellung war wichtig. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Vielen Dank, Herr Habersaat. - Die Landesregierung hat mit ihrem Beitrag die Redezeit um 3 Minuten und 10 Sekunden überzogen. Möchte sonst noch jemand davon Gebrauch machen? - Das ist nicht der Fall.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Unruhe)

Bevor wir zur Abstimmung in der Sache kommen, bitte ich um die nötige Aufmerksamkeit.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/58, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] hebt kurz die Hand - Wolfgang Kubicki [FDP]: Hallo?! - Heiterkeit - Weitere Zurufe)

- Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/96, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, SSW und AfD angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Keine Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/66

Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund prüfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/95

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Bevor ich das Wort dem Abgeordneten der SPD-Fraktion, Herrn Kai Vogel, erteile, begrüße ich auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats des Landesbetriebs für Straßenbau und Verkehr, Ralf Wrobel, mit Kollegen der Straßenmeisterei.

(Beifall)

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Johannes Callsen [CDU] niest)

- Gesundheit, Herr Callsen. - Lieber Vertreter des Personalrats Ralf Wrobel! Liebe Vertreterinnen und Vertreter des LBV und der Niederlassungen! Mit der Entscheidung, die Verwaltung der Bundesautobahnen an eine Bundesinfrastrukturgesellschaft zu geben, haben wir uns in der vergangenen Legislaturperiode sehr, sehr schwergetan. Wir haben schlussendlich für unser Bundesland diesem Übergang nur zugestimmt, weil gleichzeitig für uns drei Aspekte sehr wichtig und nicht verhandelbar waren: Der Kurs des Wechsels der Zuständigkeit durfte erstens kein Eingangstor für eine Privatisierung der Autobahnen sein.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Zweitens durfte die Mittelverteilung beim Bund-Länder-Finanzausgleich nicht zu einer Verschlechterung der Situation Schleswig-Holsteins führen. In diesem Punkt hat unser ehemaliger Ministerpräsident Torsten Albig für unser Bundesland sehr gut verhandelt.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Drittens - das ist entscheidend für heute -: Die Interessen der Beschäftigten stehen für uns im Mittelpunkt.

(Beifall SPD)

Für uns heißt das: Die Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBV müssen gewahrt sein. Hier meinen wir nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch den Ort, an dem sie arbeiten, und keine schlechtere tarifvertragliche Bindung als bisher. Wir haben mit dem Übergang der Verantwortung von der Bundeswasserstraßenverwaltung von den Ländern in die Hoheit des Bundes leidvolle Erfahrungen gemacht. Eine Hängepartie bei allen Planungsprozessen von vielen Monaten, eine Hängepartie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über Monate teilweise nicht wussten, welche ursprüngliche Niederlassung bestehen bleibt und wel-

che nicht - das darf es nicht wieder geben. Der Koalition dagegen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBV herzlich egal.

(Beifall Birte Pauls [SPD])

Es ist den Beschäftigten des LBV definitiv nicht zuzumuten, heute - im Jahr 2017 - nicht zu wissen, wie die inhaltliche Arbeit gestaltet und wo der Arbeitsplatz überhaupt sein wird.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Sie hätten die Möglichkeit, das heute zu beseitigen. Ich bin gespannt, ob Sie das tun.

Mit dem Antrag der Regierungskoalition legen Sie genau diese Hängepartie für die Beschäftigten weiter fest. Am 31. Dezember 2018 brauchen Sie erst zu entscheiden, wie Sie verfahren. Treffen Sie diese Entscheidung, dann haben Sie noch bis zum 1. Januar 2021 Zeit, diese Übergabe an den Bund zu vollziehen. Sie verordnen den Beschäftigten des LBV eine Ungewissheit des eigenen Arbeitsplatzes. In Zahlen heißt das: Von heute an gerechnet für 180 Wochen von der Regierungskoalition verordnete Ungewissheit.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Christopher Vogt?

Kai Vogel [SPD]:

Gern, Herr Vogt.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Frau Präsidentin und Kollege Vogel. Ich finde es gut, wie mannhaft Sie sich hier hinstellen, Herr Vogel, und sich um die Beschäftigten bemühen. Aber habe ich es richtig in Erinnerung, dass es Ihr Ministerpräsident war, der trotz anderslautender Ankündigungen diese ganze Geschichte mit seinen Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene erst aufs Gleis gesetzt hat?

(Birte Pauls [SPD]: Hat er doch eben gesagt!)

- Herr Vogt, da haben Sie mir wahrscheinlich nicht richtig zuhören können, oder Sie waren eben nicht im Saal. Das habe ich eben in dem Moment wirklich nicht verfolgt. Nein, nicht erst der Ministerpräsident hat es auf die Schiene gebracht. Das ist in den Verhandlungen des Bund-Länder-Finanzausgleichs auf den Weg gebracht worden, in diesem

(Kai Vogel)

Verhandlungspaket. Das wissen Sie auch. Sie waren am Anfang - gemeinsam mit SSW und uns, muss ich sagen - voller Überzeugung, dass die Bundesautobahnen auch weiterhin in die Verwaltung der Länder gehören. Am Ende hat es diese Finanzverhandlungen gegeben, und Sie wissen, dass wir uns im Namen der Finanzverhandlungen dann schweren Herzens dafür ausgesprochen haben, die Bundesautobahnen - wir sprechen heute auch nicht über die Bundesautobahnen, sondern über die Bundesstraßen - in die Verwaltung einer Bundesinfrastrukturgesellschaft zu geben.

- Gut.

- Ja. Aber das fand ich an sich jetzt auch nicht überraschend.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Das habe ich auch in meinem Eingangsstatement schon gesagt.

(Zuruf FDP - Thomas Rother [SPD]: Das wäre teuer geworden!)

Also noch einmal: 180 Wochen von der Regierungskoalition verordnete Ungewissheit. So geht gute Arbeit für die Beschäftigten definitiv nicht, geschweige denn, dass Sie damit neues Personal anwerben können - wie im 100-Tage-Programm proklamiert. Wer bindet sich an einen Arbeitgeber, den es morgen vielleicht nicht mehr gibt? Wer kauft sich denn eine Immobilie, wenn der Arbeitsort nicht sicher ist oder wenn unsicher ist, für wen und unter welchen Bedingungen man demnächst arbeiten wird?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich gebe zu, dass ich den LBV - ich hatte gedacht, dass das die Frage von Ihnen wäre, Herr Vogt - in der vergangenen Woche kritisiert habe. Das war aber nie eine Schelte für die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich habe die Hausleitung kritisiert, die ihrer gebotenen Informationspflicht nicht nachgekommen ist. Kritik an einer Behördenleitung zu äußern, geht für mich nicht damit einher, auch eine Zerschlagung der Behörde zu fordern. Diese Zerschlagung plant die Koalition.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ich weiß, dass der LBV gute und qualifizierte Arbeit leisten kann. Diese qualifizierte Arbeit wollen wir beim Landesbetrieb in Schleswig-Holstein halten. Bei einem Gespräch zur A 21 - ich weiß, eine Autobahn -, an dem auch mehrere Abgeordnete aus dem Haus teilgenommen haben, zu dem uns einzelne Bürgermeister des Barkauer Landes eingeladen

haben, ist mir dieser regionale Bezug so deutlich geworden wie nie zuvor. Alle Abgeordneten und die Mitarbeiter des LBV kannten das Problem vor Ort, das es zu lösen galt, aus eigener Erfahrung. Wie fern und aus dem Blickfeld sind die Interessen der Menschen vor Ort aber aus Berlin? - Wie da Bürgernähe und Dialogkultur entstehen sollen, ist mir schleierhaft. Ein wesentlicher Mangel Ihres Antrags ist, dass mit dem Bund nicht über die Anhebung der Erstattung der Planungskosten gesprochen wurde. Das wäre aber Grundbedingung, um Ihre Vorstellung einer Landesbehörde zu realisieren. Dieses Problem lässt sich aus dem Weg schaffen, wenn es die Landesregierung nur will. Stimmen Sie unserem Antrag heute zu, dann geben Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Gewissheit eines sicheren Arbeitsplatzes. Dies haben die Beschäftigten des LBV verdient. - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich will die Mitarbeiter und die Betriebsräte des Landesbetriebs herzlich begrüßen und ihnen sagen: Herzlichen Dank für den Dialog, den wir in der Vergangenheit miteinander geführt haben. Den erhalten wir auch weiterhin aufrecht.

Meine Damen und Herren, worum geht es? - Wir haben im Koalitionsvertrag ganz deutlich gesagt: Bis zum Ende 2018 werden wir darüber entscheiden, wenn wir wissen, welche Strukturen da sind. Aber genauso sicher ist doch - das ist auf Ebene der Großen Koalition in Berlin entschieden worden, Herr Kollege Vogel, mit den Stimmen Ihrer Genossen -, dass die Mitarbeiter eine Arbeitsplatzgarantie erhalten,

(Peter Lehnert [CDU]: Genau!)

dass die Straßenmeistereien erhalten bleiben und dass sie ein individuelles Widerspruchsrecht haben, falls sie irgendwelche Versetzungen befürchten müssen. Kündigungen gibt es sowieso nicht. Die Mitarbeiter müssen sich aus meiner Sicht keine Sorgen machen. Wir wissen, dass wir gute und hoch qualifizierte Mitarbeiter im Landesbetrieb für Straßenbau haben. Bernd Buchholz hat das gestern gesagt.

(Hans-Jörn Arp)

Die Kritik, die wir am LBV geübt haben, galt nicht den Mitarbeitern, sondern der Aufstellung und den Strukturen. Dafür war Ihr Minister und Ihr Staatssekretär verantwortlich und kein anderer.

(Beifall CDU und FDP)

Warum hat der Bund eigentlich gesagt, wir wollen eine eigene Bundesinfrastrukturgesellschaft gründen? Das ist die erste Frage. Eine solche Gesellschaft hat es in den letzten 60 Jahren nicht gegeben. - Weil es Länder wie Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen - beides SPD-geführte Länder - waren, bei denen der Bund die große Sorge hatte, dass der Bundesverkehrswegeplan, der mit reichlich Geld hinterlegt ist, nicht umgesetzt werden kann.

Das war doch der Grund zu sagen: Pass mal auf, wir stellen jetzt Geld bereit und entscheiden auf Bundesebene, welche Bundesverkehrswege für uns wichtig sind, die müssen hineingebracht werden, dafür stellen wir das Geld zur Verfügung. Wenn die Länder durch unfähige Verkehrsminister nicht mehr in der Lage sind, dieses umzusetzen, dann müssen wir als Bund das in Zukunft selbst machen. - Das ist das Argument des Bundes.

Sie tragen mit Ihren Genossen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die Schuld. Die sind ja nicht nach Baden-Württemberg gegangen oder nach Bayern. Dort haben sie nämlich die Maßnahmen in den letzten Jahren umsetzen können. Das sind übrigens auch die Länder, die die Länderoption hineinverhandelt haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

Die haben nämlich gesagt: Wenn die in Schleswig-Holstein nicht fähig sind, wollen wir in Bayern und Baden-Württemberg nicht darunter leiden. Das ist die Situation, aber die verkennen Sie.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Natürlich ist das so. Man muss einfach einmal der Wahrheit ins Gesicht gucken. Das hilft auch in der Opposition.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Es war Ihr Ministerpräsident und Ihr Staatssekretär, Herr Dr. Nägele, der vor zwei Jahren noch bei einer Veranstaltung den Mitarbeitern und Betriebsräten gesagt hat: Wir würden einer Änderung nicht zustimmen.

(Zurufe SPD)

Das war gelogen. Tatsache ist: Es war Ihr Ministerpräsident. Wahrscheinlich war es auch richtig, beim Länderfinanzausgleich so zu verhandeln, wie Sie verhandelt haben. Es war in unserem Interesse, weil wir gesagt haben: Schlechter kann die Planung nicht laufen, als es in den letzten fünf Jahren war. Mit Sicherheit wird es mit dem neuen Verkehrsminister, aber auch mit der Bundesgesellschaft, bei Neubauten von Autobahnen, besser. Über nichts anderes reden wir.

Wie wir am Ende mit den Mitarbeitern, die für die Bundesstraßen zuständig sind, umgehen, werden wir gemeinsam mit ihnen - und ohne Sie - im Dialog klären. Die müssen sich keine Sorgen machen, Herr Buchholz ist dafür bekannt. Er hat in den Koalitionsverhandlungen deutlich gesagt, dass ihm sehr daran liegt, dass wir in dieser Form ein einvernehmliches Verhältnis haben.

Vergessen Sie bitte nicht, dass es beim Landesbetrieb - und das macht es nicht einfacher - Leute gibt, die sich schon jetzt bei der Bundesgesellschaft bewerben, obwohl die noch gar nicht aufgestellt ist. Diese Leute wollen lieber heute als morgen dort hingehen - vielleicht auch, weil sie dort etwas mehr Geld verdienen. Das ist ihr gutes Recht. Machen Sie sich aber keine Sorgen: Wir wissen um die Probleme und Nöte. Wir wissen aber auch, dass wir für Schleswig-Holstein ein gut ausgebautes Infrastrukturnetz brauchen. Ansonsten halten wir die Mitarbeiter nicht, die in den anderen Betrieben da sind.

Der Frust vieler Unternehmer aufgrund Ihrer Fehlleistungen und Ihrer Minister der letzten Jahre ist groß.

(Beifall CDU und Wolfgang Kubicki [FDP] - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, ich weiß, Herr Dr. Stegner, dass Sie das nicht hören wollen. Wer mag schon gern die Wahrheit hören? Was glauben Sie denn, warum Sie - unter anderem - abgewählt worden sind? - Weil die Menschen mit der Infrastruktur des Landes unzufrieden waren. Weil sie gesagt haben, hier muss es wieder besser werden. Das ist doch der Grund gewesen.

(Beifall CDU und FDP)

Noch einmal an die Mitarbeiter des LBV: Wir bleiben mit Ihnen im Dialog. Ich mache mir keine Sorgen. Wir entscheiden dann im Interesse des Landes Schleswig-Holstein, und dazu gehören auch die 1.400 Mitarbeiter beim Landesbetrieb. Sie sind in unserem Fokus und Interesse. Wir werden es gemeinsam mit Ihnen hinkriegen. Wir werden eine Entscheidung treffen, dabei lassen wir uns aber

(Hans-Jörn Arp)

nicht durch Sie unter Druck setzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worüber reden wir heute? - Über eine der umfassendsten Reformen der letzten Jahre in der deutschen Bundespolitik. Seit 70 Jahren ist es Usus gewesen, dass die Auftragsverwaltung des Bundes bei den Ländern lag. Dies ist mit einer Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag abgeschafft worden. „Die Auftragsverwaltung hat fertig“, wie Herr Trapattoni sagen würde.

Die SPD hat daran mitgewirkt. Sie haben in diesem Prozess sehr gut argumentiert und verhindert, dass diese Autobahngesellschaft weiter für Privatisierungen geöffnet wird. Sie haben dafür gesorgt, dass sie in hundertprozentigem Besitz des Bundes bleibt. Sie haben darauf geachtet - und ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass Sie das sagen -, dass die Garantien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestehen bleiben: Status, Arbeitsplatz, Ort, Versetzungen können nicht gegen den Willen der Beschäftigten erfolgen. Wenn man das einmal so sagen darf, dann ist das eigentlich der Erfolg der SPD bei dieser Reform und bei der Frage, wie sie im Deutschen Bundestag mitentscheiden und den Prozess beeinflussen konnten. Das muss man einfach einmal sagen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Jetzt aber stellen Sie, Herr Dr. Stegner, sich hier hin und sagen: Jetzt haben wir das aber nicht richtig gemacht, und jetzt gibt es da möglicherweise bei den Bundesstraßen etwas, das wir nicht durchsetzen können. - Übrigens war es Herr Seehofer, der das kurz vor Mitternacht durchgesetzt hat, weil er nämlich der Auffassung ist, dass seine Bayern besser planen. Also: Warum haben Sie bei dieser Reform mitgemacht? - Ich glaube, wir haben alle zu erkennen, dass die Infrastruktur in Deutschland marode ist, wir schneller planen und besser werden müssen. Wir müssen diese Planungsprozesse kompetenter gestalten. Wir wollen keine gesplitteten Zuständigkeiten mehr.

In der Tat wird all das eine neue Autobahngesellschaft leisten müssen. Insofern sind wir alle vor die Aufgabe gestellt, diesen Übergang und dieses Übergangsmanagement zu gestalten. Die Kanzlerin hat von einem sensiblen Transformationsprozess gesprochen.

Aber ich sage auch, Herr Kollege Vogel: Jetzt eine Argumentation zu bringen, die Bundesstraßen sollten doch bitte schön bei den Ländern bleiben, und darüber sollte jetzt schon entschieden werden, ist aus zweierlei Gründen nicht schlau.

Erstens. Sie haben hier das Regionalargument strapaziert und gesagt, es sei besser regional aufgehoben, die Leute wüssten doch, wie Bundesstraßen geplant werden könnten. - Ich lebe seit gefühlt 20 Jahren in Nordfriesland an der B 5. Herr Harms hat es schon gestern gesagt: Seit mehr als 50 Jahren schafft es diese Auftragsverwaltung nicht, die B 5 auszubauen. Erklären Sie mir mal, warum diese Struktur künftig für die Bundesstraßen besser sein soll als eine Bundesauftragsverwaltung.

(Zuruf Kai Vogel [SPD])

Wir haben es in 50 Jahren nicht hinkommen, die B 5 auszubauen. Deshalb sehe ich überhaupt nicht, wie diese Struktur, dass die Bundesstraßen beim Land bleiben sollen, dafür sorgen könnte, dass es besser wird.

(Beifall FDP)

Zweitens. Die Koalition hat gesagt: Wir werden das ergebnisoffen prüfen, wir werden diesen Schritt sehr genau untersuchen. Das muss man auch tun, denn was passiert eigentlich in der Behörde? - Die neue GmbH kann Verträge machen, die nicht an Behördenrecht gebunden sind. Das heißt, wir können das, was hier alle wollen - bessere Verträge, möglicherweise auch bessere Bezahlung für Ingenieurinnen und Ingenieure - in der Bundesautobahngesellschaft machen, aber nicht in der Landesgesellschaft. Das geht nicht, weil sie nach wie vor eine Behörde bleibt.

Ich stelle mir jetzt vor, wie dieses Übergangsmanagement gestaltet werden muss, weil die Autobahnen zum Bund gehen. Das ist so im Grundgesetz festgelegt worden. Das heißt: Auch Mitarbeiter des Landesbetriebes werden Autobahnen planen müssen und hinübergehen müssen. Jetzt wird es ein Windhundrennen geben. Da werden Angebote gemacht und Leute abgeworben. Da werden bessere Gehälter bezahlt.

Herr Vogel: Jetzt zu behaupten, dass wir in dieser Übergangszeit bessere Möglichkeiten und Chancen

(Dr. Andreas Tietze)

auch für den Personalrekrutierungsprozess hätten, wenn die Bundesstraßen beim Land blieben, ist ein Märchen. Das glaube ich nicht. Deshalb sage ich noch einmal, Herr Kollege: Die Auftragsverwaltung hat fertig. Wir sind jetzt berufen, diesen Prozess so gut wie möglich zu gestalten. Die Garantie bleibt bestehen, noch einmal: sozialverträgliche Umsetzung für die Beschäftigten, Garantie des Arbeitsortes. Die ganzen Dinge, die jetzt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verhandelt worden sind, zeigen, dass es eben nicht gegen, sondern mit den Mitarbeitern zu gestalten ist. Wir sind aufgerufen, dies konstruktiv zu begleiten und nicht rumzunölen. Wir brauchen für diesen Umsetzungsprozess etwas Zeit. Deswegen ist Ihr Antrag, Herr Vogel, wirklich unsinnig.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Er schreibt die Dinge viel zu früh fest. Er ist auch leichtsinnig, weil Sie zum Beispiel überhaupt nicht sagen, welche Auswirkungen es für den künftigen Haushalt hat. Dazu sagen Sie nichts. Das jetzt heute einfach zu beschließen, ist einfach nur doof. - Entschuldigung.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist hier eine emotionale Debatte. Ich hoffe, der Kollege Tietze wird im Nachgang nicht von der Präsidentin für seine Wortwahl gerügt.

(Beifall Johannes Callsen [CDU] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was Minister hier dürfen und was nicht!)

Ehrlich gesagt, Herr Dr. Stegner, freue ich mich erst einmal über das wiederentdeckte Selbstbewusstsein der Sozialdemokraten in Sachen Beibehaltung der Auftragsverwaltung. Die hat noch nicht ganz fertig, Herr Kollege. So einfach ist es auch nicht. Als überzeugter Anhänger des Föderalismus bin ich zunächst einmal der Meinung, dass es grundsätzlich eine gute Sache ist, wenn die Länder Einfluss auf bestimmte politische Entscheidungen haben. Dazu gehörte jahrzehntelang das Bundesfernstraßennetz im Bereich der Autobahnen.

Im Bereich der Bundesstraßen ist es zurzeit etwas kompliziert. Ich bin ein Anhänger davon, dass man als Landespolitiker viele strategische Sachen im Land entscheiden kann. Man muss aber auch seine Hausaufgaben machen.

Herr Dr. Stegner, Ihre Fraktion hat den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr jahrzehntelang vernachlässigt, was die Ausstattung mit Personal angeht, was die rechtlichen Vorgaben angeht. Sie kritisieren etwas und stellen sich hier mannhaft hin, obwohl Sie diejenigen sind, die den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr jahrzehntelang vernachlässigt haben. Sie beklagen ein Problem, das Sie selbst verursacht haben.

(Beifall FDP und CDU)

Warum debattieren wir heute darüber, ob die Bundesstraßen beim Land bleiben sollen oder nicht? Herr Dr. Stegner, Herr Albig hat im Zuge der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen entschieden, dass es dort eine Option gibt, die die Länder ziehen können. Ihre Fraktion war immer dagegen. Da waren wir einer Meinung, Herr Vogel. Ihr damaliger Verkehrsminister, Herr Meyer, war immer dagegen. Herr Albig hat das in Berlin trotzdem entschieden, weil damit fürs Land mehr Geld herausgesprungen ist. Das war eine politische Entscheidung. Sie beklagen an der Stelle ein Problem, das Sie im Wesentlichen selbst mit verursacht haben.

Es gibt drei Optionen: Die Verwaltung der Bundesautobahnen geht spätestens 2021 an den Bund, frühestens 2020. Es gibt die Frage: Was passiert mit der Planfeststellung? Und es gibt die Frage: Was passiert mit den Bundesstraßen?

Wir haben das als FDP in der vergangenen Wahlperiode mehrfach thematisiert. Herr Vogel, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen. Wir waren da immer einer Meinung. Unsere Anträge sind in diesem Hohen Haus auf wenig Gegenliebe gestoßen. CDU und Grüne haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie große Fans davon sind, das an den Bund abzugeben. Die Motivationen von CDU und Grünen, warum sie es an den Bund abgeben wollen, mögen unterschiedlich sein. Die CDU geht davon aus, dass die Union ewig das Bundesverkehrsministerium führen wird. Die Grünen gehen davon aus, dass sie irgendwann einmal das Bundesverkehrsministerium führen werden. Sei es drum. Es ist so, wie es ist.

Während der Koalitionsverhandlungen kam die Entscheidung in Bundestag und Bundesrat, als wir gerade dabei waren zu verhandeln, was wir im Ver-

(Christopher Vogt)

kehrsbereich machen. Da haben wir gesagt: Okay, wir werden seriös prüfen, ob wir die Option ziehen werden. Das werden wir schnellstmöglich tun. Wenn wir uns dafür entscheiden, die Bundesstraßen abzugeben, muss das bis zum 31. Dezember 2018 passieren. Ich gehe davon aus, dass wir deutlich früher entscheiden werden, was wir an dieser Stelle machen.

Wir haben ja schon mit den verschiedenen Gewerkschaften Gespräche geführt, die die Beschäftigten im Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr vertreten. Ich weiß, dass dort seit vielen Jahren eine große Unsicherheit herrscht. Ende der 80er-Jahre hatte diese Behörde noch über 2.000 Beschäftigte; mittlerweile sind es nicht einmal mehr 1.400. Da wurde konsequent Personal abgebaut, unter sozialdemokratischer Führung.

Die Verunsicherung ist seit Jahren groß; sie ist zurzeit sehr groß. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, die Option zu prüfen. Auch das führt natürlich nicht dazu, dass es jetzt schnell ruhiger wird. Aber wir werden das seriös prüfen. Ich bin der Überzeugung, dass Minister Buchholz das schnell und seriös machen wird. Dann werden wir eine Entscheidung treffen und verkünden.

Meine Damen und Herren, der entscheidende Punkt ist der Blick auf die Herausforderung: mehr Investitionen im Bundesverkehrswegeplan, mehr Investitionen aufseiten des Landes. Wir haben ein kompliziertes Planungsrecht. Wir müssen den Landesbetrieb endlich zukunftsfähig aufstellen, im Sinne der Beschäftigten und im Sinne unseres Landes, damit auch unser Land zukunftsfähiger wird. Das werden wir tun. Ihren Antrag werden wir ablehnen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte gewählte Vertretende des Souveräns! - Ich hoffe, ich habe das ausreichend gegendert. - Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben gestern ausführlich über die Schwierigkeiten gesprochen, die im Land bei der Planung von Autobahnen bestehen. Das gilt natürlich analog auch für die Bundesstraßen. Herr Harms hat gestern zu Recht darauf hingewiesen,

dass der Ausbau der B 5 offenbar ein Projekt zu werden droht, das ihn sein ganzes Leben begleiten wird.

(Lars Harms [SSW]: Ich lebe noch lange! Um Gottes willen, so lange wollen wir nicht warten!)

- Das sei Ihnen gegönnt; das hoffen wir. - Vor dem Hintergrund der gestrigen Aussprache und dank der schonungslosen Offenlegung der Missstände durch den Wirtschafts- und Verkehrsminister müssen wir konstatieren, dass das Ministerium und der Landesbetrieb Verkehr bisher mit ihren Aufgaben überfordert waren oder den notwendigen Willen zum Straßenbau haben vermissen lassen.

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Buchholz, sehr geehrte Vertreter des Landesbetriebs Verkehr auf der Tribüne, erlauben Sie mir an dieser Stelle eine kleine Richtigstellung: Ich habe gestern nicht pauschal die Mitarbeiter des LBV kritisiert.

(Birte Pauls [SPD]: Nicht?)

- Nein. Ich habe in meiner Rede klar und deutlich gesagt, dass die Mitarbeiter des LBV sehr wohl motiviert sind, das zu tun, wofür sie eingestellt wurden, nämlich Straßen und Brücken zu planen und zu bauen. Ich sehe das Problem beim Landesbetrieb Verkehr in der Führung und nicht bei den Mitarbeitern. Das habe ich gestern auch klar so gesagt.

(Beifall AfD)

Auch aus diesem Grund erscheint die Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund die richtige Maßnahme zu sein.

Natürlich würde auch diese Übergabe zu weiteren Verzögerungen und Reibungsverlusten führen. Schon jetzt wissen die Mitarbeiter des Landesbetriebs Verkehr nicht, was mit ihnen geschehen soll, wenn die Infrastrukturgesellschaft Verkehr des Bundes ihre Arbeit aufnimmt. Wie, wo und mit welchem Personal in dieser Neukonstruktion vernünftig und zügig geplant werden kann, steht immer noch in den Sternen. Trotzdem kann es nach dem gestrigen Offenbarungseid der letzten Landesregierungen nur noch besser werden.

Daher unterstützt die AfD-Fraktion eine möglichst frühe Übergabe der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund und bittet die Landesregierung darum, entsprechende Schritte einzuleiten - aber bitte in einem guten Dialog mit dem Landesbetrieb Verkehr.

Dauerthemen wie die A 20 oder die B 5 müssen endlich von der Tagesordnung als erledigt verschwinden. Die Interessen der Mitarbeiter des Lan-

(Jörg Nobis)

desbetriebs Verkehr sind dabei selbstverständlich zu berücksichtigen. Ich bitte die Landesregierung, dies bei der Umstellung nicht aus den Augen zu verlieren. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Im Koalitionsvertrag ist nachzulesen, dass sich die Regierungsfractionen versprochen haben zu prüfen, ob die Bundesstraßen in Schleswig-Holstein nicht zukünftig vom Bund verwaltet werden könnten. Damit könnte das Land Geld sparen; konkret sind es Verwaltungskosten, die Schleswig-Holstein nach den Regelungen der Auftragsverwaltung gemäß Artikel 104 a Grundgesetz zu tragen hat.

Die Formulierung des Prüfauftrags im Koalitionsvertrag lässt schon ahnen, dass es so einfach dann doch nicht werden wird, wenn man erst einmal nur prüfen möchte, ob das Ganze überhaupt sinnvoll ist. Eine Übertragungsabsicht sieht nach meinem Dafürhalten anders aus. Ich denke, hier merken wir schon den Bundestagswahlkampf.

Eines der Dinge, die man da zwischen den Zeilen lesen kann, ist eine Kritik am Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr. Mit deren Auftragsverwaltung scheinen die Koalitionäre nicht zufrieden zu sein; dort verwaltet man die Bundesstraßen wohl nicht gut genug, nun soll es der Bund von Berlin aus richten.

Verkehrsminister Dobrindt hält sich ja für den besten Straßenbauer, wenn er denn so könnte wie er wollte. Im Wochentakt schießt der Minister Presseerklärungen heraus, wonach die vertrackte Situation mit einem einzigen Geniestreich zu beheben wäre.

Tatsächlich haben wir bereits seit Jahren zu wenig Geld in die Erhaltung und den Ausbau der Bundesstraßen gesteckt. Jetzt stehen kräftige Investitionen an. Aber soll über diese Investitionen in die Bundesstraßen wirklich der Bundestag in Berlin beschließen? Wollen wir das Wissen vor Ort einfach nicht nutzen?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer beschließt denn die Mittel?)

Der ADAC sieht in seinem Gutachten das Problem der Synergieverluste durchaus kritisch. Eine neue Verwaltung muss sich erst mühsam das Wissen neu aneignen.

Natürlich ist es durchaus sinnvoll, gut frequentierte Bundesstraßen und Bundesautobahnen planerisch stärker miteinander zu verzahnen, indem man die Zuständigkeiten bündelt, aber wie sieht es dann mit der Vernetzung der nächsten Ebene, den Landstraßen, aus? Diese drohen den Anschluss an die Verkehrsplanung zu verlieren. Dabei sind sie zur Erschließung des Flächenlandes Schleswig-Holstein ein wichtiger Bestandteil des täglichen Personen- und Güterverkehrs.

Dass sie abgehängt werden, wenn der Bund die Bundesstraßen plant und verwaltet, erscheint mir durchaus eine reale Gefahr zu sein.

Darüber hinaus enden Bundesstraßen nicht an Landesgrenzen. Was passiert, wenn Schleswig-Holstein die Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund überträgt, Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern diesen Weg aber nicht gehen? Wird man also in Zukunft wieder am Rütteln des Autos merken, wenn man eine Landesgrenze innerhalb Deutschlands kreuzt? Das wäre ein echter Rückschritt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein Gott!)

Die ADAC-Gutachter sehen dies nicht als sinnvoll an. Damit könnte das ganze System aus dem Ruder geraten. Das tut es zwar dann nicht sofort, aber mit Sicherheit in den nächsten Jahren.

Vorher müssen die Strukturen erst einmal neu aufwachsen. Bei der Reform der Wasserstraßenbehörden kann man derzeit sehen, wie viel Zeit so etwas in Anspruch nimmt - Zeit, in der die Behörde vor allem mit Restrukturierung und mit sich selbst zu tun hat, sodass Projekte liegenbleiben. Das kann angesichts der vielen Probleme unserer Bundesstraßen wirklich nicht in unserem Interesse sein.

Noch eine Bemerkung zum Schluss. Der Sanierungsstau im Landesstraßennetz soll nach dem Koalitionsvertrag angeblich innerhalb von zehn Jahren abgebaut werden. Man muss kein Prophet sein, um zu sehen, dass diese Willensbekundung auf dem Papier sehr fragwürdig ist. In den nächsten Jahren müssten mindestens 23 Brücken von Landesstraßen saniert oder sogar neu gebaut werden. Allein der Bau der Brücke in Lindaunis wird ein enormer Kraftakt werden. Dazu kommen die Ausbaupläne der B 5 längs der Westküste. Die Sanierung der B 76 hat gezeigt, dass auch bei gutem Baustellen-

(Flemming Meyer)

management Behinderungen nicht immer auszuschließen sind. Wenn in den nächsten zehn Jahren wirklich alle Projekte umgesetzt werden sollen, erwartet uns ein reines Verkehrschaos. An dieser Stelle hätte ich mir schon ein wenig mehr Ehrlichkeit gewünscht.

Zu den beiden Anträgen: Ich denke, es wäre sinnvoll, sie in den Ausschuss zu überweisen. - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Kerstin Metzner das Wort.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Kerstin Metzner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich danke Flemming Meyer, dass er die Kollegen vom Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr begrüßt hat. Aus der Regierungsriege hat man nur noch „Landesbetrieb Verkehr“ gehört. Da ist der Straßenbau schon herausgestrichen worden, bevor die Rede überhaupt begonnen wurde. Noch heißt es „Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr“. Ich habe mich gerade eben versichert. Auch unter der neuen Regierung gab es noch keine neue Bezeichnung. Damit ist eigentlich auch schon das Wichtigste angesprochen.

Herr Arp hat einige Sachen noch nicht so richtig erfasst.

(CDU, FDP und SSW)

Er gibt hier mit großen Worten an: Wenn wir die Bundesstraßen an den Bund abgeben, haben wir die besten Möglichkeiten, hier in Schleswig-Holstein richtig gut sanierte Straßen zu bekommen. - Ich kann nur darauf hinweisen: Gucken Sie sich einmal die Wasserstraßenverwaltung an und wie die Mittel nach Schleswig-Holstein fließen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

Wie viel Kampf kostet es, dass wir hier unsere Schleusen, unsere Wasserstraßen saniert bekommen? Öffnen Sie die Augen! Gucken Sie einmal hin, wo die Gelder wirklich hinfließen! Herr Kubicki wird dann im Bundestag bestimmt dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein an primärer Stelle gefördert wird. Ansonsten nehme ich wahr - -

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Es ist meine erste Rede. Ich würde es gut finden, wenn Sie zumindest beim ersten Mal zuhören.

(Beifall SPD und FDP)

Nicht umsonst hat unser Kollege Vogel darauf hingewiesen, dass wir immer darauf aufmerksam machen müssen, was in der Wasserstraßenverwaltung passiert und wie lange es gedauert hat, als die Struktur geändert wurde. Es waren nicht Monate, es sind Jahre, und die Umgestaltung ist noch nicht abgeschlossen.

Sie versprechen sich wunderbare, in kürzester Zeit fertiggestellte Straßen. Schauen Sie sich doch einmal an, was dort wirklich abläuft, wenn diese Umstrukturierung passiert.

Bilden Sie sich wirklich ein, dass wir gegen Bayern ankommen, dass wir die besten Straßen hätten, dass die B 5 als Erstes saniert würde? Das glauben Sie doch selber nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben Sie doch Vertrauen zu mir!)

- Ich habe eine Meinung dazu; ich äußere sie lieber nicht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das sollte man am Mikrofon nicht machen!)

- Genau. - Ich möchte auch noch auf etwas sehr Praktisches hinweisen. Flemming Meyer hat das sehr gut dargestellt. Die Straßen enden nicht irgendwo. Wir haben nicht nur ein Netz von Bundesstraßen. Nein, wir haben auch Landesstraßen. Wir riskieren mit dieser Entscheidung, dass Personal abgezogen wird, das für unsere Landesstraßen erforderlich ist. Wir stimmen dann dafür, dass wir plötzlich ohne Personal dastehen, weil wir es zulassen, dass unser gutes Personal in die Bundesverwaltung geht. Wollen wir das wirklich? Mein großer Appell ist: Denken Sie auch darüber einmal nach! - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Tietze - den ich im Moment schon gar nicht mehr sehe!

(Kai Vogel)

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke. - Ich bin - genau wie beim Kollegen Arp - erstaunt. Sie scheinen bei den Gesprächen zum Länderfinanzausgleich definitiv dabei gewesen zu sein,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Arp war dabei! 100 Pro!)

sodass Sie wissen, wer mit wem Gespräche geführt hat.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Sie können sich vorstellen, dass ich in der vergangenen Zeit mit dem ehemaligen Minister Meyer hier und da Gespräche geführt habe. Ich weiß, dass sich das Land Schleswig-Holstein mit mehreren anderen Bundesländern - auch Bayern - dafür eingesetzt hat, dass das jetzige Modell so kommt: die Bundesautobahn nach Berlin geben und die Bundesstraßen in den Ländern lassen. Erzählen Sie hier keine Mär, dass das anders gewesen sei. Das ist falsch.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hat Herr Meyer die Wahrheit gesagt?)

Ich habe die Beiträge von Herrn Tietze angehört und bin ganz erstaunt, dass Sie diesen Antrag stellen. Sie scheinen absolut festgelegt zu sein, dass Sie genau wissen: Die Bundesstraßen können sowieso nur von Berlin aus in vernünftiger Art und Weise organisiert werden. „Weg mit der Behörde!“, wenn ich an den Beitrag denke, den Sie geleistet haben.

Sie haben kein Argument genannt, das in irgendeiner Art und Weise sinnvoll wäre.

(Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Schön, dass wir das gleich hören können. - Sie haben definitiv kein sinnvolles Argument genannt, warum die Bundesstraßen nicht weiterhin von Schleswig-Holstein aus geplant werden sollten. Nein, Sie haben alles auf die B 5 fixiert, weil die B 5 in den letzten 50 Jahren in keiner Weise vorangekommen ist.

Dass wir ein paar weitere Bundesstraßen haben, dass wir ein paar weitere Ortsumgehungen haben, die es durchaus wert sind, in den Fokus genommen zu werden, scheinen Sie völlig ausgeblendet zu haben.

Die FDP - ähnliche Position: Kaputtgespart hätten wir die Behörde.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

Ich will durchaus nicht leugnen, dass SPD-Minister dabei gewesen sind. Es sind aber auf jeden Fall eine Menge CDU-Minister dabei gewesen. Es hat auch Regierungszeiten zusammen mit der SPD gegeben, in denen auch Mitglieder der FDP den Arm gehoben haben.

(Anita Klahn [FDP]: Oh!)

- Frau Klahn, Sie mögen sich jetzt echauffieren. Sie haben auch den Arm dafür gehoben, dass bestimmtes Personal gekürzt wird. Wir setzen uns aber weiterhin für den Bestand der Behörde ein und wollen die Behörde stärken.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

- Nein, ich lasse keine weitere Zwischenfrage zu.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir haben mehr Gelder eingestellt, nicht weniger!)

Perspektiven für eine Behörde zu eröffnen, sieht definitiv anders aus, Herr Vogt, als von vornherein die Behörde so an den Rand zu stellen und zu sagen: Sie hat ohnehin keine Perspektive, weil Sie kaputtgespart worden ist. - Das habe ich Ihren Worten entnommen. Stellen Sie es gegebenenfalls richtig. Sie haben die Möglichkeit, einen Dreiminutenbeitrag zu leisten. Eine Überzeugung für eine LBV sieht definitiv anders aus.

Ihr Antrag nach dem Motto: „Ach, schauen wir mal, ob wir in die eine oder in die ganz andere Richtung gehen“, empfinde ich in keiner Weise als Sicherung für die Beschäftigten des LBV. Sie legen sich überhaupt nicht fest. Ich weiß nicht, warum Sie das tun, und gleichzeitig versuchen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Honig um den Bart zu streichen und zu sagen: Wir stehen ja an ihrer Seite! - In Ihren Wortbeiträgen haben Sie es definitiv nicht getan. Springen Sie über Ihren Schatten, stimmen Sie unserem Antrag zu, und sichern Sie die Beschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBV hier in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber geschätzter Kollege Vogel, bitte legen Sie mir nichts in den Mund, was ich hier nicht gesagt habe. Natürlich ist es so, dass der LBV weitere Aufgaben im Bereich der Landesstraßen hat. Wir haben im Koalitionsvertrag auch mithilfe der Grünen ein umfassendes Sanierungsprogramm der Landesstraßen beschlossen. Das ist eine wichtige Aufgabe. Erhalt geht vor Neubau. Die Sanierung unserer Landesstraßen ist eine wichtige Aufgabe. Sie haben die Brücken angesprochen.

Da gibt es genug zu tun.

Hier wird auch niemand sagen, der LBV leiste schlechte Arbeit. Im Gegenteil! Ich will es noch einmal sehr deutlich sagen: Der LBV ist eine Behörde, die viele Aufgaben übernimmt, gerade im Winterdienst auf unseren Kreis- und Landesstraßen; das ist überhaupt keine Frage. Sie versuchen, mir etwas in den Mund zu legen, was ich nicht gesagt habe.

Ich habe nur die Frage gestellt: Wie gehen wir damit um, wenn künftig alles aus einer Hand bestellt und auch bezahlt wird? Im Bundesverkehrswegeplan stehen ungefähr 50 Ortsumfahrungen - das betrifft die untere Ordnung -, die er aber nicht umsetzt und nicht bezahlt. Das verstehen die Menschen nicht: Ein Plan wird aufgestellt. Warum wird er nicht umgesetzt? Warum wird nicht gebaut? - Ich glaube, dass es besser funktionieren wird, wenn alles aus einer Hand erfolgt. Dann muss nämlich auch der Bund deutlich machen, dass er tatsächlich leistet.

Dann will ich noch etwas zu der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sagen. Schauen Sie sich die DB Netz an! Das ist eine Bundesbehörde. Auch dort wird aus einer Hand geplant.

(Widerspruch SPD)

- Sie winken ab. Aber wenn Sie sich anschauen, wie schnell gerade im Schieneninfrastrukturbereich geplant und umgesetzt wird, dann kommen auch Sie zu dem Ergebnis, dass es eine leistungsstarke Behörde ist. Das muss man einfach sagen.

(Beate Raudies [SPD]: Was?)

Die Bahn plant schnell und auch gut.

(Lachen Beate Raudies [SPD])

- Ja, auch dort gibt es Probleme. Diese gibt es immer, zum Beispiel dann, wenn Lärmschutzmaßnah-

men infrage gestellt werden oder wenn geklagt wird. Aber im Prinzip ist die Bahn bei der Infrastrukturplanung gründlich und gut.

Ich will auch das noch einmal sagen: Wo der Ingenieur sitzt und den Plan bearbeitet, ist doch letztlich egal. Er sitzt an einem PC und macht seine Arbeit nach fachlichen Erwägungen. Er buddelt nicht selbst und schaut nach, ob gerade gebaut worden ist. Es gibt professionelle Unternehmen, die die Bauaufsicht übernehmen. Ich finde, wir müssen an dieser Stelle die Kirche im Dorf lassen.

Die Bundesautobahnverwaltung wird bundeseinheitlich geregelt. Ich finde, das sollte auch für die Verwaltung der Bundesstraßen gelten. Das ist meine politische Auffassung. Wir werden das noch prüfen. Dennoch kann ich meine Auffassung haben. Diese habe ich in allen Gesprächen eingebracht, weil es für mich gute Gründe gibt, die Bundesinfrastruktur aus einer Hand zu planen und zu gestalten. Für meine Position habe ich eine ganze Reihe von fachlichen Gründen.

Bitte lassen Sie uns diese Frage fachlich noch einmal erörtern und nicht in Polemik verfallen, wie es in dieser Debatte zeitweilig geschehen ist. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt CDU und Beifall Volker Schnurbusch [AfD])

Vizepräsidentin Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn meines Beitrags in dieser Debatte einige Behauptungen richtigstellen; das ist notwendig. - Ja, wir haben die Möglichkeit, neben der zwingenden Übertragung der Kompetenzen für die Bundesautobahnen der Frage nachzugehen, ob wir auch die Bundesstraßen in die bundesunmittelbare Verwaltung übergeben wollen. Herr Kollege Vogel, warum entscheiden wir diese Frage nicht heute, das heißt ganz schnell? Weil es zum einen - natürlich! - die Interessen der Beschäftigten gibt, aber weil auch andere Interessen zu berücksichtigen sind. Die Interessen wollen miteinander abgewogen sein.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Ein Hinweis gehört dazu: Allein durch die Übertragung der Kompetenzen, was die Bundesautobahnen angeht, steht dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr einer der größten Umstrukturierungsprozesse bevor; denn er ist nicht so strukturiert, dass an einer Stelle Leute sitzen, die ausschließlich Bundesautobahnen planen, an anderer Stelle Leute, die ausschließlich Bundesstraßen planen, und wiederum anderswo Leute, die ausschließlich für die Landesstraßen zuständig sind. Über alle Niederlassungen hinweg sitzen in allen Strängen Leute, die für unterschiedliche Aspekte zuständig sind. Allein der Umstrukturierungsprozess, den wir jetzt vornehmen müssen, um die Übertragung der Zuständigkeit für die Bundesautobahnen zu realisieren, sorgt dafür, dass wir oben abschichten müssen. Wir müssen quasi horizontal durch die Organisation hindurchgehen. Es ist nicht schlau - wenn ich keine Zielorganisation im Kopf habe -, sich vorher festzulegen, wie die Organisation dann aussehen soll. Es hat keinen Sinn, Einzelmaßnahmen vorwegzunehmen.

Es geht natürlich um die Interessen der Beschäftigten.

(Kai Vogel [SPD]: Also eine weitere Hängepartie von drei Jahren?)

- Nein, Herr Vogel, die Hängepartie wird nicht um drei Jahre verlängert. Wir müssen im Zusammenhang mit den Bundesautobahnen sowieso eine Umstrukturierung des Betriebes vornehmen. Der Frage, wie die Umstrukturierung vorgenommen werden soll, müssen auch Sie sich innerhalb der nächsten eineinhalb Jahre klärend stellen. Dabei gilt es zum einen, die Interessen der Beschäftigten sicherzustellen. Zum anderen gilt - auch diesen Punkt möchte ich in die Debatte einbringen -: Verwaltung hat auch eine dienende Funktion. So habe ich es einmal gelernt. Es geht bei alledem nicht nur darum, die Interessen der Beschäftigten zu sichern, sondern es geht auch darum - das sehen die beim LBV Beschäftigten sicherlich genauso -, die bestmögliche Geschwindigkeit für den Bau der Straßen im Land zu erreichen. Das muss doch die oberste Zielsetzung sein.

(Beifall CDU und FDP)

Folgende Aufgaben verbleiben:

Erstens. Wir wollen bei den Bundesautobahnen besser und schneller werden. Die Zuständigkeit geht irgendwann an den Bund über. Schon dadurch werden wir rund 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich des LBV auf die Infrastrukturgesellschaft des Bundes übertragen müssen.

Zweitens stehen wir vor der Frage: Gewinnen wir, wenn wir dort die Planungskapazitäten haben und dorthin weitere Kompetenzen übertragen, Zeit und Möglichkeiten im Sinne eines schnelleren Ausbaus der Bundesstraßen? Wenn wir Zeit und Geld sparen, dann könnte dies ein Argument für die Übertragung sein. Dabei sind auch die Planungskosten zu berücksichtigen. Wenn diese 18 % ausmachen, wir vom Bund aber nur 3 % erstattet bekommen, dann verbleibe nach einer Übertragung mehr Geld bei uns. Darüber können wir mit dem Bund auch anderweitig verhandeln; das werden wir noch tun müssen. Aber es ist ein gewichtiges Argument auf der Finanzseite.

Herr Vogel, es gibt aber auch gute Argumente dafür, die Kompetenz im Land zu behalten. Beim ersten Argument bin ich ganz auf der Seite des Kollegen Vogt.

(Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank!)

- Sehr gern! - Es ist gut, wenn man im Land die Kompetenz hat, wenn es um die Frage geht, welche Straße wir ausbauen wollen. Das sollte uns auch etwas wert sein; denn ich mag nicht immer am Fliegenfänger einer Bundesbehörde sitzen, die hier möglicherweise nicht einmal Regionalbüros hat.

Ein zweites Argument spricht für die Beibehaltung der Kompetenz auf Landesebene: Beim Ausbau einer Bundesstraße geht es nicht nur um die Straße selbst, sondern auch um begleitende Maßnahmen rechts und links, um den langsameren Verkehr, um die Radwege. Dabei geht es auch um die Frage: Zerstören wir hier gegebenenfalls Synergien, wenn wir die Straße als solche nach Berlin beziehungsweise zu der Infrastrukturgesellschaft des Bundes geben, die Kompetenz für die begleitenden Maßnahmen aber beim Land verbleiben?

(Thomas Rother [SPD]: Genau!)

- Wer schon am Beginn eines Abwägungsprozesses ohne ausreichende Informationsgrundlage weiß, wie zu entscheiden ist, der begeht im Verwaltungsrecht einen Ermessensfehlergebrauch. Diesen Fehler wollen wir nicht begehen. Wir wollen die Argumente sauber miteinander abwägen.

Meine Damen und Herren, ich bin dafür, dass wir in aller Seelenruhe, aber auch mit der gebotenen Geschwindigkeit, um für die Beschäftigten Sicherheit herzustellen, die Argumente miteinander austauschen und die Abwägung vornehmen. Ich wäre dankbar, wenn wir das gemeinsam im Ausschuss erörtern könnten. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

In der Debatte gab es sowohl den Hinweis auf Ausschussüberweisung als auch auf Abstimmung in der Sache. Wie wollen wir verfahren?

(Zurufe: Ausschussüberweisung!)

- Also Ausschussüberweisung. - Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/66 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/95 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Planungsverfahren für die Infrastruktur beschleunigen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/14

Effizientes Planungsrecht in Schleswig-Holstein ermöglichen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/94

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich das Wort dem Abgeordneten des SSW Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Deutschland hat ein riesenproblem: einen enormen Infrastrukturersatzbedarf, und das bundesweit. Das Problem ist so groß, dass wir inzwischen massive Probleme bei der Mobilität bekommen: Speditionen können Termine nicht mehr einhalten, Pendler verlieren Lebenszeit, und Urlauber sind genervt.

Man könnte jetzt meinen: Gefahr erkannt - Gefahr gebannt! Doch eine Behebung dieses Problems ist nicht in Sicht, wie uns wieder schmerzlich bei der Planung für die Trasse der A 20 in Schleswig-Hol-

stein vor Augen geführt wurde. Vor dem Bau einer Autobahnbrücke, einer neuen Zufahrt oder der Weiterführung einer Trasse steht nämlich die Planung. Genau hier erweisen sich die komplizierten Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland als ein Hemmschuh.

Wir fordern darum: Die Planung muss vereinfacht werden.

(Beifall SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

Das kann unseres Erachtens geschehen, ohne dass Beteiligungsrechte zurückgeschnitten oder sachliche Belange vernachlässigt werden.

Ich bin davon überzeugt, dass es zur Beschleunigung des Verfahrens kommt, wenn die Bürger und auch Interessengruppen frühzeitig an Planungsverfahren beteiligt werden. Voraussetzung dafür ist allerdings eine frühzeitige Einbindung, also bereits zu dem Zeitpunkt, wenn es um die grundsätzliche Entscheidung geht, ähnlich, wie es in Dänemark gehandhabt wird. Erst den Konsens finden und dann auf dieser Grundlage zu planen, erscheint mir der beste Weg zu sein. In Dänemark geht man diesen Weg. Zugegeben, man ist in der dänischen Gesellschaft sowieso mehr auf Konsens ausgerichtet als bei uns. Die Infrastrukturprojekte, wie die Autobahn nach Sønderborg, zeigen aber, dass man etwas sehr schnell umsetzen kann, wenn die Menschen das Projekt gutheißen.

Zwischen Planung und dem ersten Auto auf der Autobahn müssen eben nicht unbedingt Jahrzehnte liegen. Das Vorhaben der Autobahn nach Sønderborg wurde in gut fünf Jahren abgewickelt. Das alles entsprach auch europäischem Recht. Es geht also durchaus schneller als bei uns.

Unser Vorschlag ist deshalb, dass wir uns stärker an Dänemark oder ähnlichen Ländern orientieren. Nach der Idee für ein Infrastrukturprojekt muss eine Planung erfolgen und sich ein Beteiligungsverfahren anschließen. Wenn man die grundsätzliche Entscheidung für ein Projekt getroffen hat, dann muss die Planungsgrundlage unantastbar sein.

(Beifall SSW)

Das heißt, die Grundsatzentscheidung muss stehen und, ähnlich wie in Dänemark, Gesetzeskraft haben. Es geht dann eben nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. Nachdem das Projekt feststeht, darf die weitere Beteiligung der Bürger und Verbände dann nur noch dazu genutzt werden, schon feststehende Projekt so schonend wie möglich umzusetzen. Eine Blockade des Gesamtprojektes wäre dann nicht mehr möglich.

(Flemming Meyer)

(Beifall SSW)

Eine solche Vorgehensweise würde wahrscheinlich dazu führen, dass sogar die Verwaltungsgerichte stark entlastet würden.

Ein anderes Nadelöhr ist die Kompetenzaufteilung. Raumordnung und Planfeststellung liegen in den seltensten Fällen in einer Hand. Immer noch geht sehr viel Zeit für die Koordinierung der unterschiedlichen Planungsebenen drauf. Nicht nur die Fachleute fordern darum seit Jahren eine Reform der Planungskompetenzen.

Diese Aufgaben müssen endlich ernsthaft angegangen werden. Planung aus einer Hand ist in Deutschland aber derzeit nicht möglich. Projektmanager werden bei vielen Infrastrukturmaßnahmen erst nach Abschluss der Planung tätig, wenn die meisten Untiefen schon umsegelt sind. Auch hier fordern wir eine Nachbesserung. Hier besteht sogar die Möglichkeit, im Rahmen des heutigen Planungsrechts zu einer schnelleren Bearbeitung und Umsetzung von Projekten zu kommen. Das hat auch schon Verkehrsminister Dobrindt erkannt, mit dem wir in dieser Frage einig sind.

Es gibt also genügend Möglichkeiten, die Planungen zu beschleunigen. Man muss nur den ehrlichen Willen dazu haben. - Wir haben den Willen und bitten um Überweisung unseres Antrages in den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU hat der Herr Abgeordnete Lukas Kilian das Wort.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das deutsche Planungsrecht stellt hohe Hürden auf: Eine Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten soll die Akzeptanz vor Ort schaffen und die Eingriffe in die Natur auf das Nötigste beschränken. Zu beachten sind diverse bundesrechtliche und europarechtliche Vorgaben.

Das alles ist eine Aufgabe, die überwältigend sein kann. Wie wir nun in der letzten Woche im Wirtschaftsausschuss erfahren haben, hat dieses Planungsrecht die ehemalige Landesregierung offenbar derart überwältigt, dass sie auf Teilabschnitten der A 20 die Planung sogar einstellen ließ. Anders ist es nicht zu erklären, weshalb nichts, aber auch rein gar nichts vorangekommen ist.

In Teilabschnitten der A 21 wurde im Verkehrsministerium offenbar sogar mit Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse gerechnet. Da war man wiederum überwältigt, als diese Klagen ausblieben und ein baureifes Projekt dadurch nicht angepackt werden konnte. Deswegen kann das Planungsrecht auch ohne eine Änderung am Planungsrecht beschleunigt werden. Alles in allem ist dies eine absolut skandalöse Situation.

Die mantrahaften Wiederholungen des ehemaligen Verkehrsministers, dass „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ zu wahren sei, wurden mit dem Ablauf der letzten Wahlperiode um Aussagen ergänzt, dass man Planungsbeschleunigung anstreben müsse.

Zum Thema Planungsbeschleunigung sagte der damalige Verkehrsminister wortwörtlich genau an dieser Stelle am 22. Januar 2016 - ich zitiere -:

„... das sind dicke Bretter, die wir zur Planungsbeschleunigung bohren müssen. Es gibt viel zu tun. Wir werden es anpacken, und Sie werden es sehen.“

(Lachen CDU und FDP)

Da von einer Beschleunigung der Planung durch die abgewählte Landesregierung nicht die Rede sein kann, versuchen nun die Abgeordneten des SSW in einer Art Nachspielzeit „ihrer“ Legislaturperiode das Thema zumindest inhaltlich schnell noch einmal auf die Tagesordnung zu bringen. Das ist auch gut so.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Denn kein Mensch freut sich in Schleswig-Holstein über Planungsverzögerungen. Dem Land Schleswig-Holstein schaden unsere Dauerprobleme nur.

Meine Damen und Herren, wenn wir Planungsprozesse nicht beschleunigen, leben wir in Deutschland bald in einem infrastrukturellen Museum. Wir müssen bei der Planung von Bauprojekten schneller werden.

(Beifall CDU, FDP und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP haben im Koalitionsvertrag vereinbart, die Prozesse zu beschleunigen. Das hat der neue Verkehrsminister Dr. Buchholz gestern eindrucksvoll im Landtag deutlich gemacht.

Dabei achten wir darauf, dass die Interessen der Anwohner genauso berücksichtigt werden wie die Interessen des Naturschutzes.

(Lukas Kilian)

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bund wird bei Projekten mit überregionaler Bedeutung den Rechtsweg verkürzen. Wir in Schleswig-Holstein wollen aber bereits im Vorwege mit allen Beteiligten Gespräche führen und Lösungen finden.

Große Dialoge zu predigen, ist das eine. Innerhalb der ersten Arbeitstage der neuen Legislaturperiode den Gesprächsfaden aufzunehmen und den Kontakt mit den Umweltschutzverbänden zu suchen, ist das andere, das deutlich klügere Format.

Künftig wird vor der Durchführung von Planungsmaßnahmen eine Beteiligung von Betroffenen und Verbänden erfolgen. Durch die frühzeitige Einbindung, den ernsthaften Willen der Zusammenarbeit und die realistische Möglichkeit, gemeinsam einen konsensfähigen Weg zu finden, werden wir Planungsverfahren in Schleswig-Holstein, also hier vor Ort, beschleunigen. Das ist handwerklich gute Regierungsarbeit. Das ist gut für Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Kilian, die Aussage von Ihnen, die Planungen seien gestoppt, also beendet worden, stimmt definitiv nicht. Das haben wir gestern bereits dargestellt. Wenn Sie dies weiterhin behaupten, dann beweisen Sie es in irgendeiner Art und Weise. Können Sie es nicht beweisen, dann behaupten Sie es bitte nicht!

(Lukas Kilian [CDU]: Sie waren im Wirtschaftsausschuss doch selbst dabei!)

- Herr Kilian, ich bin im Wirtschaftsausschuss dabei gewesen. Ich habe ebenso die Aussage einzelner Mitarbeiter dort gehört. Wenn dieser Beweis herbeigeführt werden soll, dann bringen Sie uns diesen schriftlich bei. In dem Moment glauben wir es dann auch. Kann der Beweis nicht herbeigeführt werden, dann stimmt das definitiv nicht, was Sie hier sagen.

(Beifall SPD und SSW - Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Wenn ich mir den Presseartikel zur A 20 vom 7. November 2015 anschau, wonach selbst die CDU fordert, zunächst andere Bauabschnitte der Autobahn vorzuziehen, weil es Probleme im Bereich von Segeberg gibt, dann finde ich es komisch, dass Sie sich jetzt darüber aufregen. Denn das ist doch genau das, was wir getan haben.

(Lukas Kilian [CDU]: Tatsächlich?)

Manchmal sollte man selbst überdenken, was man irgendwann einmal gesagt hat.

Werte Kollegen, der Wunsch, Infrastrukturmaßnahmen in der Realisierung zu beschleunigen, eint die mir aus der vergangenen Legislaturperiode bekannten Fraktionen. Bei dem Weg, wie dieses beschleunigt werden kann und sollte, gehen die Vorstellungen meist sehr auseinander. Zugegebenermaßen war die FDP, der Kollege Vogt, in der vergangenen Legislaturperiode der Treiber, wenn es darum ging, den Eindruck zu erwecken, dass da richtig viel Beschleunigung möglich sei.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

Vollmundig nannte es die FDP „Verkehrswegebeschleunigungsgesetz“, mit dem das Planungsrecht im Bereich der Verkehrsinfrastruktur wirksam vereinfacht und Planungsverfahren erheblich beschleunigt werden könnten. Okay, Herr Vogt, wenn Sie sagen, Herr Meyer hat das Namensrecht - das wusste ich nicht. Ich weiß nur, Sie haben einen entsprechenden Antrag eingereicht, in dem das gefordert wurde. Insofern können Sie sich zumindest nicht davon freisprechen, dass Sie das auch wollten.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

- Der Abgeordnete Christopher Vogt steht am Mikrophon. Ich warte kurz auf die Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Christopher Vogt zu?

Kai Vogel [SPD]:

Ja. Sehr gern.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Vogel. - Wir wollten mit unserem Antrag in der letzten Wahlperiode zur Umsetzung eines Verkehrswegebeschleunigungsgesetzes nur das parlamentarisch umsetzen, was Herr Meyer fünf Jahre lang angekündigt hat. Das wollten wir irgendwann einmal Realität werden lassen. In der Tat kam

(Kai Vogel)

der Begriff „Verkehrswegebeschleunigungsgesetz“ von Minister Meyer. Wir wollten es einfach nur umsetzen. Es war sehr bedauerlich, dass Sie das dann abgelehnt haben, was Herr Minister Meyer angekündigt hat. Wir haben gestern viel auf die alte Regierung geschimpft. Ich will nur sagen, das Copyright für den Begriff hatte Minister Meyer.

- Vielen Dank, Herr Kollege Vogt, für die Feststellung.

Ich kann auch gleich in der Rede fortfahren, weil ich ohnehin zufälligerweise darauf eingehen wollte. Meines Erachtens sind Sie jetzt selbst in der Realität sehr hart angekommen; Sie haben etwas sehr vollmundig gefordert, es doch möglichst schnell umzusetzen. Wenn diese Forderung realistisch wäre, warum findet sie sich am Ende im Koalitionsvertrag in keiner Weise wieder, auch nicht in Ihrem Antrag, den Sie jetzt gestellt haben? Was fordert die Regierungskoalition im Alternativantrag zur Beschleunigung von Planungsverfahren? Das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz, das einmal gefordert wurde, um die Beschleunigung richtig massiv voranzubringen? Ich zitiere mit Zustimmung der Präsidentin aus dem Antrag:

„Um die Akzeptanz von Planungsmaßnahmen und -verfahren zu erreichen, ist vor deren Durchführung eine Mediation mit Betroffenen und Verbänden durchzuführen, zum Beispiel in Form von Zukunfts- und Planungswerkstätten.“

Wow! Bei jedem Infrastrukturvorhaben soll nun eine Mediation durchgeführt werden. Welche Beschleunigung! Missverstehen Sie mich bitte nicht, ich bin definitiv für Dialogkultur. Wirklich gut. Doch nach so richtig bahnbrechender Beschleunigung, werter Kollege Vogt, sieht das definitiv nicht aus.

Wir fordern für die Planungsbeschleunigung, dass die seit Jahrzehnten übliche Praxis gestrichen wird, wonach sämtliche Entwurfsplanungen der Länder für Bundesfernstraßenprojekte vom Bund nicht mehr mit bis zu zwei Jahren andauernden Gesehen-Vermerken versehen werden müssen. Das spart richtig Zeit. Das ist eine Forderung, die wir bis jetzt bedauerlicherweise vergeblich auf den Weg gebracht haben. Sie können das. Ich lese zumindest in Ihrem Antrag noch nicht, dass Sie diese Möglichkeit sehen.

Der Ansatz, dass nur der Bund über das entsprechende Planungsobwissen verfügt, ist absolut nicht mehr zeitgemäß. Diese Forderung ergibt sich

auch aus der sogenannten Bodewig-Kommission. Das gilt auch nach der Übertragung der Autobahn; denn die Bundesstraßen müssen beim Land verbleiben, wie ich vor einer halben Stunde bereits ausgeführt habe.

Weiterhin fordern wir eine Verschlankung der Instanzwege. Der Neubau der Rader Hochbrücke zeigt, dass eine Verkürzung möglich ist. Ein Neubau kann nur beim Bundesverwaltungsgericht direkt beklagt werden. Diese Verkürzung sollte auch für andere Infrastrukturmaßnahmen der Länder gelten.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, ich habe gedacht, dass Sie sich auf Ihrer Kreuzfahrt mehr erholt hätten und hier erholter erscheinen. Irgendwie scheint das nicht so richtig erfolgreich gewesen zu sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lesen Sie mal die letzte Seite des Pressespiegels! Dann wissen Sie genau, was Fakt ist!)

- Ich habe im Gegensatz zu Ihnen mehr Redebeiträge geleistet und war nicht in der Lage, parallel den Pressespiegel zu lesen. Wenn Sie was sagen wollen, können Sie gern nach vorn kommen. Dann kann es das Hohe Haus zumindest auch mitnehmen.

Unsäglich ist die seit 1971 veränderte Quote der Erstattung von Planungskosten von 3 % vonseiten des Bundes, da die Planungen gerade wegen der begründenden Einwendungen zum Schutz von Mensch und Natur heute sehr viel umfangreicher sind als noch vor 20 Jahren.

Ich erwarte, dass sich die Länder im Bund dafür einsetzen. Wir sind uns mit dem SSW einig, dass wir Planungsverfahren und Planungsänderungsverfahren überarbeiten sollten. Nicht einig sind wir uns allerdings mit dem SSW in der Vorstellung, nach Abschluss der Beteiligung und Abwägung nur noch den Landtag beschließen zu lassen und damit Klagen von jedem einzelnen, von Bürgerinnen und Bürgern und den Vereinen und Verbänden nicht mehr zuzulassen, wenn der Planfeststellungsbeschluss und der Beschluss des Landtages vorliegen.

Die SPD-Fraktion war bei dem Beschluss zur festen Fehmarnbelt-Querung im dänischen Folketing anwesend. Ich gebe zu, das war schon sehr beeindruckend, wenn man dort mitbekommt, wie ein Parlament eine Klagewelle verhindern kann. Mein Anspruch von Demokratie ist es, sich nicht einer Mehrheit zu beugen, sondern zu versuchen, allen, aber auch allen, die sich an unserem Staat beteiligen, gerecht zu werden. Hätte es diesen Landtags-

(Kai Vogel)

beschluss zur A 20 gegeben, wären Fledermäuse, Zwergschwäne, Seeadler und ganz, ganz viele Bürgerinteressen vermutlich auf der Strecke geblieben.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Können Sie dann bitte zum Ende Ihrer Rede kommen?

Kai Vogel [SPD]:

Wirklich nur noch einen Satz: Wir sind froh, dass dies nicht der Fall ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Vogt!

(Christopher Vogt [FDP]: Vogel!)

Ich will hier jetzt kein A-20-Pingpong machen, aber eines will ich doch sagen: Als wir im Ausschuss erfahren haben, dass die Planungen auf einigen Abschnitten tatsächlich eingestellt worden sind, sind mir doch die Gesichtszüge etwas entglitten, weil ich das noch nicht gehört hatte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht hilft etwas Gelassenheit an dieser Stelle weiter. Ich will mit einem Zitat von Bert Brecht beginnen. Das kennen Sie vielleicht aus der „Ballade von der Unzulänglichkeit des menschlichen Planens“.

„Ja, mach nur einen Plan! Sei ein großes Licht! Und mach dann noch‘nen zweiten Plan. Geh‘n tun sie beide nicht.“

Das heißt, das Risiko von Plänen ist eben, dass man auch davon ausgehen muss, dass sie nicht funktionieren und dass sie verändert und immer wieder angepasst werden müssen. Das erleben wir nicht nur bei den Infrastrukturplanungen. Das erleben wir vielleicht auch bei persönlichen Planungen. Also, das Thema Planungssicherheit steht auf der Agenda. Aber ich bitte, das etwas nüchterner zu sehen.

Ich habe den Eindruck, dass wir das in der neuen Koalition mit einem neuen Realismus und einer wirklich großen Transparenz diskutiert haben. Das haben Sie auch im Koalitionsvertrag gelesen. Darin

steht nichts, was in den nächsten fünf Jahren nicht realistisch angepackt werden kann. Dass es Schwierigkeiten gibt, war vielen, die da verhandelt haben, bekannt. Aber es ist Aufgabe von Politik, Probleme zu lösen und nicht Teil des Problems zu sein, sondern ein Teil von Lösungen zu sein. Deshalb ist das, glaube ich, der zentrale Punkt.

Die Infrastruktur ist auch uns Grünen wichtig. Sie ist Motor der Wirtschaft, sie ist Motor für Gesellschaft. Deshalb ist gerade der Erhalt der Infrastruktur ein zentrales politisches Anliegen. Wir alle wissen, die Infrastruktur ist nicht nur auf der Straße, sondern auch auf der Schiene und beim Breitbandausbau nicht so vorangegangen, wie wir es uns erhofft haben und wie es einem so leistungsfähigen Land wie Schleswig-Holstein gebührt. Die Wirtschaft hat uns zu Recht daran erinnert. Wir haben jetzt vor, zu liefern, und seien Sie sicher, wir werden das tun und das übrigens auch nicht seit gestern.

Ich erinnere daran, dass mein Kollege Robert Habeck vorgemacht hat, wie es gehen kann. Erinnern Sie sich an die große Energiewende, die Debatte um die Stromleitung. Es ist Herrn Habeck gelungen, auch und gerade, weil er in Kiel eine andere Politik gemacht hat, weil er den Leuten zugehört hat, weil er dort einmal einen Haken geschlagen hat und auf die Interessen von Bewohnerinnen und Bewohnern, von Bürgerinnen und Bürgern, eingegangen ist. Er hat es zum Erfolg geführt. Diese Stromleitung ist fertig. Sie ist am Netz. Der Windstrom kann wieder fließen, und deshalb will ich einmal sagen, man kann Infrastruktur auch zeitgerecht planen.

Ich glaube, lieber Herr Minister Dr. Buchholz, dass Sie genau in diesem Stil, den Sie angekündigt haben, weiterfahren, dass Sie gerade beim Straßenbau auf die Naturschutzverbände zugehen wollen, dass Sie den offenen Dialog suchen und dass Sie genau wissen, dass es eben nur gemeinsam vorangeht. Das ist ein richtiger Ansatz. Den werden wir nach Kräften unterstützen, damit er auch in Schleswig-Holstein gelingen kann.

Wir Grüne legen großen Wert auf gute Infrastruktur. Wir sind eben keine Infrastrukturverweigerer.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Wie gesagt, bei der Planung ist vielfach nach dem Motto vorgegangen worden: Mach die Tür zu, ich komme durch die Wand. Viele Planungen haben deshalb dazu geführt, dass die Leute gesagt haben: Dann klage ich eben!

(Dr. Andreas Tietze)

Ich will für meine Fraktion noch einmal festhalten: Das Verbandsklagerecht steht für uns nicht zur Disposition.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer, wenn nicht die Verbände, soll die Interessen wahrnehmen können? Ich glaube, dass wir jetzt tatsächlich eine kluge Klagevermeidungsstrategie brauchen, Herr Minister. Ich will vielleicht einige Punkte nennen, die mir und meiner Fraktion dabei wichtig sind: erstens - ich glaube, das ist der springende Punkt - Respekt füreinander und für die Positionen, die man dort vertritt. Es geht darum, dass die Diskussionen, die dann stattfinden, auf Augenhöhe stattfinden, dass es einen transparenten Datenaustausch gibt, keine Fake News, dass man sich offen und ehrlich auch über die möglichen rechtlichen Folgen unterhält. Da haben Sie schon gezeigt, Herr Minister, dass Sie die rechtlichen Perspektiven sehr gut im Blick haben, weil Sie als Jurist wissen, wovon Sie reden, wenn Sie gerade über solche rechtlichen Verfahren sprechen. Das finde ich sehr wohlthuend.

Zweitens. Es gibt einen Ausgleich der Interessen als Ansatz zur Konfliktlösung. Auch da müssen wir das Rad nicht neu erfinden. Da gibt es eingeführte Verfahren wie eine Mediation. Diese ist, Herr Kollege Vogel, von Ihnen so abschlägig beurteilt worden. Machen Sie das mal nicht. Das hält eigentlich auf. Wissen Sie, eine vernünftige Mediation kann dazu führen, dass es eine Streitvermeidung gibt, dass eben nicht bis in alle Ewigkeit geklagt wird, sondern dass die Leute zufrieden sind, da Sie vorher das Gefühl haben, in ihren Interessen gehört worden zu sein. Das ist ein sehr konstruktiver Ansatz, und ich denke, wir sollten ihn unterstützen und in diesem Haus nicht diskreditieren.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Drittens. Es geht Fachlichkeit vor Populismus. Das hatte ich schon gesagt. Es hilft, in die Rechtsvorschriften zu schauen und die gesetzlichen Grundlagen zu kennen.

Mir hat Bärbel Höhn einmal gesagt: Planungsrecht ist Königsrecht. Wer das versteht, der kann in diesem Land wirklich auch gestalten. - Deshalb hat es in grüner Hinsicht immer wieder auch Punkte gegeben, wo wir, weil wir gerade das Planungsrecht kennen, bestimmte Entscheidungen so getroffen haben, wie wir sie getroffen haben.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. - Ich möchte noch den letzten Punkt ansprechen, und zwar die Verkürzung der Instanzenwege. Auch das ist etwas, über das wir reden können. Ich bin sowieso der Auffassung, dass, wenn künftig alles an den Bund geht, wenn der Bund die großen Infrastrukturplanungen vornimmt, es eh nur noch eine Instanz, und zwar das Verwaltungsgericht in Leipzig, gibt. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir bei diesen Infrastrukturplanungen schneller zum Ziel kommen. Das ist in unser aller Sinne. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren in der Tat sehr häufig zu den Themen „Planungsrecht und Planungskapazitäten“ zu Wort gemeldet.

Herr Kollege Vogel, ich bin wirklich begeistert, welche Erwartungshaltung Sie an die FDP haben. Seit wenigen Wochen stellen wir den Verkehrsminister. Ich meine, es ist das erste Mal seit 1971. Das, was Sie in den vergangenen Jahrzehnten nicht geschafft haben, erwarten Sie jetzt von uns in kürzester Zeit. Das finde ich gut. Glauben Sie mir, wir werden da etwas voranbringen. Insofern finde ich es schön, dass der SSW diesen Antrag gestellt hat. Er enthält interessante Punkte. Der SSW scheint ja nach fünf Jahren Koalition geradezu befreit zu sein und sich gerade in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik einzubringen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Der Kollege Kilian hatte es als „Nachspielzeit der Regierungszeit des SSW“ bezeichnet. Ich würde sagen, es ist eher ein bisschen Nachsitzen.

(Heiterkeit FDP)

Ich finde, es tut dem SSW gut, dass er in den Reihen der Koalitionsbänke sitzt. Man merkt, es geht voran.

(Christopher Vogt)

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Der Kollege Lars Harms hat gestern schon darauf verwiesen, dass man sich in Dänemark selbstverständlich an europäisches Recht halte, aber bessere Verfahren habe. Ich reagiere manchmal etwas allergisch darauf, was wir alles aus Dänemark übernehmen sollen. Der SSW schlägt das eigentlich in allen Politikbereichen vor und meint, wir sollten alles so machen wie in Dänemark.

(Zurufe SSW)

Während unseres Austausches mit den Kollegen im dänischen Folketing, dem dänischen Parlament, haben wir denen das deutsche Planfeststellungsverfahren erklärt. Sie schauten uns mitleidig an und sagten: Jetzt verstehen wir, warum bei euch nichts funktioniert. Wir machen das anders. - In der Tat, ich denke, Dänemark ist bei der Infrastrukturplanung für uns ein Vorbild. Daran sollte man sich bundesweit orientieren.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben in Deutschland ein sehr kompliziertes, wenn nicht sogar ein zu kompliziertes Planungsrecht. Hierzu gibt es sehr viel Gesetzgebung, wie es in Deutschland immer so üblich ist. Wir haben aber auch immer mehr Rechtsprechung hierzu, die das Ganze jedoch nicht leichter macht. Das kennen wir in Schleswig-Holstein zur Genüge. Minister Meyer hat in der Tat in der vergangenen Wahlperiode gleich zu Beginn und dann immer wieder in großen Interviews angekündigt, er werde einen bundesweiten Vorschlag für ein Verkehrswegebeschleunigungsgesetz unterbreiten. Wir hatten, Herr Kollege Vogel, beantragt, dass das der Landtag dann auch so beschließen möge. Das ist leider nicht geschehen, weil Sie nicht der Meinung waren, dass man dem Vorschlag des Ministers Meyer folgen sollte.

Er hat dann immerhin zum Ende der letzten Wahlperiode einen Sechs-Punkte-Plan vorgelegt, drei eher bundespolitische, drei eher landespolitische Themen. Er hat insbesondere drei interessante Punkte aufgegriffen, die in der Tat umgesetzt werden sollten. Teilweise erledigen sie sich in den nächsten Jahren mit der neuen Bundesinfrastrukturgesellschaft.

Der eine Punkt ist, dass man nicht mehr diese komplizierte Abstimmung zwischen der Auftragsverwaltung der Länder und dem Bundesverkehrsministerium hat. Der sogenannte Gesehen-Vermerk, der meistens circa zwei Jahre dauert, obwohl es sich

dabei eigentlich nur um einen Haken handelt, soll wegfallen. Der ist völlig unsinnig, darauf kann man in der Tat verzichten, und beide Bodewig-Kommissionen haben hierzu Vorschläge unterbreitet.

Der zweite Punkt ist das Thema Instanzen. Wir haben ein Bundesgesetz, das im Zuge der deutschen Wiedervereinigung zur beschleunigten Infrastrukturplanung beschlossen wurde. Die A 20 auf schleswig-holsteinischem Boden ist schon darin enthalten. Es gibt hier nur die eine Klageinstanz, und zwar das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Die Rader Hochbrücke wurde jetzt auch aufgenommen, weil man Sorge hat, dass man dort nicht schnell genug vorankommt. Das sollte man in der Tat generell machen. - Aber bei der A 20 sehen wir, dass dies allein nicht hilft, Infrastrukturprojekte zu beschleunigen, weil da noch ein paar andere Dinge notwendig sind.

Herr Minister Buchholz hat eben einen wichtigen Punkt angesprochen, das ist das Thema „Planungskosten“. Die sind seit Jahrzehnten mit 3 % der Gesamtkosten, die vom Bund erstattet werden, festgeschrieben. Mittlerweile sind wir eher bei 20 %. Auch das ist ein Thema, das man anpacken muss.

Bei dem Thema „Verbandsklagerecht“ könnte ich mir mit meiner Fraktion sehr viel vorstellen. Herr Kollege Tietze hat darauf hingewiesen, dass sich die Grünen bei diesem Thema deutlich weniger vorstellen können.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern sind wir da unterschiedlicher Auffassung. Aber ein entscheidender Punkt ist, dass wir deutlich mehr Effizienz brauchen. Dafür werden wir auch sorgen. Wir brauchen mehr Planungskapazitäten. Deswegen ist es wichtig, dass wir das alles sehr schnell auf den Weg bringen werden. Wir werden an der Fachhochschule Kiel, wo es sehr schnell geht, neben Lübeck einen Lehrstuhl Bauingenieurwesen etablieren, sodass wir mehr Leute bekommen, die potenziell Planer werden können. Wir haben eine große Konkurrenz mit den Kommunen und natürlich mit der privaten Bauwirtschaft. Wir werden auch konstruktive Gespräche mit den Umweltverbänden führen. Ich habe gestern bereits am Rande der Plenartagung mit einem Vertreter gesprochen. Auch die haben Interesse daran, dass man auf Augenhöhe vernünftig darüber redet, um die Planung zu verbessern und voranzubringen. Auch die wollen nicht als Blockierer dastehen, sondern sich konstruktiv einbringen. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Christopher Vogt)

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte gewählte Volksvertreter! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Sandra Redmann [SPD]: Und Vertreterinnen!)

- Genau. - Einmal mehr hat uns der SSW mit seinem Antrag gezeigt, wie vernünftige, sachorientierte Politik gehen kann. Neidlos erkennen wir an, dass der SSW auf dem besten Weg ist, die Oppositionsführerschaft zu übernehmen. Darüber, dass Planungsverfahren von Infrastrukturmaßnahmen schneller und unkomplizierter ablaufen müssen, besteht hier im Hause wohl allgemeiner Konsens. Die Frage ist nur: Wie soll das gehen? - Rechtlich gesehen müsste auf Bundesebene das Planungsrecht einer kompletten Revision unterzogen werden. Doch was können wir hier im Land dafür tun, damit der Straßen- und Brückenbau schneller vorangeht?

Über den Landesbetrieb Verkehr ist schon viel gesprochen worden. Die bessere personelle Ausstattung, die bessere Kommunikation mit dem Ministerium und den Fachbehörden, mit Bürgern und Verbänden ist ein absolutes Muss für die Zukunft. Wenn wir hören, dass sich Verbände gar nicht mehr mit dem Landesbetrieb an einen Tisch setzen, deutet das auf ein schwerwiegendes Kommunikationsdefizit hin.

Die frühzeitige Einbindung aller Betroffenen ist hier der Schlüssel zum Erfolg. Wenn es dann trotzdem, sei es von Parteien oder Naturschutzverbänden, eine Blockadehaltung geben sollte, muss auch hier eine Lösung her. Das Verbandsklagerecht, das in den letzten zehn Jahren in einigen Bundesländern eingeführt wurde, ermöglicht Naturschutzverbänden Klagen, auch wenn kein einzelnes Mitglied betroffen ist. Damit ist den Verbänden ein wirkungsvolles Instrument in die Hand gegeben worden, um sich Gehör zu verschaffen. Das ist alles gut und schön, solange das Verbandsklagerecht nur dem reinen Schutz der Natur gilt. Wenn das Klagerecht aber politisch eingesetzt wird, man kann sogar sagen, politisch missbraucht wird, um geplante Vorhaben zu stoppen oder zu behindern, dann ist das nicht im Sinne des Erfinders.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sagen Sie doch einmal ein Beispiel!)

Laut einem Zeitungsbericht von Montag wollen die Grünen im Bundestag eine Verschärfung des Tierschutzes fordern. So sollen Tierschutzorganisationen ein bundesweites Verbandsklagerecht erhalten - siehe Zeitungsbericht der Zeitung „Die Zeit“ vom 17. Juli 2017.

Dadurch könnten Verbände die Interessen von Schweinen, Rindern oder Geflügel vor Gericht vertreten oder, wie sich Frau Göring-Eckardt ausdrückte: Tieren wollen wir eine Stimme geben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das ist auch gut so!)

Das ist schön, kann aber durchaus zu Missbrauch führen, wie es die CDU-Fraktion in NRW befürchtet. Die hat nämlich einen Gesetzentwurf in den Düsseldorfer Landtag eingebracht, in dem das Gesetz über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine aufgehoben werden soll. Wir dürfen gespannt sein, wann die CDU in ihrer neuen Rolle in NRW dieses Vorhaben durchsetzen wird. Wir wollen keinem Naturschützer böse Absichten unterstellen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tun Sie doch!)

Aber es ist einfach Fakt, dass jeder Planer damit rechnen muss, dass jeder einzelne Planungsabschnitt beklagt wird. Wenn man bedenkt, dass für Fledermäuse spezielle Brücken gebaut werden sollen, ohne deren Hilfe die Flugtiere angeblich nicht die A 21 überfliegen können, dann kann man erahnen, mit welchen Problemen die Planer fertig werden müssen - von den enormen Mehrkosten für den Steuerzahler ganz zu schweigen.

Schnellere Planung, das wollen wir alle. Aber wie? Darauf gibt der Alternativantrag der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen leider keine konkrete Antwort. Hier reiht sich eine Absichtserklärung an die andere. Von neuen Wegen zu effizienteren Prozessen ist die Rede, von einfacher Abstimmung und von Mediation. Das klingt alles doch sehr nach einer Werbebroschüre einer Unternehmensberatung, aber nicht nach konkreter Politik. Vielleicht braucht Jamaika ja noch den Sommer, um sich darauf zu einigen, was Vorrang in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik hat, Fledermausbrücken oder Autobahnen für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall AfD)

(Jörg Nobis)

Den Antrag des SSW können wir bei aller Sympathie nicht unterstützen, weil hier Maßnahmen gefordert werden, die aus unserer Sicht rechtlich unmöglich sind. Den Antrag finden wir zwar gut und richtig, aber die rechtlichen Hürden auf Bundesebene sind für uns leider nicht zu nehmen.

Den Antrag der Regierungsfractionen unterstützen wir, allerdings mit wenig Begeisterung, da er mehr Fragen aufwirft, als er Lösungen aufzeigt. Aber zumindest geht er in die richtige Richtung. Wir werden zukünftig sehr genau verfolgen, was an konkreten Taten folgt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat jetzt die Kollegin Kerstin Metzner aus der SPD-Fraktion.

Kerstin Metzner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich habe die Debatte hier sehr interessiert verfolgt und habe festgestellt, dass es wirklich ausgesprochen wichtig ist, dass wir dieses Problem im Wirtschaftsausschuss noch einmal ganz konkret erörtern. Minister Buchholz hat es gestern in einem Satz angesprochen: Wir werfen hier Aufgaben von Exekutive und Legislative in einen Pott. Genau da sehe ich das Problem. Meine Vorredner sprachen die ganze Zeit über Autobahnbauten und Planfeststellungsverfahren. Offenbar ist vielen hier nicht bekannt, dass wir in Schleswig-Holstein ein Landeswassergesetz haben, aufgrund dessen wir Planfeststellungsverfahren für Häfen, Deiche, Dämme und Abwasseranlagen durchführen müssen. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Land zig Planfeststellungsverfahren erfolgreich durchführen, die innerhalb kürzester Zeit, mitunter innerhalb eines halben oder eines Jahres, durchgezogen werden und bei denen die Maßnahmen dann nach zwei Jahren abgeschlossen sind.

Da die Komplexität dieser Planverfahren hier offenbar nicht bekannt ist, finde ich es sehr angebracht, dass wir das im Wirtschaftsausschuss noch einmal diskutieren. Genau deswegen haben wir uns diesem Antrag jetzt nicht angeschlossen, sondern gesagt, dass wir es noch einmal umfassend diskutieren wollen. Ich finde es schon sehr gut zu wissen, dass dem Minister zumindest bekannt ist, dass es diese verschiedenen Verfahren gibt. Ich freue mich

auf die Diskussion im Wirtschaftsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Dann erteile ich jetzt dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem Punkt, glaube ich, sind wir uns hier alle einig: Der Bau von Infrastrukturvorhaben geht in Deutschland einfach zu schleppend voran. Ich bin ganz ehrlich, ich gucke da neidvoll nach Dänemark. Ich gucke neidvoll nach Dänemark, wie da Großprojekte umgesetzt werden. Doch wenn wir ehrlich sind, wird uns das mit dem neidvollen Gucken nicht rasend viel nutzen; denn das andere dänische Rechtssystem erlaubt Dinge, die wir so in der Bundesrepublik Deutschland nicht machen können.

Ein Systemwechsel in der von Ihnen, Herr Harms oder Herr Meyer, vorgeschlagenen Art und Weise wird schlicht und ergreifend nicht möglich sein; denn wir haben es mit dem Prinzip - ich habe es gestern kurz angesprochen - planfeststellender Gesetze zu tun.

(Vereinzelt Beifall SPD)

So etwas hat es in Deutschland einmal gegeben. Im Zuge der Projekte „Deutsche Einheit“ hat man, gerade beim Eisenbahnprojekt Stendal und anderen, durch den Deutschen Bundestag versucht, mit planfeststellenden Gesetzen zu agieren. Das präkludiert dann natürlich alle Einwander; das muss man ganz klar sagen. Wenn man so etwas durch Gesetz macht, so wie von Ihnen vorgeschlagen, dann gibt es keinen Instanzenzug mehr dagegen, in dem man klagen kann. Dann gibt es nur noch den Weg der Verfassungsbeschwerde. Das ist dann die einzige Möglichkeit, dagegen vorzugehen.

Deshalb und weil der Gesetzgeber selbst quasi Verwaltungsaufgaben übernimmt, hat das Bundesverfassungsgericht in einem breiten Urteil dazu sehr klar gesagt, was die Voraussetzungen dafür sind. Es hat gesagt, dass solche planfeststellenden Gesetze, die in der Regel dem Gewaltenteilungsprinzip entgegenstehen, weil eben der Gesetzgeber Aufgaben der Exekutive übernimmt, nur in ganz engen Grenzen und im überwiegenden Interesse des Gemein-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

wohls, aber jedenfalls nicht grundsätzlich für die Planfeststellung möglich sind. Deshalb, Herr Harms, tut mir leid: Wir gucken da neidvoll hin. Aber so geht es eben in Deutschland leider nicht.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die entscheidende Frage ist: Wie geht es dann? Wie können wir die komplexeren Verfahren beschleunigen und gleichzeitig - das muss der Anspruch dabei sein - Bürgerinnen und Bürger sowie die Interessenvertreterinnen und -vertreter, wie etwa die Naturschutzverbände, angemessen beteiligen? Frau Metzner hat es eben gesagt, wir machen ja viele, und nur wenige sind so aufgeladen wie das für die A 20. Wie schaffen wir es also, auf der einen Seite diesen Planungsthemen Rechnung zu tragen und auf der anderen Seite die Akzeptanz der Bevölkerung für die Projekte hinzubekommen? Das ist aus meiner Sicht die entscheidende Frage.

Natürlich werden wir da Planbeschleunigungsthemen einführen müssen. Ja, manchmal werden es Instanzen Themen sein, indem wir schlicht und ergreifend sagen: Damit muss dann auch mal Schluss sein. Da ist dann eine Instanz auch ausreichend. Aber wir müssen auch einmal darüber nachdenken, ganz praktische Fragen aufzugreifen. Bei diesen praktischen Fragen gibt es durchaus Bewegung. Es gab in der Vergangenheit ein Innovationsforum Planungsbeschleunigung mit einem Katalog von Maßnahmen. Ein wichtiges Element der strategischen Planungsbeschleunigung ist zum Beispiel das Thema des vereinfachten Genehmigungsverfahrens für Bestandsbautenerhaltung, also schlicht und ergreifend da, wo schon eine Trasse verläuft oder eine Brücke ist, wirklich auch mit reduzierten Voraussetzungen zu agieren. Das heißt - das muss man ganz klar sagen -, in diesen Bereichen gibt es eine Einschränkung der Beteiligungsrechte, klare Sache. Man kann sich nicht den Pelz waschen, ohne sich nass zu machen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wem sagst du das?)

- So ist es. - Wem sage ich das an der Stelle? Aber darüber nachzudenken, ist richtig.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Lars Harms [SSW])

Darüber hinaus gibt es auch noch andere Möglichkeiten. Erstens: Thema Behördenvereinfachung. Ich habe mir sagen lassen, dass - schon durch meinen Vorgänger auf die Reise gebracht - beim Landesbetrieb Straßenbau ein Kompetenzzentrum Planung

am Betriebssitz des LBV nicht nur angedacht, sondern in der Umsetzung ist. Hier sollen Kompetenzen gebündelt, das Projektmanagement verbessert, die Öffentlichkeitsarbeit gestärkt und juristische Fragen zentral geklärt werden. Das scheint mir ein richtig guter Ansatz zu sein, um so etwas zu machen.

Zweitens. Wir müssen auch insoweit bei Planungsverfahren die Digitalisierung nutzen. Die Digitalisierung führt zum Beispiel im Bereich von Building Information Modeling dazu, dass Planungen nicht mehr in der Art und Weise ausgelegt werden, wie man das bisher kennt, also mit großen Aktenbergen, sondern eben über das Internet, wie wir das zurzeit bei der A 20 mit dem konkreten Planfeststellungsbeschluss machen, modellbasiert, ich sage einmal, digital, damit auch anders visualisiert, transparenter gemacht für die Leute, auch mit mehr Einbeziehungsmöglichkeiten dargestellt. Das ist ein zweiter wichtiger Punkt.

Den dritten wichtigen Punkt habe ich gestern schon genannt: Wir brauchen ein Fair Play mit den Verbänden. Wir werden große Planungsverfahren nicht gegen die Verbände anschieben können. Dieses Fair Play setzt wechselseitiges Verständnis voraus - auf der einen Seite von uns für die Interessen der Verbände, andererseits aber auch für das Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, unter anderem auch bei Infrastrukturprojekten vorankommen zu wollen.

Ich habe heute Morgen die Zeitung aufgeschlagen und gesehen, dass im Planabschnitt 4 der A 20 nun in der Nähe von Schmalfeld die nächste Initiative zu dem Thema Moorgebiet, das vertorfen könnte, die nächsten Bedenken erhebt. Daran sehen wir: Es geht in Wahrheit nicht nur um Planungsrecht. Es geht immer um Menschen, um Menschen, die mit ihren Einwendungen ganz am Anfang schon einmal mitgenommen worden sind, oder die sich durch Planungen überrollt fühlen. Wenn sie durch Planungen überrollt worden sind, dann allerdings treten sie auf den Plan.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Lassen Sie mich das zum Schluss sagen: Deshalb ist das Thema Mediation, was ein ausgleichender Prozess ist, bei dem man zu einem gemeinsamen Ziel kommen will, an dieser Stelle ein durchaus richtiger Ansatz. Wir sollten das stärker versuchen. Ich glaube, wir haben viele Möglichkeiten, Planungen zu beschleunigen, aber wir müssen es auch. Es ist notwendig, um Projekte schneller voranzubringen. - Herzlichen Dank.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute 37 Sekunden überschritten. Gibt es eine Fraktion, die von zusätzlicher Redezeit Gebrauch machen möchte? - Das ist nicht der Fall. Es liegen auch keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/14 und den Alternativantrag Drucksache 19/94 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 7 auf:

Elternunabhängiges BAföG einführen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/13

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/97

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne hiermit die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Lars Harms für die Abgeordneten des SSW.

Lars Harms [SSW]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Für uns ist dieses Thema, das wir heute besprechen, eher ein finanzpolitisches Thema, deswegen stehe ich hier.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sehr gut!)

Es geht nicht um Bildung. Ich glaube, bei Bildung und BAföG sind wir uns sehr schnell einig, was das für eine Relevanz hat. Der Anlass für diesen Antrag war, dass es massive Diskussionen auf Bundesebene darüber gibt, ob man Steuererleichterungen gewähren oder Schuldenabbau betreiben will. Es stehen circa 15 Milliarden € in Rede, die für diese Zwecke in irgendeiner Form mindestens genutzt werden sollen. Da stellt sich für uns natürlich schon die Frage: Macht das Sinn? - Diese Steuererleichterungen, die über das normale Steuersystem - also das, was wir als den Klassiker Lohnsteuer oder Einkommensteuer kennen - auf die Leute verteilt werden, sind nicht immer gerecht, weil es oft so ist,

dass, wenn Steuersätze geändert werden, es dann eher Menschen wie beispielsweise mich, die etwas mehr Geld verdienen, besserstellt als gerade denjenigen, der nicht so viel hat, und vor allem derjenige außer Acht gelassen wird, der gar nichts hat, sprich: der auf soziale Unterstützung angewiesen ist.

Vor dem Hintergrund haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wie man es eigentlich zielgerichtet besser hinbekommen und gleichzeitig auch ein allgemeines politisches Ziel umsetzen kann. Da haben wir uns vor Augen geführt, dass nach unserer Auffassung natürlich immer noch Bildung und der Zugang zu Bildung kostenlos sein sollten. Das ist er nicht immer in diesem Land. Wir haben diese Debatte bei Kita-Kosten, wir haben diese Debatte aber eben gerade auch bei der weiteren Bildung, insbesondere nach der schulischen Bildung. Es geht dabei ja nicht nur um Studenten, sondern auch um das sogenannte Meister-BAföG. Wir haben hier beim BAföG jetzt einen Höchstsatz von 735 €, der aber fast nie erreicht wird, weil immer Einkommen von Eltern gegengerechnet wird. Wir sind im Schnitt bei 448 €, die ausbezahlt werden.

Davon muss dann irgendwann nach Ende der Förderdauer, wenn man dann hoffentlich seinen Berufsabschluss geschafft hat und eine gewisse Zeit abgelaufen ist, die Hälfte wieder zurückgezahlt werden. Das wiederum - das ist vielleicht wichtig zu wissen, weil es nicht so bekannt ist - führt dazu, dass 37 % derjenigen, die eine weitere Ausbildung machen und einer niedrigen Einkommensklasse angehören, dieses Angebot gar nicht annehmen, weil sie in Sorge sind, dass sie diese Schulden später nicht wieder abtragen können oder dass es ihnen besonders schwerfällt. Das kann es eigentlich nicht sein. Im Extremfall führt das sogar dazu - das ist leider statistisch nicht erhoben -, dass diese Gruppen ganz wegbleiben, also sagen: Ein Hochschulstudium ist nichts für mich, ich jobbe mich weiter durchs Leben. Obwohl ich mein Abitur, meine Fachhochschulreife oder eine entsprechende Hochschulberechtigung in der Tasche habe, mache ich es trotzdem nicht, weil mir die Gefahr zu hoch ist, dass ich mir das alles nicht leisten kann.

Das ist für uns der Ansatz zu sagen: Es kann eigentlich nicht sein, dass BAföG immer noch elternabhängig ist und man damit auch den normalen Menschen über 18 Jahre ein bisschen unmündig macht, weil der Mensch immer noch von seinen Eltern abhängig ist. Auch da wieder der Klassiker des SSW: Wir schauen einmal nach Norden, wie es da aussieht. Dort in Dänemark gibt es die sogenannte Studienunterstützung, die in der weiteren Hochschul-

(Lars Harms)

ausbildung komplett elternunabhängig ist. Nur wenn man unter 18 Jahre alt ist, wird das Elterneinkommen angerechnet, ansonsten nicht. Diese Unterstützung ist einheitlich, das bekommt jeder, das muss im Übrigen wie ein richtiger Lohn versteuert werden, es ist aber vielleicht eine andere Systematik. Aber jeder bekommt das Gleiche für seine Ausbildung und hat eben einen entsprechenden Anspruch darauf und muss dieses Geld am Ende nicht zurückbezahlen. Das führt dazu, dass jemand, der in einer solchen weiterführenden Ausbildung in Dänemark ist, wesentlich unabhängiger handeln kann und natürlich auch wesentlich geringeren Zwängen ausgesetzt ist, was Hinzuverdienstnotwendigkeiten angeht. Das ist im Prinzip das, woran wir uns orientieren.

Das soll der Schluss sein: Wenn wir das BAföG nach dem derzeitigen Höchstsatz komplett auszahlen, es komplett elternunabhängig machen und keine Rückzahlungspflicht mehr bestünde, müssten wir circa 3 Milliarden € aufwenden. 15 Milliarden € stehen in Rede, was die Steuererleichterungen angeht. Wir sehen also, dass wir dieses ohne Schwierigkeiten bezahlen könnten und damit vielen Menschen, die eine Weiterbildung machen wollen, das Leben erleichtern könnten. Deswegen würden wir uns wünschen, dass wir da zu einer vernünftigen Lösung kommen könnten, und empfehlen, das Ganze in den Ausschuss zu überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort zu seinem ersten Redebeitrag im Schleswig-Holsteinischen hat der Kollege Tim Brockmann für die CDU-Fraktion.

(Beifall)

Tim Brockmann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vergangenen Jahr bezogen mehr als 600.000 Studierende Leistungen nach dem BAföG. Im Durchschnitt erhielt jeder Bezieher monatlich 448 €, und der Bund zahlte insgesamt 2,97 Milliarden €. Ich finde, das sind durchaus beachtliche Zahlen, insbesondere wenn man das damit vergleicht, wie es zu Beginn des BAföG gewesen ist. 1972 waren es lediglich 270.000 Studierende, die entsprechende Leistungen erhalten haben. Die Leistungen des Bundes betragen seinerzeit 547 Millionen €. Während sich der Zahl der Empfänger mehr als verdoppelt hat, haben sich die Leistungen mehr als verfünffacht. Diese Entwicklung ist erst einmal po-

sitiv zu beurteilen. Sie zeigt, dass die BAföG-Leistungen durchaus attraktiv sind.

Gleichwohl müssen wir auch feststellen, dass zurzeit immer weniger Studierende BAföG in Anspruch nehmen oder in Anspruch nehmen können, obwohl sich die Leistungen gerade im letzten Wintersemester deutlich erhöht haben. Wir wissen, dass es nicht einfach ist, Chancengleichheit im Bildungssystem herbeizuführen, ein nebenerwerbsfreies Studium herbeizuführen, ein elternunabhängiges Studium herbeizuführen. Deshalb glaube ich, dass es wichtig ist, sich Gedanken über Veränderungen beim BAföG zu machen.

Lieber Herr Harms, der SSW greift Teile unseres Koalitionsvertrages auf. Das ist wunderbar. Wir haben vereinbart, dass wir auf Bundesebene, die bekanntlich für das BAföG verantwortlich ist, eine Initiative für ein elternunabhängiges BAföG starten wollen. Insofern finde ich es gut, dass der SSW dieses Ansinnen unterstützt.

(Beifall Petra Nicolaisen [CDU])

Mit einem elternunabhängigen BAföG werden wir es mehr Studierenden ermöglichen, tatsächlich BAföG-Leistungen zu erhalten.

Außerdem ließe sich der bürokratische Aufwand der Antragsteller, der Eltern und des BAföG-Amts sicherlich deutlich reduzieren.

Wir dürfen aber nicht außer Acht lassen, dass von einem elternunabhängigen BAföG insbesondere Kinder aus Familien profitieren, die wahrscheinlich über dem Durchschnittseinkommen liegen und die, wenn überhaupt, nur einen geringen Anspruch auf BAföG hätten. Gerade hier treten aber die Probleme auf: An den Einkommensgrenzen kommt es häufig zu erheblichen Belastungen der Familie, die dazu führen können - Herr Harms, Sie sagten es ja -, dass Kinder gegebenenfalls von einem Studium abgehalten werden. Sie stehen unter erheblichem zeitlichen und familiären Druck, ihr Studium zu beenden. Das sind alles Dinge, die sicherlich nicht förderlich für ein Studium sind.

Der SSW-Antrag geht jedoch weiter und fordert auch den Verzicht auf die Rückzahlungsverpflichtung. Einen solchen Verzicht halte ich für falsch. Das BAföG als Schenkung zu betrachten, ist ein falsches Signal, weil es jeglichen Anreiz zunichtemacht, schneller zu studieren. Es privilegiert einseitig diejenigen, die später über dem Durchschnittseinkommen verdienen werden. Zudem werden die BAföG-Mittel auch von denjenigen aufgebracht,

(Tim Brockmann)

die nicht studiert haben, sondern beispielsweise eine berufliche Ausbildung absolviert haben.

Lassen Sie mich abschließend noch kurz auf die Begründung des SSW-Antrags eingehen. Diese ist ein Stück weit bemerkenswert.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege, bevor Sie dazu kommen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Harms?

Tim Brockmann [CDU]:

Bei meiner ersten Rede mache ich das gern.

Lars Harms [SSW]: Meine Bemerkung ist keine Kritik, sondern nur ein Hinweis, dass wir das nicht als Schenkung, sondern als eine Entlohnung verstehen, genauso, wie es beispielsweise in Form des Auszubildendenentgelts eine Entlohnung für einen Auszubildenden gibt. Es ist ein Hinweis, damit das nicht missverstanden wird. Ich glaube, wir sind uns darüber aber ohnehin einig.

- Man kann es aber auch wunderbar als Schenkung interpretieren.

Lassen Sie mich daher noch abschließend auf die Begründung eingehen. Auf der einen Seite lehnen Sie Steuerentlastungen für Besserverdienende ab, auf der anderen Seite entlasten Sie aber gerade diese. Auch wenn meine Kinder noch nicht so alt sind, meine ich, dass es als Abgeordneter mit Kindern sicherlich durchaus möglich ist, seine Kinder durchs Studium zu bringen. Wenn die Kinder künftig elternunabhängiges BAföG bekommen, entlasten Sie an dieser Stelle genau die Besserverdienenden.

Auch die aktuell guten Einnahmen des Staates dürfen meines Erachtens nicht als Begründung für ein elternunabhängiges BAföG herhalten. Im Umkehrschluss bedeutet dies nämlich, wenn man es zu Ende denkt, dass die BAföG-Leistungen eingeschränkt werden müssten, wenn die Einnahmen wieder sinken - und das wird mit Sicherheit wieder eintreten. Insofern sollten wir an dieser Stelle nicht finanzpolitisch, sondern bildungspolitisch argumentieren. Aus diesem Grund haben wir unseren Antrag auch um die Teilzeitstudiengänge und das ehrenamtliche Engagement ergänzt. Ich bitte daher um Unterstützung für den Antrag der Koalitionsfraktionen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die SPD-Fraktion hat nunmehr - ebenfalls zu seinem ersten Beitrag im Schleswig-Holsteinischen Landtag - der Kollege Dr. Dunckel das Wort.

(Beifall)

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin zunächst dankbar, dass der SSW dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung gebracht hat, das uns aus verschiedenen finanz- und bildungspolitischen Gründen beschäftigen muss. Ich darf Sie daran erinnern, dass nach der 21. Sozialerhebung des Studentenwerkes fast 50 % der Studierenden aus sozial niedrigen Herkunftsgruppen ihr Studium als finanziell nicht gesichert ansehen. Dies gilt auch und insbesondere für Studierende, die ihr Studium wesentlich über das BAföG finanzieren. Auch müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der deutlich überwiegende Teil der Studierenden das Studium durch die Unterstützung der Eltern und durch eigenen Verdienst finanziert.

Kollege Brockmann hat die Zahlen bereits genannt, ich habe zu ihnen eine etwas andere Deutung: 2015 wurden in der Tat bundesweit rund 611.000 der insgesamt 2,8 Millionen Studierenden und 260.000 Schülerinnen und Schüler nach dem BAföG gefördert. Die Tendenz ist rückläufig. Der durchschnittliche Betrag - Sie haben das auch genannt - lag für Studierende bei 448 €, was deutlich unter dem BAföG-Höchstsatz und unter dem Satz liegt, der notwendig ist, um sein Studium und Leben zu finanzieren. In Schleswig-Holstein sind die Verhältnisse vergleichbar, auch wenn bei uns prozentual etwas mehr Studierende BAföG bekommen.

Die vor einem Jahr von der Bundesregierung verabschiedeten Reformen haben sowohl die Elternfreibeträge als auch die Bedarfssätze angehoben. Es liegen allerdings noch keine Zahlen dafür vor, was es tatsächlich bedeutet und welche Auswirkungen es hat. Seit es das BAföG gibt, gibt es die Diskussion darüber, ob zumindest die Studierenden als eigenständige, unabhängige junge Erwachsene behandelt werden sollten und entsprechend als unabhängig vom elterlichen Haushalt angesehen werden sollten. Diese sollten dann natürlich auch unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Eltern ihr BAföG bedarfsabhängig bekommen. Wir haben für diese Position und auch für die Forderung nach ei-

(Dr. Heiner Dunckel)

nem elternunabhängigen BAföG durchaus eine deutliche Sympathie.

Bei einem genauen Blick gibt es jedoch eine Reihe von Punkten, die es noch zu diskutieren und zu betrachten gilt. Ich will das hier nur kurz andeuten.

Erstens. Wie auch in unserem Bundesprogramm formuliert, muss das BAföG bedarfsdeckend sein und regelmäßig an die Lebenshaltungskosten angepasst werden. Der derzeitige BAföG-Höchstsatz von 735 € dürfte dafür nicht ausreichen. Die Frage ist also, was bedarfsdeckend ist.

Zweitens. Von einem elternunabhängigen BAföG - es ist schon gesagt worden - profitieren auch Studierende einkommensstarker und vermögender Herkunftsfamilien oder gar Kinder von Einkommensmillionären. Auch wenn wir es hier nicht lösen können, so muss doch erwähnt werden, dass diese Ungerechtigkeit in entsprechenden Steuerkonzepten gelöst werden kann und muss, wie Sie es beispielsweise in unserem Regierungsprogramm für den Bund nachlesen können.

(Beifall Thomas Rother [SPD])

Drittens. Der SSW verweist in seiner Begründung auf die derzeit guten Steuereinnahmen der Bundesrepublik. Ich sehe allerdings in dieser Argumentation ein Risiko. Was ist denn, wenn sich die Steuersituation des Bundes wieder verschlechtert? Wenn wir uns dafür entscheiden, die Studierenden und gegebenenfalls auch die Schülerinnen und Schüler unabhängig von der finanziellen Leistungskraft ihrer Familien zu unterstützen, so muss dies nachhaltig sein. Einen Finanzierungsvorbehalt kann es da nicht geben.

Viertens. In den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts hat die schwarz-gelbe Bundesregierung das BAföG auf Vollدارlehen umgestellt, was der akademischen Bildungsbeteiligung nicht gutgetan hat - auch das ist schon gesagt worden. Der SSW schlägt deshalb - natürlich mit Blick auf Dänemark - vor, dass die Leistungen nicht mehr zurückgezahlt werden müssen. Das klingt gut, ich denke aber, auch hier werden wir reden müssen, denn es sind auch andere Lösungen möglich.

Fünftens. Wenn wir formelle und informelle Teilzeit-Studierende zusammenrechnen, beträgt der Anteil der Studierenden im Teilzeit-Studium etwa 8 %. Das ist durchaus ein größerer Anteil. Auch hier müssen wir die Notwendigkeit diskutieren, das BAföG auf Teilzeitstudiengänge anzupassen.

Die vor einigen Jahren zwischen Bund und Ländern getroffene Vereinbarung sieht vor, dass die ur-

sprüngliche Kostenteilung zugunsten der Länder aufgehoben wurde und der Bund jetzt alles bezahlt. Die Länder haben hier also keine direkte Entscheidungskompetenz mehr. Trotzdem halten wir es für richtig, sowohl über den Bundestag als auch über den Bundesrat auf eine verbesserte Studienförderung hinzuwirken. Insofern unterstützen wir, dass wir das Thema im Bildungsausschuss ausführlich diskutieren in der Hoffnung, dass wir dort zu einer gemeinsamen Lösung kommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Es geht weiter mit der nächsten Premierredenrede: Ich erteile dem Abgeordneten Lasse Petersdotter von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort zu seinem ersten Redebeitrag im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Es gibt viele Gründe, ein Studium abzugeben oder gar nicht erst ein Studium aufzunehmen: wenn eine berufliche Ausbildung zu dem führt, was man sich selbst für seine Zukunft vorstellt; wenn man im weiten Feld der angebotenen Studiengänge einfach nicht das findet, wofür man brennt; wenn man erkennt, dass die Arbeitsweise und das Leben, das einen als Studierenden erwartet, nicht das ist, was man sich vorstellt und das zu einem passt; oder wenn man einfach nicht bereit ist, den Anforderungen zu entsprechen und die Talente doch eher woanders liegen.

Die Gründe, nicht zu studieren, sind vielfältig. Viele von ihnen sind gute Gründe. Eines darf aber niemanden, niemals und unter keinen Umständen daran hindern, den Bildungsweg weiterzugehen und ein Studium aufzunehmen: das Einkommen der Eltern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

Doch kommen bundesweit von 100 Studierenden nur 23 aus Nichtakademikerfamilien. Das ist kein Zufall oder so etwas wie die unsichtbare Hand des Bildungssystems. Es ist eine destruktive Ungerechtigkeit, die dazu führt, dass unsere Wissenschaftslandschaft von vielen geeigneten und sehr großarti-

(Lasse Petersdotter)

gen Menschen nicht erreicht wird. Für die 23 % der Nichtakademikerkinder ist nicht nur die Hochschule ein völlig neuer Raum, der automatisch mit zahlreichen Herausforderungen verbunden ist, sondern das Studium selbst ein scheinbar unkalkulierbares Risiko. Vielen jungen Menschen - auch mir selber - hätte es geholfen, vor dem Studium zu wissen, ob ich mir diese Entscheidung wirklich leisten kann und möchte, welche Kosten mich tatsächlich erwarten. Kein Online-BAföG-Rechner sagt einem auch nur ansatzweise zuverlässig, mit wie viel Geld man planen kann.

Wenn man das Studium aufgenommen hat, beginnt eine Odyssee mit zahlreichen Formblättern des BAföG-Antrags, die es fast ausschließlich analog gibt und die einen erst einmal zur Recherche in die finanziellen Familienniederungen zwingen. Bis der Antrag bearbeitet ist und die ersten Zahlungen anstehen, verstreichen Monate - Monate, die viele kaum bis gar nicht überbrücken können.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immer wieder muss der Antrag im Laufe des Studiums neu gestellt werden. Auf veränderte Lebensverhältnisse reagiert das BAföG nur unzureichend und viel zu spät. Unter anderem darum muss Schluss sein mit dieser sich selbst ad absurdum führenden bürokratischen Black-Box. Darum braucht es ein BAföG für alle, elternunabhängig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Ich bedanke mich beim SSW für die Initiative zu diesem Thema und bin froh, dass unser Koalitionsvertrag in dieser Frage eine sehr deutliche Sprache spricht. Das BAföG muss so aufgestellt sein, dass alle Studierenden die Chance haben, sich zu engagieren. Deswegen fordern wir in unserem Antrag, die Fortzahlung des BAföG über die Regelstudienzeit hinaus zu gewährleisten, wenn man ein außeruniversitäres Engagement vorweist oder in Teilzeit studiert. Auch dafür gibt es gute Gründe, auch dieses Studium ist unterstützungswürdig. Deswegen fordern wir in unserem Antrag eine entsprechende Anpassung für diese Fälle.

Das BAföG ist dazu da, jungen Menschen ein Studium zu ermöglichen, und es ist das Finanzierungsmodell für den Bildungsaufstieg. Als solches versagt es aber, wenn die Anzahl der BAföG-Empfänger bundesweit sinkt, obwohl die Gesamtzahl der Studierenden steigt, wie es aktuell der Fall ist. Neugierde und Wissenshunger treiben viele junge Men-

schen jedes Jahr an die Hochschulen in Schleswig-Holstein. Wir brauchen diese Menschen.

Da ist es nur konsequent und richtig, sich für ein elternunabhängiges BAföG einzusetzen. Es braucht endlich eine finanzielle Gewissheit für jede und jeden, damit sie oder er zu Beginn des Studiums weiß, ob sie oder er das tatsächlich finanzieren kann. Denn der schlechteste und für alle Beteiligten sinnloseste und frustrierendste Grund für einen unbefriedigten Wissenshunger und eine verbaute Bildungsbiografie ist das Einkommen der Eltern. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass der SSW den neuen Koalitionsvertrag so genau gelesen hat, und bedanke mich für den ersten Aufschlag. Die Kollegin Waldinger-Thiering formulierte noch Ende 2015 bei der Hochschulgesetznovelle, dass ein elternunabhängiges BAföG nicht in Sicht sei. Eine Initiative des SSW in der letzten Legislaturperiode zum elternunabhängigen BAföG ist mir unbekannt. Eine solche Forderung ist mir auch in Ihrem Wahlprogramm nicht bekannt. Die Forderung nach einem elternunabhängigen BAföG finde ich im Übrigen auch nicht bei anderen Oppositionsparteien.

Die Einführung eines elternunabhängigen BAföG ist jedoch eine langjährige Forderung der FDP. Ich habe beim Bingo heute Morgen darauf gewartet, dass sich jemand von der SPD hier hinstellt und - wenn wir als FDP von elternunabhängigem BAföG sprechen - natürlich den Einkommensmillionär anführt. Man hat Sorge, wenigen Menschen zu viel zukommen zu lassen, und lässt deswegen eine große Mehrheit links liegen. Das finde ich nicht richtig.

(Zurufe SPD)

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz ist nicht mehr zeitgemäß: Es ist sehr bürokratisch, sodass die eingesetzten Mittel zu einem großen Teil eher in die Verwaltung des BAföG fließen als direkt in die Studierendenförderung. Es erreicht auch zunehmend weniger Studierende - auch das haben wir schon festgestellt -, sodass die meisten Studieren-

(Dennys Bornhöft)

den darauf angewiesen sind, vielfältige Nebenjobs auszuüben, anstatt sich auf das Studium zu konzentrieren. Die dadurch längeren Studienzeiten zahlt jeder Steuerzahler mit.

(Unruhe SPD)

- Hier wird noch diskutiert, was ein Millionär ist; super.

Es bedarf deshalb einer grundlegenden Reform, die die Studierenden elternunabhängig so fördert, dass jeder begabte junge Mensch ein Studium aufnehmen und sich darauf konzentrieren kann. Dazu gilt es, den Studierenden in den Mittelpunkt der Förderung zu stellen, nicht die Einkommenssituation seiner Eltern.

Für die FDP sind Studierende erwachsene Menschen, die sich selbstbestimmt für eine hochwertige Ausbildung und Entfaltung ihrer Interessen entscheiden.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir sehen Studierende als eigenständige Persönlichkeiten und nicht als Teil einer elterlichen Bedarfsgemeinschaft an, welche sich im Regelfall ja selbst nicht einmal im selben Wohnraum befinden.

(Beifall FDP)

Die Beantragung und Gewährung oder auch die Verweigerung von BAföG aufgrund der finanziellen Situation der Familie führt wiederkehrend zu zerrütteten Verhältnissen in den Familien. Wir wollen den bürokratischen Aufwand verringern und Transparenz sowie Planungssicherheit für die Studierenden gewährleisten.

Der Änderungsantrag der Koalition setzt etwas andere Schwerpunkte als der Antrag des SSW. Die weitreichende Forderung, zukünftig keinerlei BAföG-Leistungen mehr zurückzuzahlen, tragen wir als Koalition nicht mit.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Das Schüler-BAföG ist als Vollzuschuss hiervon ausgenommen.

Aus unserer Sicht ist die Forderung, nichts zurückzuzahlen, nicht verhältnismäßig. Für Studierende wird BAföG zu einer Hälfte als Zuschuss, zur anderen Hälfte als zinsloses Darlehen gewährt. Über Detailmodalitäten lässt sich bestimmt reden, aber im Grundsatz halten wir diese Regelung für vernünftig.

Warum? - Weil wir für diese Förderung gesamtgesellschaftliche Akzeptanz benötigen. Diese Leistun-

gen werden schließlich von allen Steuerzahlern aufgebracht. Für uns gilt der Grundsatz, dass die, die in der Gesellschaft mehr leisten können, auch mehr leisten sollen. Bei jungen Menschen mit prinzipiell kostenlosem Hochschulabschluss kann man erwarten, dass sie ihren gesamtgesellschaftlichen Beitrag danach leisten, zumal die Rückzahlmodalitäten schon jetzt sehr entgegenkommend sind. Nur die Hälfte muss zurückgezahlt werden, es gibt eine Obergrenze von 10.000 €, erstmalige Rückzahlung spätestens fünf Jahre nach Studienabschluss - man kann also zwischenzeitlich etwas anderes machen oder arbeiten -, Streckung der Rückzahlung auf bis zu 20 Jahre verteilt. Sonderregelungen, zum Beispiel für Studierende mit Kind, gibt es auch noch.

Im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz halten wir bei derzeitiger Rechtslage die geltende Regelung bezüglich der BAföG-Teilrückzahlung für vernünftig und vertretbar.

Falls der SSW an einem Modell in Anlehnung an ein Vollstipendium festhalten möchte, empfehle ich einen weiteren Blick in unseren Koalitionsvertrag. Es wird ein Zukunftslabor geben, in dem wir zum Beispiel über liberales Bürgergeld sowie generell Grundeinkommen und staatliche Transferleistungen sprechen werden. Da wäre das ein idealer Ansatz.

Der Antrag der Koalition ist gesamtgesellschaftlich ausgewogener und sollte daher vom Hohen Haus beschlossen werden. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Die AfD-Fraktion hat uns mitgeteilt, dass sie zu diesem Tagesordnungspunkt auf einen Redebeitrag verzichtet. - Nun erteile ich zu einem Dreiminutenbeitrag der Kollegin Jette Waldinger-Thiering vom SSW das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank, Herr Vizelandtagspräsident! Dem SSW geht es nicht darum, jungen Menschen Geschenke zu machen. Es sind und bleiben unsere Kinder, es geht um die jungen Menschen, die wir in die Selbstständigkeit entlassen wollen und die mit ihrem Studium eine Zukunft planen sollen, nicht nur für sich. Wir diskutieren immer wieder: Wo bleiben unsere klugen Köpfe ab, und was erwarten wir von diesen klugen Köpfen?

Wir gehen davon aus, dass ein elternunabhängiges BAföG nicht die Kinder reicher macht, sondern die

(Jette Waldinger-Thiering)

jungen Menschen fangen an und bekommen ein Einkommen, um ein Studium beginnen zu können, um in eine Zukunft zu starten, die unerwartet ist. Lasse Petersdotter hat es gerade gesagt: Viele junge Menschen, die keinen Akademiker zu Hause haben, wissen gar nicht, was auf sie zukommt. Sie haben große Bedenken, mit der Ausbildung anzufangen. Es kann sich keiner leisten, kluge Köpfe zu Hause zu lassen, weil sie nicht wissen, wie sie ihre Zukunft und ihr Studium finanzieren sollen.

Als wir über die HSG-Novelle diskutiert haben, habe ich gesagt: Solange wir kein elternunabhängiges BAföG haben, ist die Anwesenheitspflicht ein Teilinstrument, um eine Möglichkeit zu geben, Geld für den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Steuererleichterungen, die vom Bund angestrebt werden, sind ein kleines Gießkannenprinzip. Wir werden einigen mehr geben, aber die, die das tatsächlich benötigen, werden es nicht kriegen.

Die Verwaltungskosten sind schon angesprochen worden.

Ich appelliere noch einmal an die Jamaika-Koalition: Lassen Sie uns beide Anträge in den Finanz- und in den Bildungsausschuss überweisen, damit wir gemeinsam

(Die Abstimmungsglocke ertönt)

- ich habe hier noch Zeit - etwas Kluges zum Wohle der jungen Menschen in Schleswig-Holstein und als Inspiration für die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg bringen können. Ich appelliere, dass wir beide Anträge in den Bildungs- und den Finanzausschuss überweisen. Wir wollen die jungen Menschen nicht in Euros reicher machen, aber reicher mit guten Ideen, und wir wollen kluge Köpfe auf den Weg bringen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Entschuldigen Sie diese kleine Störung, wir probieren die Technik hier noch aus.

(Heiterkeit)

Ich erteile nun für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Frau Karin Prien, das Wort.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Zunächst einmal vielen Dank für diese Debatte, die sehr deutlich zeigt, dass jedenfalls der überwiegende Teil hier im Haus das Thema Chancengerechtigkeit in der Bildung sehr ernst nimmt und dass wir in diesem Zusammenhang das Thema elternunabhängiges BAföG miteinander diskutieren können. Es ist bereits mehrfach erwähnt worden, dass sich auch die Koalition im Koalitionsvertrag mit dieser Frage auseinandergesetzt hat. Wir haben das Thema elternunabhängiges BAföG auf der Agenda und haben uns gemeinsam dazu entschlossen, hierzu eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen.

Allerdings - auch das wurde bereits gesagt - ist unser Ansatz etwas weitergehend. Uns geht es auch sehr um die Teilzeitstudierenden und jene, die sich ehrenamtlich engagieren. Insgesamt, meine Damen und Herren vom SSW, rennen Sie damit bei uns ein offenes Scheunentor ein.

Das Ganze ist kein Selbstgänger, darüber müssen wir uns im Klaren sein. Wir müssen uns starke Verbündete suchen, sonst werden wir im Bund damit keinen Erfolg haben.

Richtig ist aber auch, dass das Thema elternabhängiges BAföG, das wir jetzt haben, an vielen Stellen bereits durchbrochen ist und es in Teilbereichen bereits eine BAföG-Regelung gibt, die Studierenden, Schülern und Auszubildenden BAföG gewährt, das unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern ist. Ich verzichte darauf, das im Einzelnen auszuführen. Die Ausnahmetatbestände gibt es. Sie sind hier bereits genannt worden.

Trotzdem haben auch wir in der Koalition - das will ich freimütig einräumen - in einem durchaus schwierigen Abwägungsprozess darüber gesprochen, wie man erreichen kann, Bildungserfolg, der in Deutschland leider in der Realität immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängig ist, zu erreichen. Da muss etwas passieren. Es gibt viele Stellschrauben, wie man das erreichen kann. Das ist eine solche, an die man aus unserer aller Sicht herangehen sollte. Dennoch ist es ein schwieriger Abwägungsprozess, Herr Bornhöft, denn man muss draußen schon erklären, warum ein Chefarztkind elternunabhängiges BAföG erhalten soll. Das ist zunächst einmal, wenn man soziale Gerechtigkeit ernst nimmt, zumindest erklärungsbedürftig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Karin Prien)

Deshalb dieser schwierige Abwägungsprozess. Dennoch sagen auch wir als Jamaika-Koalition: Ja, es ist richtig, da heranzugehen, weil wir das Ziel, mehr Kinder aus Familien, die es nun einmal schwerer haben, in eine akademische Ausbildung zu bringen, erreichen müssen. Deshalb haben wir uns am Ende gemeinsam dazu entschieden.

Daran, dass Sie, Herr Harms, mit Ihrer Zahl, den genannten 3 Milliarden €, die das angeblich kosten soll, richtig liegen, habe ich erhebliche Zweifel. Möglicherweise ist es deutlich mehr. Man würde nämlich einen Anreiz dafür schaffen, dass im Grunde jeder, der studieren will, das unter Inanspruchnahme von BAföG tun könnte. Das heißt, dass es nicht nur diejenigen sind, die jetzt elternabhängig BAföG bekommen, sondern darüber hinaus sehr viele mehr. Da reden wir möglicherweise von einer Verfünffachung der Anzahl derjenigen, die BAföG beantragen würden. Dann sind es vielleicht nicht 3 Milliarden € mehr, sondern eher 9 oder 12 Milliarden €. Dann kommen wir langsam in eine Dimension, in der wir uns sehr ernsthaft über Prioritätensetzungen unterhalten müssen. Sie haben recht, dann ist es ein finanzpolitisches Thema. Das Geld kann man eben nur einmal ausgeben. Das gilt nicht nur für die schwäbische Hausfrau, sondern das gilt auch sonst.

Der zweite Punkt, mit dem Sie sich beschäftigt haben, ist die Frage: Ist es richtig, dass BAföG zurückgezahlt werden muss? Ja, dieser Auffassung sind wir nach wie vor, auch nach der Beratung dieses Antrags. Die Frage ist: Was passiert, wenn man das einführen würde, mit unserer gesamten Unterhaltssystematik? Sie würden quasi die Unterhaltssystematik bei den Eltern verändern. Dann muss man auch darüber sprechen, was man eigentlich mit der Unterhaltsverpflichtung der Kinder gegenüber den Eltern im Alter macht. Das wären Dinge, die man im Gesamtzusammenhang diskutieren müsste, denn das Ganze ist aus meiner Sicht also keineswegs trivial.

Eine weitere Frage ist: Ist es eigentlich richtig, in der Pyramide der Bildungsfinanzierung gerade an dieser Stelle anzusetzen? Oder müsste man es nicht eigentlich etwa im Zusammenhang mit der Finanzierung des Kita-Beitrages diskutieren? Ist es nicht viel wichtiger, unten anzusetzen und die Mittel, die zur Verfügung stehen, erst einmal im Bereich der Kostenfreistellung des Kita-Besuches einzusetzen?

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deshalb finde ich, dieser Antrag ist eine wichtige Anregung zur Diskussion über die Bildungsfinanzierung, greift aus unserer Sicht aber noch nicht weit genug. Ich freue mich über eine umfassendere und tiefgreifendere Debatte zu diesem Thema und bedanke mich für den Antrag.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/13 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/97 dem Bildungsausschuss

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Und Finanzausschuss!)

- und dem Finanzausschuss - zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/13, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen kann es nicht mehr geben. Damit ist der Antrag des SSW, Drucksache 19/13, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD, SSW und AfD abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/97, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der AfD bei Stimmenthaltung der SPD so beschlossen.

Wir kommen zu einem weiteren Tagesordnungspunkt. Das ist der Tagesordnungspunkt 5:

Wahl der Mitglieder des Medienrates der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH)

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/72

Eine Aussprache dazu ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor.
- Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages, also 49 Abgeordnete, erforderlich sind.

Wer dem Antrag Drucksache 19/72 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Wahlvorschlag Drucksache 19/72 mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der AfD-Fraktion angenommen. Ich stelle fest, dass damit die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme erreicht ist. Damit sind die vorgeschlagenen Mitglieder des Medienrates gewählt. - Herzlichen Glückwünsch!

Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 15 Uhr und wünsche allen eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:00 bis 15:33 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne wieder die Sitzung. Bevor wir mit der Tagesordnung fortfahren, rufe ich einen Punkt außerhalb der Tagesordnung auf:

Aufhebung der Immunität eines Mitgliedes des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/103

Da unser Landtag längere Zeit mit keinem Immunitätsverfahren befasst war, will ich Ihnen kurz das Verfahren schildern. Nach § 44 unserer Geschäftsordnung überweist die Präsidentin oder der Präsident Ersuchen in Immunitätsangelegenheiten unmittelbar dem Innen- und Rechtsausschuss. Über den Bericht des Ausschusses entscheidet der Landtag ohne Aussprache. Zu Beginn der 19. Wahlperiode hat sich der Landtag Grundsätze für die Behandlung von Immunitätsangelegenheiten gegeben, durch die bis zum Ende der 19. Wahlperiode be-

schränkt auf bestimmte Fallgruppen die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten beschlossen wurde. Soweit Sachverhalte betroffen sind, die nicht unter diese Fallgruppen fallen, bedarf es eines Einzelbeschlusses des Landtages, um die Immunität einer oder eines Abgeordneten aufzuheben.

Zum Sachverhalt: Mit Schreiben vom 3. Juli 2017, hier eingegangen am 12. Juli 2017, hat die leitende Oberstaatsanwältin in Kiel bei mir die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Volker Schnurrbusch beantragt. Es geht um gerichtliche Durchsuchungsbeschlüsse, für deren Vollzug die Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Landtages erforderlich ist. Wir haben in der konstituierenden Sitzung Grundsätze für die Behandlung von Immunitätsangelegenheiten beschlossen. Danach hat der Landtag bestimmte Ermittlungsverfahren und strafprozessuale Zwangsmaßnahmen gegen Abgeordnete generell genehmigt. Ich habe den Vorgang daraufhin intensiv geprüft.

Da in dem vorliegenden Fall die Grundsätze nicht Anwendung finden, muss das Plenum jetzt die Entscheidung treffen, wie es in Artikel 31 der Landesverfassung vorgesehen ist. Deshalb habe ich den Vorgang gemäß § 44 der Geschäftsordnung dem für Immunitätsangelegenheiten zuständigen Innen- und Rechtsausschuss zugeleitet, der in seiner heutigen Sitzung den Vorgang beraten und dem Plenum eine Beschlussempfehlung zugeleitet hat.

Diese Beschlussempfehlung wird jetzt durch Frau Berichterstatterin Barbara Ostmeier vorgetragen. Ich erteile der Berichterstatterin das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Innen- und Rechtsausschuss ist heute ein Schreiben des Landtagspräsidenten in einer Immunitätsangelegenheit mit der Bitte zugeleitet worden, die Angelegenheit im Ausschuss zu beraten und dem Landtag dazu eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

Der Ausschuss ist dieser Bitte gefolgt und hat nach ausführlicher Beratung in seiner eben stattgefundenen Sitzung Folgendes beschlossen: Bei Enthaltung der AfD mit den Stimmen der übrigen Mitglieder empfiehlt der Ausschuss, die Immunität des Abgeordneten Volker Schnurrbusch betreffend den beantragten Vollzug richterlicher Durchsuchungsanordnungen - Aktenzeichen 43 Gs 2648/17, 43 Gs 2649/17 und 43 Gs 2650/17 - mit der Maßgabe aufzuheben, dass nur elektronische Geräte beschlagnahmt werden dürfen mit der Maßgabe, dass

(Barbara Ostmeier)

über den Tatvorwurf hinaus weitergehende Erkenntnisse nicht verwertet werden dürfen.

Die schriftliche Vorlage wird dem Plenum in Kürze vorgelegt werden. - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Aussprache findet gemäß § 44 der Geschäftsordnung nicht statt.

Ich gehe davon aus, dass Sie aufgrund der mündlichen Berichterstattung damit einverstanden sind, dass wir jetzt zur Abstimmung schreiten können. - Ich sehe, das ist der Fall.

Wer der Beschlussfassung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 19/103, jetzt eben mündlich vorgetragen durch die Frau Berichterstatlerin, zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktion der FDP und die Fraktion der CDU. Wer Enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Bei Enthaltung der Fraktion der Mitglieder der AfD ist entsprechend beschlossen worden, und die Ausschussempfehlung ist angenommen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass ich die Sitzung für circa 15 Minuten unterbreche.

(Unterbrechung 15:38 bis 16:30 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne - nach dieser etwas ungewöhnlichen Unterbrechung - unsere nachmittägliche Sitzung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Neuordnung der Kita-Gesetzgebung

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/49

Beitragsfreie Kindertagesbetreuung einführen

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/93 (neu)

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nach

Vereinbarung der Antragsteller die Fraktionsvorsitzende, Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist halb fünf, und wir steigen in den ersten Nachmittagspunkt ein. Ich hoffe, dass Sie oben auf den Plätzen nicht zu lange warten mussten.

Meine Damen und Herren, gerade jetzt, im Wahlkampf, hört man es allerorten: Gute Bildung ist der Schlüssel für fast alles - Bekämpfung des Fachkräftemangels, Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit, Gesundheit, Vorgehen gegen Demokratiemüdigkeit und, und, und.

Gute Bildung beginnt vor der Schule. Ein Leitprojekt unserer Koalition sind deshalb die gute, bezahlbare Kita und die Steigerung der Kita-Qualität. Dafür werden wir bis Ende dieser Legislaturperiode 70 Millionen € aufwachsend zur Verfügung stellen. Mit diesen Mitteln wollen wir unter anderem den Personalschlüssel in den Kitas verbessern und insbesondere die zweite Kraft am Nachmittag verstetigen. Ein guter Personalschlüssel nutzt natürlich nur dann, wenn wir die entsprechenden Erzieherinnen haben; auch da müssen wir heran.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den jährlichen Betriebskostenzuschuss des Landes von 100 Millionen auf über 230 Millionen € erhöht. Wir haben die Eltern mit dem Kita-Geld entlastet. Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung war das ein echter Kraftakt. Trotzdem ächzen die Kommunen noch immer unter den steigenden Betriebskosten ihrer Kitas. Eltern in Schleswig-Holstein zahlen für den Kita-Besuch ihrer Kinder trotz Kita-Geld weiterhin mehr als in den meisten anderen Bundesländern. Ich komme aus dem Rand Hamburgs, einer Stadt mit beitragsfreier Kita. Es ist schon erstaunlich, was im benachbarten Wedel und anderen Kommunen teilweise gefordert wird.

Woran liegt das? Unsere Kita-Finanzierung ist über Jahre gewachsen und gleicht darum einem Dschungel. Die Regelungen für Elementarplätze, also für den Bereich der über Dreijährigen, sind gänzlich andere als die für den Krippenbereich. Die aktuelle Kita-Finanzierung berücksichtigt außerdem wenig die tatsächlich anfallenden Kosten. So werden zum Beispiel alle Krippenplätze in gleicher Weise vom Land nach einem Durchschnittssatz bezuschusst, unabhängig davon, ob halbtags oder ganztags. Hinzu kommen diverse Qualitätsprogramme, zum Beispiel Fachberatung, Sprachförderung und Fachkraft-Kind-Schlüssel am Nachmittag.

(Eka von Kalben)

Um Kommunen und Eltern spürbar zu entlasten und gleichzeitig bei der Kita-Qualität einen Schritt nach vorn zu gehen, brauchen wir eine grundlegende Reform der Kita-Finanzierung hin zu einem transparenten und dynamischen System. Darüber herrscht hier fraktionsübergreifend Einigkeit. Wir haben deshalb die Neuordnung der Kita-Finanzierung als eines der Leitprojekte in unserem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Wir wissen aber auch, dass die Reform nur mit der kommunalen Familie gemeinsam gelingen kann und mit einer Aufstockung des Betriebskostenzuschusses des Landes an die Kommunen einhergehen muss. Wir wollen den Betriebskostenzuschuss deshalb um 50 Millionen € erhöhen.

Die alte Landesregierung und die Kommunen hatten sich bereits Anfang des Jahres in einem Letter of Intent darauf verständigt, die Kita-Finanzierung neu zu ordnen. Dieser Letter of Intent ist meines Erachtens ein gutes Fundament für die Reform.

Wir Grünen wollen aber, dass auch die Kita-Träger und die Landeselternvertretung in die Verhandlungen einbezogen werden. Gerade die Eltern tragen einen erheblichen Teil der Kita-Betriebskosten. Sie sind für uns ein sehr wichtiger Akteur.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Apropos Elternentlastung: Für uns Grüne ist Bildungsgerechtigkeit ein ganz zentrales Thema. Dazu gehört, dass der Kita-Besuch nicht vom Geldbeutel der Eltern oder vom Wohnort des Kindes abhängig sein darf. Aber genau das ist mancherorts Realität in Schleswig-Holstein. Die Neuordnung muss also nicht nur zu einem transparenteren System, sondern auch zu einem gerechteren Beitragssystem führen.

Wir sind uns innerhalb der Koalition, aber auch mit SSW und SPD einig, dass wir die Kita-Eltern stärker entlasten müssen. Wir werden damit beginnen, indem wir die Elternbeiträge deckeln. Die Elternentlastung darf aber nicht nur von oben kommen, sondern muss auch von unten wirken. Deshalb werden wir versuchen, die Sozialstaffelregelungen landesweit zu vereinheitlichen und zu verbessern.

Um dem Ziel vergleichbarer Elternbeiträge näherzukommen, haben wir uns innerhalb der Koalition darauf verständigt, 50 Millionen € zur Entlastung der Eltern einzusetzen. Das Kita-Geld werden wir aber erst durch die Neuregelung der Elternbeiträge ablösen und nicht schon vorher einstellen. Unser Fernziel bleibt die komplette Beitragsfreiheit.

Liebe SPD, zu Ihrem Antrag zur Beitragsfreiheit: Auch wir haben dieses Ziel im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Wir sind aber der Meinung, dass wir, wenn wir seriös bleiben wollen, ein Konzept beziehungsweise einen Fahrplan nur dann vorlegen können, wenn wir eine Idee zur Finanzierung in dieser Legislaturperiode haben. Wir sehen derzeit nicht die Möglichkeit, das Ziel der Beitragsfreiheit in dieser Legislaturperiode zu erreichen. Deshalb konzentrieren wir uns in unserem Antrag auf die ersten Schritte. Wir verdeutlichen, was wir vom Sozialminister erwarten. Deshalb können wir dem Antrag der SPD leider nicht zustimmen.

Uns ist klar, dass wir der Landesregierung mit der Neuordnung der Kita-Finanzierung und unseren hohen Ansprüchen an diese keine leichte Aufgabe übertragen haben. Aber ich bin zuversichtlich, dass sich die Landesregierung mit den Kommunen, den Kita-Trägern und den Elternvertretern bis April auf Eckwerte verständigen wird. Gute Bildung bedeutet gute Kita - eine Kita, in der Kinder glücklich sind, in die Eltern Vertrauen haben und in der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerne arbeiten.

Die Verhandlungen werden kein Strandspaziergang. Lieber Minister Garg, eine glückliche Hand! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein herzliches Willkommen auch an die Landeselternvertretung der Kindertageseinrichtungen, die heute im Hause vertreten ist!

(Beifall)

Ich muss Ihnen wirklich zugestehen: Nach einem Blick in Ihren Koalitionsvertrag schlägt mein sozialdemokratisches Herz höher. Es soll nämlich weiter investiert werden. Der Ausbau der Kita-Plätze soll weitergehen. Die Familienzentren sollen weiter ausgebaut werden. Die Betriebskostenzuschüsse an die Kommunen sollen weiter aufgestockt werden. Die zweite Kraft am Nachmittag soll weitergeführt und dauerhaft festgeschrieben werden.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Martin Haber-

(Serpil Midyatli)

saat [SPD]: So groß ist die Begeisterung für die Projekte der vorherigen Koalition!

Wenn Sie mitgezählt haben: In jedem meiner Sätze kam „weiter“ vor. Die Kita-Politik der vorherigen Landesregierung scheint so gut gewesen zu sein, dass Sie wirklich in jedem einzelnen Punkt „weiter so“ machen. Sie haben keine neuen, eigenen Ideen.

(Beifall SPD und SSW)

Sie von der Koalition können gern weiter mitklatzen. Ich nehme zur Kenntnis, dass Ihr Verhalten in der vergangenen Legislaturperiode wirklich nur Oppositionsgebaren war. Im Herzen haben Sie unsere Kita-Politik für gut empfunden. Das stelle ich hiermit fest.

Das Kita-Geld soll zwar abgeschafft werden; die Eltern sollen trotzdem weiter entlastet werden. Ganz ehrlich, wir hängen nicht an dem Instrument Kita-Geld.

(Beifall CDU und FDP - Tobias Koch
[CDU]: Bravo! Warum nicht gleich so?)

- Das haben wir hier immer gesagt.

(Lachen CDU)

Es gab für uns damals keine andere Möglichkeit. Wir wollten unbedingt in die Elternentlastung einsteigen. Ich bin froh, dass das auch von meiner Kollegin Eka von Kalben deutlich gesagt worden ist.

Ich möchte noch etwas feststellen - Sie werden mir zustimmen, wenn Sie ganz ehrlich sind -: Wenn die SPD-Fraktion nicht die Beitragsfreiheit hier im Plenum zur Debatte gestellt hätte und unsere damalige Sozialministerin, Kristin Alheit, nicht einen Weg aufgezeigt hätte, dann hätten Sie weder in Ihrem Regierungsprogramm noch in Ihrem Koalitionsvertrag die Beitragsfreiheit festgeschrieben.

(Beifall SPD und SSW - Lachen CDU und FDP)

Gehen Sie einmal ganz tief in sich! Wir haben die Beitragsfreiheit auf die Agenda gesetzt, und Sie ziehen jetzt nach. - Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

(Zurufe CDU und FDP: Aha!)

- Sie können sich gern zu einem Dreiminutenbeitrag melden.

(Zurufe)

Ganz ehrlich: Ich kenne die Diskussion auch untereinander. Ich möchte hier jetzt keine internen Dinge

ausplaudern; dazu werden wir untereinander noch genügend Gelegenheit haben.

Aber es soll ja weitergehen. So soll es auch zusätzliche Mittel für die Qualitätssteigerung, wie zum Beispiel die duale Ausbildung, was ich auch begrüße, geben. Da bin ich auf das Konzept gespannt. Es sollen auch Vor- und Nachbereitungszeiten weiter verbessert werden. Auch das finde ich sehr gut.

Ich möchte nur eine einzige kleine Zahl nennen, Herr Minister Garg. Wenn Sie bei der Kita-Betreuung von den 1,5 Stellen auf 1,6 Stellen gehen würden - das ist eine Steigerung des Betreuungsschlüssels um 0,1 Prozentpunkte -, dann kostet allein das zwischen 23 Millionen und 26 Millionen €. Dies nur als kleiner Hinweis darauf, was in diesem Bereich alles auf Sie zukommen wird.

Mit dem Letter of Intent - das hat meine Kollegin hier bereits gesagt - haben Sie eine super Absichtserklärung der Kommunen für eine transparente Kita-Finanzierung, die auch wir selbstverständlich schon vorher angekündigt haben. Auch wir wollten dies machen, weil das wirklich das A und O ist, wenn man eine transparente Kita-Finanzierung in allen Bereichen erreichen will.

Auf diesem Wege steht Ihnen sozusagen nichts mehr im Wege, Herr Minister Heiner Garg. Sie können nun tatkräftig Ihre Arbeit aufnehmen. Sie haben dazugelernt; Sie haben gelernt, dass man in den zu führenden Dialog auch die Eltern, die Kommunen, aber auch die Träger einbeziehen muss.

Vielleicht noch eine kleine Anregung von meiner Seite: Ich würde an Ihrer Stelle auch noch die Unternehmensverbände mit ins Boot holen; denn gerade was die Beitragsfreiheit angeht, sind das Partner an unserer Seite.

Nun haben Sie eine große Zustimmung zur Beitragsfreiheit erfahren. Das gefällt uns natürlich ganz gut. Ich möchte dennoch einige Fragen stellen, auf die Sie vielleicht jetzt schon eingehen können, spätestens aber dann, wenn das Eckpunktepapier eintrifft. Wir haben im Koalitionsvertrag gelesen, wie viel Sie für die Qualitätsverbesserung und all das, was ich zuvor aufgezählt habe, und auch für Betriebskostenzuschüsse gerne bereitstellen möchten. Das sind zusammengerechnet 170 Millionen €.

Nur einmal zur Erinnerung: Wir haben die Betriebskostenzuschüsse in den letzten Jahren von 107 Millionen auf 231 Millionen € erhöht. Das ist ein Mehr an Betriebskostenzuschüssen in Höhe von rund 130 Millionen €, die wir an die Kommunen und Träger weitergegeben haben. Auch die Investi-

(Serpil Midyatli)

tionskosten des Landes in Höhe von 125 Millionen € sind an die Kommunen und Träger weitergegeben worden. Auch Sie wollen diese Summe auf der Grundlage Ihrer Eckpunkte bereitstellen. Ich frage mich nur, wie Sie auf diese lächerlichen 170 Millionen € gekommen sind, und das in einer gesamten Legislaturperiode.

Der CDU und der FDP mache ich insoweit gar keinen Vorwurf; denn diese haben das auch gar nicht besser wissen können. Aber zumindest die Grünen beziehungsweise die Finanzministerin hätte das wissen müssen. Wenn Sie all die Punkte, die Sie in Ihrem Koalitionsvertrag aufgeschrieben haben, umsetzen wollen, dann mache ich hier die Prognose, dass Sie in dieser Legislaturperiode zwischen 500 Millionen und 600 Millionen € werden investieren müssen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, 170 Millionen € sind kein lächerlicher Betrag, sondern das ist ein Haufen Geld.

(Beifall CDU und FDP)

So viel ist auf einen Schlag noch niemals investiert worden. Wir haben dieses Ziel, und Sie werden noch staunen.

Man muss sich zunächst einmal die Lage ansehen. In keinem anderen Bundesland werden die Eltern so belastet wie in Schleswig-Holstein, wenn es um die Höhe der Kindergartenbeiträge geht. Wohl in keinem anderen Bundesland sind auch die Vorschriften so kompliziert wie in Schleswig-Holstein. Zuschüsse an Kitas gibt es nur nach einer komplizierten Antragstellung. Auch insoweit ist Schleswig-Holstein wirklich Spitzenreiter.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, jetzt rede ich.

Ich kenne viele Träger, die sagen: „Bitte keine neuen Projekte. Bitte keine neuen Fördermaßnahmen. Wir haben bereits jetzt sehr viel Ärger mit den Abrechnungen und Verwendungsnachweisen. Wir wollen unsere Arbeit machen und wollen die Kin-

der gut betreuen. Wir wünschen uns andere Dinge.“ Und darauf gehen wir ein.

Wir finden Elementargruppenbeiträge - dies noch einmal zur Verdeutlichung - und Krippenbeiträge in einer enormen Bandbreite vor. Von 130 € im Monat bis hin zu 600 € im Monat für Krippen ist alles möglich. Das ist eine enorm große Differenz. Die Eltern fragen sich: Warum muss ich fast doppelt so viel für die Betreuung meiner Kinder bezahlen, nur weil ich ein Dorf weiter weg wohne? Das ist ein Zustand, der aus unserer Sicht so nicht akzeptiert werden darf. Das wollen wir grundlegend ändern.

Unsere bisherige Kita-Finanzierung ist geprägt von ebendieser Vielzahl von Förderprogrammen. Ich will diese einmal verlesen; denn man macht sich gar kein Bild darüber, wie viele es eigentlich sind. Es sind Ü-3-Mittel vom Land, Ü-3-Mittel vom Bund, Zusatzmittel vom Land aus Betreuungsgeldmitteln vom Bund, Konnexitätsausgleichsmittel, Förderung von Familienzentren, Förderung der pädagogischen Fachberatung, Förderung von Qualitätsmanagement, Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels, die Sprachförderung und die Zuschüsse für die Förderung des Hortmittagessens.

Jede einzelne Fördermaßnahme wird auf die Kreise und kreisfreien Städte aufgeteilt und von Kreis zu Kreis in unterschiedlichen Gewichtungen und unterschiedlichen Systemen an die Kommunen weiterverteilt. So ist es fast unmöglich, bereits von vornherein eine Vergleichbarkeit der einzelnen Kitas mit den jeweiligen Kosten vorzunehmen.

Auch bei den Qualitätsstandards gibt es eine große Bandbreite. Wer viel mehr hat, kann auch viel mehr investieren. Das ist zwar in Ordnung, aber ich glaube, wir sollten auf einheitliche Qualitätsstandards setzen. Wir brauchen hier mehr Verbindlichkeit.

Ferner gibt es eine unterschiedliche Herangehensweise der Kommunen an die Elternbeiträge. Einige verlangen von den Eltern eine Beteiligung von 20 % der anrechenbaren Kosten, und andere gehen auf 45 %. Auch das verstehen nicht alle Eltern. Und ehrlich gesagt: Ich verstehe das auch nicht.

Das ist im Übrigen der Hauptgrund für die hohen Kosten bei den Kitas in Schleswig-Holstein, verglichen mit dem Bundesdurchschnitt. Das wollen wir ändern.

Zusätzlich zur Neuordnung des alten Kita-Finanzsystems, das geprägt ist von dieser eben von mir genannten Vielzahl von Förderprogrammen und Einzelmaßnahmen, die ihrerseits auch einen enor-

(Katja Rathje-Hoffmann)

men Verwaltungsaufwand nach sich ziehen, wollen wir mehr Geld in das künftige System geben.

Wir wollen zusätzlich 70 Millionen € für eine bessere Betreuungsqualität ins System einbringen, also mehr Erzieherinnen und Erzieher für unsere Kinder. Zudem werden wir mindestens 50 Millionen € zur Entlastung der Eltern bereitstellen. In diesem Zusammenhang auch von mir aus der Hinweis: Ich finde es schön, dass auch Elternvertreter der Debatte hier zuhören.

Wir wollen auch vergleichbare Kindergartenbeiträge. Ich glaube, dies trägt mit dazu bei, dass man weiß, wo wir sind. Wir wollen diese Beiträge auch deckeln, weil es diese Auswüchse zwischen 130 € und 600 € nicht mehr geben darf.

Als Folge dieser Deckelung streben wir auch Verhandlungen mit den Kreisen und kreisfreien Städten an; denn wir wollen uns auch an das brisante Thema „Vereinheitlichung der Sozialstaffel“ heranwagen. Wir müssen gemeinsam mit den Akteuren, den Beteiligten dafür sorgen, dass wir einigermaßen homogene Verhältnisse haben. Es kann nicht sein, dass die Erstattung von Kindergartenbeiträgen für sozial schwache Familien davon abhängt, wo man wohnt und welche Postleitzahl man hat. Auch dies wollen wir ändern.

Ihre Sorge in Bezug auf das Kita-Geld ist im Übrigen unberechtigt; denn wir werden das Kita-Geld so lange weiterzahlen, bis wir eine neue Ausrichtung haben und eine neue Finanzierung auf die Beine gestellt haben.

Zudem werden wir die Kommunen mit zusätzlichen 50 Millionen € bezuschussen und entlasten. Die Neuregelung der gesamten Kita-Finanzierung in Schleswig-Holstein bedeutet einen Kraftakt für alle Beteiligten. Das, meine Damen und Herren, braucht Zeit. Wir, die Jamaika-Koalition, haben davor keine Scheu. Das machen wir gründlich und transparent.

Seit Langem mahnen alle Beteiligten, wie die kommunalen Landesverbände, die Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, die freien Träger und natürlich auch die Eltern, eine solche Veränderung an. Wir werden das sorgfältig anpassen. Deswegen bitten wir die Landesregierung schon in der dritten Tagung, also nach knapp drei Wochen, ein Eckpunktepapier dazu zu entwickeln, damit uns dieses bereits im April 2018 vorgestellt werden kann.

Ich weiß, das ist ganz schön sportlich. Wer weiß, welche verschiedenen Fördermaßnahmen angewendet werden, der weiß auch, welcher Kraftakt das ist.

Ich bin deshalb froh, dass wir eine Regierung haben, die das für uns macht. - Danke schön.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir begrüßen neben den Elternvertretern aus dem Kita-Bereich Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr aus Todendorf. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Elternvertreter! Genauso wie die verlässliche Kinderbetreuung ein wichtiger Baustein auf dem Weg der Gleichberechtigung von Mann und Frau war, so sichert sie heute die Vereinbarkeit von Familie und Karriere für beide Geschlechter. Junge Menschen, die sich heute entscheiden, eine Familie zu gründen, die bereit sind, Verantwortung für Kinder zu übernehmen, erwarten dabei zu Recht die Unterstützung von der Gesellschaft, ganz gleich, welches Familienmodell sie leben.

Stand in den Anfängen der Kindertagesstätten allein die Betreuungs- und Versorgungssituation der Kinder im Vordergrund, so übernimmt das pädagogische Personal in den Einrichtungen heute eine wichtige Schlüsselrolle in der Entwicklung des zu betreuenden Kindes. Damit Eltern ihre Kinder mit gutem Gewissen in die Einrichtungen geben, bedarf es guter Rahmenbedingungen. Dazu gehören zum Beispiel Öffnungszeiten, die sich dem tatsächlichen Bedarf anpassen. Wie in der Schule, so auch in der Kita: Es kommt auf die Erzieher an. Eltern haben den Anspruch, dass die Kinder liebevolle Zuwendung erfahren und zugleich auf höchstem Niveau gefördert werden. Dazu brauchen wir bestens ausgebildetes Personal, einen verbesserten Fachkraft-Kind-Schlüssel, mehr Vor- und Nachbereitungszeit, Zeit für Elterngespräche und auch Zeit der Erzieher für ihre eigene Reflexion.

Da ist in den letzten 20 Jahren wirklich vieles auf der Strecke geblieben. Um diese Fachkräftegewinnung müssen wir uns kümmern, und das will ich an dieser Stelle ganz klar sagen: Die Verantwortung, wie es in der Kita heute aussieht, liegt bei Ihnen,

(Anita Klahn)

liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Sie hatten viele, viele Jahre die Verantwortung.

Waren es anfangs nur wenige Kinder, die eine Kindertagesstätte besuchten, so haben heute alle Kinder unter 6 Jahren einen Rechtsanspruch auf den Besuch. Dazu belegen Studien, dass ein mindestens zweijähriger Kita-Besuch vor der Einschulung für den weiteren schulischen Werdegang von großer Bedeutung ist. Junge Eltern wollen auch wieder arbeiten und haben selbstverständlich den Anspruch, Familie und Beruf miteinander vereinbar zu machen. Also ist es doch unsere gemeinsame Aufgabe, endlich dafür Sorge zu tragen, dass der Kita-Besuch nicht für den Einzelnen zur Belastung wird, obwohl das zurzeit der Fall ist - organisatorisch und auch finanziell.

(Beifall FDP)

Wir brauchen eine Neuordnung der Kita-Gesetzgebung. Diese wird schon seit langer Zeit von den Eltern und auch von den Kommunen gefordert. Die Neuordnung muss zwei Aspekte berücksichtigen: Zum einen müssen wir die Qualität verbessern, zum anderen muss das Finanzierungssystem ganz neu aufgestellt werden. Dabei ist die Entlastung der Eltern für uns ein ganz wichtiger Punkt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das erreichen wir aber nur, wenn gleichzeitig die Kommunen von ihren hohen finanziellen Verpflichtungen entlastet werden. Wir stellen dafür in den nächsten Jahren 170 Millionen € zur Verfügung. Über verschiedene Modelle der Entlastung der Eltern diskutieren wir auch schon länger. Aber das sozialdemokratische Prämienmodell lehnen wir ab. Es verkompliziert das System unnötigerweise,

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

ist extrem bürokratisch, und es ist einfach eine weitere Finanzverflechtung. Das Krippengeld hat zu einer beispiellosen Gebührenanhebung im letzten Jahr geführt,

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

weil die Kommunen mit dem Rücken an der Wand standen und keine Wahl mehr hatten. Ergebnisorientierte Gespräche hat die alte Landesregierung mit den Kommunen nicht geführt. Ich betone an dieser Stelle, dass wir den Eltern zusichern, dass das jetzt gezahlte Krippengeld bis zur Neuordnung der Kita-Finanzierung selbstverständlich gezahlt wird.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Hören Sie doch auf! Wenn das neu geordnet wird und zu einer deutlichen Entlastung führt, dann brauchen die Eltern das Krippengeld nicht mehr.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wer soll Ihnen das denn glauben?)

- Sie haben beim Geld irgendwie keine Ahnung, wie das geht.

(Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen das gesamte Finanzierungssystem sauber aufstellen. Wir sehen von unserer Seite eine Deckelung der Elternbeiträge vor. Dieser Vorschlag ist allen bekannt. Wir werden jetzt gemeinsam mit allen Beteiligten und auch mit den Eltern darüber sprechen, wie die Entlastung aussehen soll.

Unser gemeinsames Ziel ist es, im Jahr 2020 die Gesamtreform in Kraft treten zu lassen. Langfristig ist für uns alle die Beitragsfreiheit das Ziel, aber aktuell in dieser Legislaturperiode ehrlicherweise wohl nicht zu finanzieren. Somit ist der Antrag, den Sie vorlegen, wirklich nur ein Schaufensterantrag; denn Sie hatten fünf Jahre Zeit, eine Neuordnung zu organisieren. Sie haben es schlicht und einfach nicht geliefert. Kurz vor Toresschluss, kurz vor dem Wahlkampf hat Ihre ehemalige Sozialministerin hier einen Letter of Intent vereinbart, der die Eltern ausgegrenzt hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was reden Sie denn? Was haben Sie uns hinterlassen? Sie haben die Beitragsfreiheit abgeschafft!)

- Sie haben nichts geschafft. Ihre Forderungen sind wirklich unglaublich.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie haben doch die ganze Zeit abgekupfert!)

Jetzt in der Opposition Maximalforderungen stellen, zu Regierungszeiten dicke Backen machen - genau deshalb, Herr Dr. Stegner, sind Sie nicht wiedergewählt worden.

(Beifall FDP und CDU)

Wir beantragen Abstimmung in der Sache und freuen uns auf einen Neubeginn in der Kita-Gesetzgebung.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Die Qualität in den Kitas im Land muss verbessert werden. Da sind wir uns einig. Dass zu diesem Zweck auch das Finanzierungssystem der Kitas überdacht werden muss, finden wir grundsätzlich richtig, und es ist natürlich auch notwendig. Dem vorliegenden Antrag von CDU, Grünen und FDP können wir zustimmen, allerdings nur mit einer Fußnote. Der Grund für diese Fußnote liegt darin, dass die AfD in einer Frage eine andere Linie vertritt als die Antragsteller beziehungsweise auch als die SPD, und zwar in der Frage, wie die Eltern die Betreuung ihrer Kinder organisieren sollen oder auch wollen.

Als Ziele der Reform der Kita-Gesetzgebung werden im Wesentlichen immer wieder zwei Punkte angeführt, und zwar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die gezielte Förderung von Vorschulkindern. Bleiben wir zunächst einmal bei den Kindern im Vorschulalter. Die letzte der lange bewährten Vorschulen wurde von der damaligen Landesregierung vor genau zehn Jahren geschlossen, und für viele Kinder war diese Einrichtung ein Segen. Für viele Kinder wäre es auch heute ein Segen, in eine Vorschule gehen zu können.

Auch das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr, das noch 2009 ermöglicht hat, dass möglichst alle Kinder gut auf die Schule vorbereitet werden können, wurde nach nur einem Jahr abgeschafft. Beide Beispiele zeigen sehr deutlich, wie wichtig es seinerzeit den Verantwortlichen mit der Vorschulbildung war.

Als AfD sprechen wir uns klar für die Vorschule aus und auch für ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr. Auch das können Sie in unserem Wahlprogramm lesen.

(Thomas Hölck [SPD]: Besser nicht!)

- Hätten Sie aber besser.

Bleibt also nur die so oft beschworene Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Jeder, der Kinder hat - und das sind in diesem Haus ja erstaunlich viele -, weiß, dass das eigentlich ein Euphemismus ist. Denn natürlich müsste man von Addition von Familie und Beruf sprechen. Es ist längst kein Geheimnis mehr: Die Wähler spüren es, worum es unter dem Rubrum der vermeintlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich geht. Ich zitiere zur Erinnerung einmal Ihre Parteigenossin Manuela Schwesig:

„Keine Frau und kein Mann soll sich mehr zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen... Wir werden deshalb in den Kita-Ausbau investieren... Wir wollen, dass Frauen vollzeitnah arbeiten, 30 bis 40 Stunden. Das ist unser Leitbild.“

(Sandra Redmann [SPD]: Ja, sehr gut!)

- Ganz genau, das ist Ihr Leitbild!

Uns als AfD geht es darum, dass sich junge Eltern entscheiden können und nicht müssen, dass Familien finanziell von vornherein so ausgestattet sind, dass nicht beide Eltern arbeiten gehen müssen. Vielleicht möchten viele Eltern in den ersten Lebensjahren ihres Kindes lieber zu Hause bleiben oder die Betreuung anders organisieren, zum Beispiel durch Großeltern, durch Tanten, Onkel oder andere Familienangehörige oder durch Freunde.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Die Ergebnisse des Mikrozensus 2012 sprechen Klartext und gehen in eben diese Richtung. Rund drei Viertel der Eltern praktizieren und wünschen sich, dass nur ein Elternteil voll arbeiten geht und der andere Elternteil nur in Teilzeit arbeitet. Wer unter Ihnen diese Zahlen des Mikrozensus anzweifelt, der glaubt wahrscheinlich auch, dass junge Mütter und Väter gar froh und zufrieden darüber sind, ihre unter Dreijährigen morgens schnell zur Krippe zu bringen, dann gleich zur Arbeit zu flitzen, sie abends um 17 Uhr wieder abzuholen, dann den Haushalt zu machen und die verbleibende Zeit als Familienleben zu nutzen.

Das Leitbild der AfD ist es, die Realität und die Wünsche der Eltern ernst zu nehmen. Schauen Sie sich den Mikrozensus an! Nicht nur die Kita-Gesetzgebung muss neu geordnet, sondern die Familienpolitik insgesamt muss neu ausgerichtet werden, oder es muss etwas mitgedacht werden, weg von ideologischen Vorstellungen hin zu den tatsächlichen Wünschen aller Eltern. Das schließt die Wahlfreiheit für Eltern ein, ohne finanziellen Druck entscheiden zu können, wie sie die Betreuung ihrer Kinder organisieren möchten.

Wie wir die Qualität in Kitas erhalten können, wie wir die Kosten für Kindergärten und Co. zwischen Land, Kreisen, Kommunen und Eltern aufteilen, muss zweifelsohne überdacht werden, auch im Sinne einer Entlastung der Eltern und natürlich im Sinne einer Vereinheitlichung der Gebühren.

In der Frage der kompletten Beitragsfreiheit wird für die AfD mitentscheidend sein, um wen es eigentlich geht, um Säuglinge, um Kleinstkinder, um

(Dr. Frank Brodehl)

Kindergartenkinder - Fragen, die am Ende für die AfD mitentscheidend sind, wie wir uns hier aufstellen.

Das macht schon einen Unterschied. Lassen Sie uns, wie im Antrag formuliert, die Finanzierung der Kitas dynamisch, fair und bedarfsgerecht gestalten. Und dies ist die Fußnote der AfD - lassen Sie uns bei all dem die Familien selbst dynamisch, fair und bedarfsgerecht finanziell unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir haben uns hier mehr als einmal über Sinn oder Unsinn der bestehenden Kita-Finanzierung unterhalten. Auch die Frage der Schwerpunktsetzung im Bereich der frühkindlichen Bildung hat uns regelmäßig beschäftigt. Ich denke, wir sind uns fast alle darin einig, dass wir nicht nur die Finanzierung dieser Angebote neu ordnen, sondern auch die Qualität weiter verbessern müssen. Denn an einem kann es keinen Zweifel geben: Wenn es um gerechte Chancen und um ein selbstbestimmtes Leben geht, sind die ersten Lebensjahre unserer Kinder unheimlich wichtig. Wer hier nicht investiert, handelt grob fahrlässig. Deshalb kann ich für meine Partei ganz klar sagen, dass wir die im Antrag von CDU, Grünen und FDP formulierten Ziele grundsätzlich unterstützen.

(Beifall Lars Harms [SSW] und Christopher Vogt [FDP])

Wir haben mit dem Kita-Geld zwar einen ersten Schritt in Richtung Beitragsfreiheit unternommen, doch Fakt ist, dass die Eltern im Land bis heute für die frühkindliche Bildung ihrer Kinder zahlen, und zwar mitunter nicht knapp. Wenn ich sehe, dass ein Betreuungsplatz manchmal 5.000 oder gar 6.000 € im Jahr kosten kann, dann ärgert mich das sehr; denn damit stehen manche Eltern vor der ganz konkreten Frage, ob sie sich frühkindliche Bildung für ihr Kind überhaupt leisten können. Eine Entscheidung gegen die Kita kann im Zweifel auch eine Entscheidung gegen gute Startbedingungen und gegen gleichwertige Bildungschancen sein.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus Sicht des SSW sollten wir unbedingt an dem Ziel festhalten, alle unsere Bildungsangebote langfristig - und ich sage langfristig - kostenfrei anzubieten.

(Beifall SSW)

Darüber herrschte hier in diesem Hause auch schon einmal Einigkeit. Ich denke, auch bei der Debatte im Offenen Kanal am Dienstag wurde dies noch einmal ganz deutlich gesagt. Das geht leider aus dem Antrag der Regierungsfractionen nicht hervor, aber der Wille ist ja anscheinend da.

Eine Voraussetzung für eine gute und später auch kostenfreie frühkindliche Bildung ist ein faires und transparentes Finanzierungssystem. Hier zeigen die vergangenen Debatten zum Glück recht deutlich, dass wir da gar nicht so weit auseinanderliegen. Doch ist die Sache leider nicht so einfach, denn bekanntlich ist das Kita-Finanzierungssystem vergleichsweise kompliziert. Wir haben hier schon Beispiele gehört. Wir zahlen an die Kreise und kreisfreien Städte und diese wiederum an die Gemeinden oder Kita-Träger. Neben dieser Zweistufigkeit führen auch die vielen Akteure dazu, dass es unübersichtlich und eben auch nicht transparent ist.

Wer hier mehr Effizienz und mehr Qualität schaffen will, kommt an einer umfassenden Reform nicht vorbei. Hier gibt es naturgemäß ganz unterschiedliche Ansätze. Ich habe viele Debatten gehört, und es gibt viele Denkmodelle, zum Beispiel eine Finanzierung analog zu unseren Schülerkostensätzen oder auch Fondslösungen sind durchweg im Gespräch gewesen. Aber unabhängig von dem gewählten Ansatz halten wir es für ganz besonders wichtig, dass am Ende eine Entlastung der Eltern herauskommt. Und gerade weil der gesamte Prozess länger dauern kann, müssen wir für den Übergang bis zur Beitragsfreiheit ein einheitliches Recht der sozialen Ermäßigung verankern. Eine einheitliche Sozialstaffel ist und bleibt wichtig; denn gerade für Eltern mit geringem und mittlerem Einkommen stellen die Beiträge oft eine große Belastung dar, und zwar überall im Land.

Grundsätzlich sehe ich keine Alternative zum Ausbau der frühkindlichen Betreuung und zur stetigen Verbesserung der Qualität in unseren Einrichtungen. Diesen Weg sind wir ja nicht erst wir gegangen, sondern schon unsere Vorgänger. Es ist also nur konsequent, wenn wir unsere Bildungseinrichtungen auch in Zukunft weiter stärken.

Dies bedeutet für mich aber auch, dass wir nicht auf wichtige Einzelmaßnahmen verzichten sollten. Ich denke hier zum Beispiel an eine Förderung von

(Flemming Meyer)

Minderheiten- und Regionalsprachen in unseren Kitas, die bekanntlich schon kurz nach der Einführung von vielen Trägern in Anspruch genommen wird. Auch wenn wir uns später vielleicht über so manch ein Detail auf dem Weg zu dieser neuen Gesetzgebung streiten werden, wird sich der SSW in dieser Debatte sehr konstruktiv einbringen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ehrlich gesagt ein wenig überrascht und irritiert. Sie bekennen sich hier alle zur Beitragsfreiheit und sagen, dass Sie das schon immer wollten. Wir stellen einen Antrag für eine schrittweise Beitragsfreiheit. Ich habe Ihnen bereits in mehreren Reden dargelegt, dass wir selbst gesagt haben, dass man die völlige Beitragsfreiheit nicht in einer Legislatur schaffen wird, sondern dafür acht bis zehn Jahre braucht. Und dann stellen Sie sich jetzt hier hin und sagen, dass Sie unseren Antrag ablehnen. Was ist das denn bitte schön? - Steht es in Ihrem Wahlprogramm? Stehen Sie zu der Beitragsfreiheit? Wollen Sie die Eltern entlasten, oder wollen Sie die Eltern nicht entlasten?

(Beifall SPD und SSW)

Genau diese Fragen stelle ich Ihnen, und genau das stelle ich Ihnen mit unserem Antrag zur Abstimmung. Ich habe gestern von der CDU-Kollegin Signale erhalten, dass sie sagte: Wenn ihr diesen Satz mit der schrittweisen Einführung einfügt, dann stimmen wir eurem Antrag zu. - Heute stellen Sie sich hier hin und sagen, dass Sie dem Ganzen nicht zustimmen werden. Sie sagen, die Kita-Finanzierung müsse auf neue Beine gestellt werden, alle von Ihnen, alle Koalitionäre haben erklärt, dass die Kita-Finanzierung neu geordnet werden müsse. Da muss dann auch die Beitragsfreiheit eine Rolle spielen. Und jetzt wollen Sie unserem Antrag nicht zustimmen? - Seien Sie ehrlich! Wollen Sie die Beitragsfreiheit, oder wollen Sie sie nicht? Wir haben uns ganz klar dafür entschieden und stehen auch weiterhin dazu. Ich gehe fest davon aus, wenn in diesem Land irgendjemand einmal die Beitragsfreiheit für die Eltern einführen wird, dann wird es die SPD sein.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Midyatli! Wir haben hier gestern auch über Versprechen, die gehalten werden oder nicht gehalten werden, gesprochen. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir als Politik hier das beschließen, von dem wir wirklich wissen, dass wir es umsetzen können. Natürlich wollen wir die beitragsfreie Kita. Das steht schon lange in unserem Wahlprogramm genauso wie in eurem. Es ist nicht etwas völlig Neues. Ich weiß nicht, wie es bei all den anderen Fraktionen ist. Für die Grünen kann ich aber auf jeden Fall sagen, dass auch wir uns für die Beitragsfreiheit der Kita einsetzen. Aber wir sagen eben auch, dass wir es

(Serpil Midyatli [SPD]: Schrittweise!)

- schrittweise - ja - umsetzen und in der Form, wie es geht. Aber die Frage ist, ob ich hier einem Antrag zustimme mit der Erwartungshaltung, dass der erste Schritt in dieser Legislatur funktioniert.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wann dann?)

Wir haben in dieser Legislatur ganz klar gesagt - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Das steht im Koalitionsvertrag!)

- In dem Koalitionsvertrag haben wir ein klares System zur Entlastung der Eltern niedergeschrieben. Sie haben selber eben gesagt, dass für eine umfassende Reform eine deutlich höhere Summe zur Verfügung gestellt werden müsste. Ob das in den nächsten fünf Jahren möglich wird, ob sich die finanziellen Mittel so verbessern, ob eine neue - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Das ist eine Ungeheuerlichkeit! - Weitere Zurufe Serpil Midyatli [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Midyatli!

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ob eine neue Bundesregierung uns Ländern so viel Möglichkeiten gibt, dass wir das durchsetzen kön-

(Eka von Kalben)

nen, wissen wir heute noch nicht. Deswegen möchte ich heute diesem Antrag nicht zustimmen.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete von Kalben, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gerne.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Frau Kollegin!

(Das Saalmikrofon ist defekt)

Ich melde mich nachher zu einem Dreiminutenbeitrag zu Wort.

Präsident Klaus Schlie:

Frau von Kalben, Sie dürfen jetzt weitermachen. Der Abgeordnete Dr. Stegner meldet sich dann zum Dreiminutenbeitrag.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es ist sehr bedauerlich, dass ich wegen der Mikrofonanlage jetzt nicht mehr Redezeit habe, die ich sonst für die Beantwortung der Frage gehabt hätte.

Ja, wir haben im Koalitionsvertrag aufgeschrieben, dass eine beitragsfreie Kita unser Ziel bleibt. Das ist völlig klar. Aber wir haben gleichzeitig beschrieben, welche Schritte wir konkret, auch finanziell hinterlegt, erst einmal angehen werden. Das sind eben 50 Millionen € zur Entlastung der Eltern, 50 Millionen € zur Entlastung der Kommunen und 70 Millionen € zur Qualitätsverbesserung. Wir Grüne haben auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass für uns die Qualitätsverbesserung genauso wichtig ist wie die Entlastung der Eltern; denn Eltern wollen ihre Kinder in gute Kitas geben und nicht nur in kostengünstige oder kostenfreie. Insofern bleibt es ein Fernziel und etwas, was wir, wenn es die finanziellen Möglichkeiten gibt, auch erreichen wollen. Aber wir versprechen hier nur das, bei dem wir davon ausgehen, dass wir es auch halten können. Das, finde ich, ist für ernsthafte Politik total wichtig und richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eben ein gutes Beispiel für politische Glaubwürdigkeit erlebt. Zu sagen, man wolle die Beitragsfreiheit, aber nicht einmal dem Antrag zustimmen, in dem steht, dass wir das schrittweise wollen, obwohl Sie es in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben, das ist genauso seriös wie das Wahlversprechen von Herrn Günther mit der A 20. Daran kann man sehen: Sie wollen die Beitragsfreiheit offenkundig nicht.

Frau von Kalben hat ja im Wahlkampf Interviews gegeben, in denen sie gesagt hat, das habe für die Grünen nicht Priorität.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Die FDP sollte gar nicht dazwischenrufen; Sie haben nämlich die Beitragsfreiheit des letzten Kita-Jahres abgeschafft. Sie haben es für die Eltern in Schleswig-Holstein teurer gemacht. Die Eltern wissen, Sie machen es immer nur teurer für sie. Ihre Glaubwürdigkeit ist null bei diesem Thema.

(Beifall SPD und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Ich sage Ihnen eines: Wir werden Ihr Konzept, das Sie im nächsten Jahr vorlegen, daran messen. Die Menschen werden merken, es wird nicht billiger für die Eltern, sondern teurer. Der NDR hat heute eine Studie veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass an der Westküste und im Norden viele Leute Jobs nicht mehr annehmen, weil sie sagen: Wir können uns die Kita-Gebühren nicht mehr leisten. Sie schaffen überhaupt keine Verbesserung. Sie von Schwarz-Gelb haben es in der vorvorigen Regierung verteuert.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung der Abgeordneten Klahn?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit dem größten Vergnügen.

Anita Klahn [FDP]: Das Mikro funktioniert nicht. Ich hätte gerne eine Antwort.

- Die lange Pause heute hat, glaube ich, irgendwie die Mikros vernichtet.

(Zuruf: Keine Frage, keine Antwort!)

Gehen Sie doch einmal an Ihren alten Platz, vielleicht geht es von da drüben.

(Dr. Ralf Stegner)

Dieses Mikro funktioniert, wunderbar! - Herr Dr. Stegner, Sie haben eben den Vorwurf erhoben, wir hätten die Beitragsfreiheit abgeschafft. Können Sie mir bitte erklären, ob Sie in der letzten Legislaturperiode die Beitragsfreiheit wieder eingeführt haben? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

- Das will ich Ihnen gerne sagen. Sie haben in der Legislaturperiode davor das dritte beitragsfreie Kitajahr abgeschafft. Das hat Schwarz-Gelb gemacht. Einen Teil der Mittel haben Sie zur Haushaltssanierung benutzt, von einem Teil haben Sie den Kommunen ein bisschen mehr Geld gegeben. Wir haben in der letzten Legislaturperiode gesagt, wir wollen den Schritt in die Beitragsfreiheit beginnen, und haben drei Dinge getan: Wir haben die Mittel für die Kommunen massiv verstärkt. Wir haben die Mittel für die Qualität massiv erhöht. Wir haben bei der Klage, die gegen Ihre Regierung gestellt worden ist, eine einvernehmliche Einigung erzielt, und zwar die Sozialministerin Kristin Alheit mit den Kommunen zusammen. Ferner haben wir den ersten Schritt zur Beitragsfreiheit gemacht. Das ist dreimal mehr als das, was Sie in Ihrer Regierung vorher gemacht haben und was Sie jetzt ankündigen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das sind Fakten. Das sind wirkliche Fakten, Frau Kollegin, und nicht das Postfaktische, das Sie hier vortragen.

Ich finde diese Debatte ganz prima, auch wenn sie ein bisschen später angefangen hat. Sie bringt den Eltern vollständige Klarheit in Bezug auf die Beitragsfreiheit: Im Prinzip sind wir dafür, aber konkret sind wir beim kleinsten Schritt immer dagegen. Das ist hier sehr deutlich geworden. Ich sage Ihnen, das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Keine Studiengebühren, kein Schulgeld, aber die Eltern müssen bei der frühkindlichen Bildung Kita-Gebühren bezahlen.

Es sind keine reichen Leute, über die wir hier reden. Nur Sozialtransferempfänger müssen keine Gebühren bezahlen. Es sind ganz normale Familien in Schleswig-Holstein, die von dieser Koalition im Stich gelassen werden. Es enttäuscht mich sehr, dass die Grünen dabei sind und das mitmachen. Das ist das, was hier dabei herauskommt, muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Beifall SPD)

Ja, der Ministerpräsident hat gestern angefangen, sein erstes Versprechen abzuräumen. Ich vermute,

die Senkung der Grunderwerbsteuer und der Abstand zu Windkraftanlagen sind dann Schritt zwei und drei. Der Weg zur Beitragsfreiheit wird der Punkt vier sein. Sie wollen Ihre Versprechen nicht einhalten. Sie haben damit die Wahlen gewonnen. Sie werden die nächsten verlieren, wenn die Menschen merken, dass Sie das, was Sie ihnen versprochen haben, nicht umsetzen.

Ein Letztes. Ehrlich gesagt, ich finde es ein bisschen arrogant gegenüber ganz normalen Familien, denen Wunder was zu erzählen von komplizierten Systemen, die man vereinfachen will, ihnen aber nicht konkret dabei zu helfen, die Kosten für die Kinderbetreuung zu finanzieren. Das ist der Punkt, über den wir hier reden. Bei dem, worüber wir hier reden, geht es übrigens für die Familien um deutlich mehr Geld als bei jedem anderen Vorschlag, der von Ihren Parteien zur Steuersenkung oder sonst was kommt, die alle ohnehin den Besserverdienenden am meisten nützen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Wir sind für konkrete Gerechtigkeit und reden nicht nur davon.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Manchmal, glaube ich, reden wir hier aneinander vorbei. Wir wollen 170 Millionen € in Kindertagesstätten investieren. Ist das ein Pappenstiel, oder ist das eine richtige Summe?

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn Sie jetzt von uns verlangen, dass wir bis zum April einen Plan vorlegen, wie wir schrittweise die Beitragsfreiheit verwirklichen wollen, so ist das in Kenntnis der Sachlage wirklich unmöglich. Das kriegen wir nicht hin, und Sie wissen genau, warum das so ist. Wir werden irgendwann beitragsfreie Kindergärten haben. Aber den Zeitpunkt können wir jetzt noch nicht benennen,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

weil wir erst einmal die Eltern entlasten wollen. Ich denke, wenn Eltern 600 € für einen Krippenplatz bezahlen und sie später vielleicht 250 oder 300 € zahlen, so ist das auch eine ganze Menge an Entlastung. Ich weiß nicht, für mich sind 300 € viel Geld,

(Katja Rathje-Hoffmann)

für andere genauso, für Sie vielleicht nicht. Mit der schrittweisen Entlastung und dem Draufschrauben des Deckels fangen wir an, und irgendwann ganz zum Schluss können wir uns mit unseren Nachbarn messen und sagen: Okay, wir haben hier auch Beitragsfreiheit. Aber unsere Lage in Schleswig-Holstein ist eine andere, und die kennen Sie genau. Wir wissen genau, warum sie so ist. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vizepräsidentin Eickhoff-Weber hat heute Morgen dem Kollegen von Pein zu dem neuen Erdenbürger gratuliert. Ich finde, das ist ein zusätzlicher Ansporn dafür, dass wir ordentliche Arbeit in der Kita-Politik abliefern.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Dem Kollegen von Pein, der heute nicht da sein kann, kann ich versichern, dass diese Landesregierung, die mit die höchsten Beiträge deutschlandweit vorgefunden hat, daran arbeiten wird, dass dann, wenn von Pein junior

(Martin Habersaat [SPD]: Piet von Pein!)

- Piet von Pein - in die Kita geht, der Beitrag deutlich niedriger sein wird.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Es geht nämlich in Wahrheit um viel mehr als um die Retrospektive auf vergangene Legislaturperioden, die hier gerade wieder angeklungen ist. Es geht um eine echte Zukunftsfrage. Es geht nämlich um die Frage: Wie familienfreundlich will Schleswig-Holstein eigentlich sein? Es geht um die Frage: Was wollen wir eigentlich für Familien in Schleswig-Holstein für die Zukunft leisten? Das ist eine ganz zentrale Frage. Es geht um faire Chancen. Gute Bildung und gute Betreuung sind die zentralen Voraussetzungen für Startchancengerechtigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Genau dieser zentralen Aspekte wird sich die neue Landesregierung mit aller Kraft annehmen.

Es geht um die Neuordnung der Kita-Gesetzgebung, und - Herr Dr. Stegner, ob das jetzt besonders unterhaltsam ist oder nicht - natürlich geht es um die Kita-Finanzierung. Die Kita-Finanzierung steht im Mittelpunkt, wenn es darum geht, eine Entlastung von Eltern und Kommunen hinzubekommen. Die Entlastung - das haben viele Kolleginnen und Kollegen vorhin schon angesprochen - ist dringend erforderlich, weil wir im Bundesvergleich ganz besonders hohe Beiträge haben und die Kommunen im Übrigen oft schon gar nicht mehr wissen, wie sie die enormen finanziellen Belastungen noch stemmen sollen.

Meine Damen und Herren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - da fange ich jetzt auch nicht an, irgendwie semantisch Wortklauberei zu betreiben - ist für eine moderne Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall Beate Raudies [SPD])

Sie muss auch eine Selbstverständlichkeit sein - das will ich ganz deutlich sagen -, und es muss Wahlfreiheit bestehen. Niemand von den demokratischen Fraktionen in diesem Haus hat auch von etwas anderem gesprochen. Nur, diese Wahlfreiheit muss hergestellt werden, und dafür müssen die Bedingungen stimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Serpil Midyatli, es kann natürlich kein Weiter-so bei der jetzigen Kita-Finanzierung geben, sonst würden wir dem eigenen Anspruch nicht gerecht.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

- Na ja, Sie haben schon gesagt, es sei alles nur eine Frage des Weiter-so.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Ich will ganz deutlich sagen: Das Kita-Gesetz ist unsystematisch und überarbeitsbedürftig. Die Kita-Verordnung ist veraltet,

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

die Finanzierungsregelung im FAG ist überkompliziert, und die Richtlinien und Erlasse zur Regelung und Materie sind allein aufgrund ihrer gesamten Vielzahl schlicht nicht mehr überschaubar, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Minister Dr. Heiner Garg)

Herr Dr. Stegner, natürlich kann man als Oppositionsführer - das ist sogar Ihre Aufgabe als Oppositionsführer - darauf hinweisen, dass das allein den Eltern nicht hilft. Richtig. Was aber hilft, ist vernünftiges und seriöses Regierungshandeln, um genau diesen Widerspruch endlich aufzulösen. Daran wird sich diese Landesregierung gerne auch von Ihnen, aber vor allem von den Eltern messen lassen. Sie sind mir nicht so wichtig.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das werden Sie verstehen. Die Eltern im Land sind mir wesentlich wichtiger und dass die am Ende der Legislaturperiode ordentliche Ergebnisse vorgelegt bekommen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kommen zu dem Finanzierungschaos verschiedene Vereinbarungen, die das Land mit den kommunalen Landesverbänden getroffen hat. An der Finanzierung eines Kita-Platzes sind inzwischen fünf verschiedene Geldgeber beteiligt: die Eltern, die Standortkommunen, die Kreise, das Land und die Einrichtungsträger. Wir arbeiten aktuell mit zehn verschiedenen Förderprogrammen allein im Bereich der Betriebskosten mit ganz unterschiedlichen Zeitfenstern und Voraussetzungen. All das - das wissen Sie doch auch, das weiß hier in Wahrheit auch jeder, der sich ernsthaft an der Debatte in den vergangenen zwei Jahrzehnten beteiligt hat - verursacht nicht nur einen irrsinnigen Verwaltungsaufwand bei Kita-Trägern, sondern bei allen anderen Finanzierungsbeteiligten ebenso. Zum Teil müssen sogar Mittel, die zur Verfügung stünden, zurückgegeben werden. Das kann und das will sich Schleswig-Holstein nicht länger leisten, und das wollen wir auch weder Eltern noch Kommunen länger zumuten.

Wir brauchen selbstverständlich, damit dieses dicke Vorhaben - also dieses Bohren dicker Bretter - wirklich gelingt, einen breiten Beteiligungsprozess. Auch diesen Beteiligungsprozess haben wir im Koalitionsvertrag miteinander vereinbart. Im engen Austausch mit den Kommunen, mit den Kita-Trägern, mit der Landeselternvertretung werden wir genau daran arbeiten. Ich sage einmal: Zur Umsetzung eines Koalitionsvertrags braucht es auch nicht zwingend einen Landtagsantrag der SPD-Opposition.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Elternbeiträge sind selbstverständlich der ganz zentrale Punkt bei diesem Vorhaben. Das Kita-Ge-

setz lässt heute die Höhe der Zuschüsse und der Beiträge komplett offen, es lässt offen, welche Beiträge angemessen sind. Das Resultat ist ein Beitragswildwuchs, den man in Wahrheit niemandem mehr vermitteln kann und auch niemandem mehr vermitteln will. Genau das werden wir ändern.

Die neue Landesregierung wird beträchtliche Mittel aufwenden.

(Unruhe)

Vielleicht gibt es hier möglicherweise - Frau Midyatli wenn Sie mir noch einmal Ihr Ohr leihen - ein Missverständnis. Vielleicht gibt es hier ein Missverständnis. Sie haben vorgerechnet, wie viel notwendig ist. Ich will einmal sagen: Die Mittel, die hier die Kolleginnen und Kollegen dargestellt haben, sind aufwachsende Mittel, die dann jährlich bezahlt werden. Wir reden ab 2022 von jährlich zusätzlich noch einmal 170 Millionen €. Es ist also nicht so, dass es sich hier um die reine Addition handelt. Wer hier von Kinkerlitzchen spricht, der weiß es, glaube ich, in Wahrheit besser, weil Sie lange genug regiert haben, um zu wissen, wieviel 170 Millionen € zusätzliche Mittel pro Jahr auch in dieser Sache bedeuten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Weitere Zurufe)

Wir werden die Finanzierungsstruktur an einheitlichen Kriterien und pädagogischen Standards ausrichten.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD])

Wir werden eine Verstetigung der Mittel sowie eine Deckelung und damit endlich eine Vergleichbarkeit der Elternbeiträge umsetzen.

(Zuruf - Serpil Midyatli [SPD]: Lies doch mal, was im Koalitionsvertrag steht!)

Selbstverständlich wird all das mit einem ganz klaren Fokus auf die Qualität in unseren Kindertageseinrichtungen einhergehen. Wir werden Ganztags-, Notfall- und Randzeitangebote schaffen, die Familie und Beruf tatsächlich miteinander vereinbar machen. Wir werden selbstverständlich die zweite Fachkraft am Nachmittag in Ganztagsgruppen bei den über Dreijährigen festschreiben und diese verstetigen. Der Aufwuchs der Betreuungsquote - das ist schon angesprochen worden - erfordert mehr Fachkräfte und ist natürlich kein leichtes Unterfangen. Es gehört übrigens auch dazu, dass wir pfleglich mit denjenigen Menschen umgehen, die jeden Tag mit unseren Kindern arbeiten. Ansonsten wer-

(Minister Dr. Heiner Garg)

den wir keine zusätzlichen Fachkräfte gewinnen, wenn wir nicht auch das in den Fokus unserer Bemühungen stellen.

(Beifall FDP, CDU und Marlies Fritzen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden genau das leisten, was im Koalitionsvertrag vereinbart ist. Als nächste ganz konkrete Schritte im Sozialministerium stehen an: erstens die Formulierung von Leitlinien für eine Verschlan-
kung und Vereinfachung des bisherigen intransparen-
ten und bürokratieintensiven Nebeneinanders
unterschiedlichster Finanzierungswege, die schon
in aller Breite von Ihnen dargestellt wurden. Ich bin
zuversichtlich, dass wir uns mit den Beteiligten im
Sinne einer zukunftsfähigen Kita-Finanzierung auf
eine einvernehmliche Lösung werden verständigen
können.

Zweitens werden wir bis April selbstverständlich
dem Auftrag des Hohen Hauses folgen und Eck-
punkte mit dem Ziel vorlegen, 2020 eine Neurege-
lung in Kraft treten zu lassen, die unter anderem ei-
ne Deckelung der Kita-Beiträge beinhalten wird, ei-
ne Deckelung, die für die Eltern im Land endlich
tatsächlich eine dauerhafte und verlässliche Entlas-
tung schaffen wird.

Die neue Landesregierung hat eine Kita-Politik ver-
sprochen, die erstens nicht zulasten der Kommunen
geht, sondern diese entlasten wird, zweitens die Be-
reitstellung bedarfsgerechter Betreuungskapazitäten
und Betreuungsqualitäten garantiert und drittens -
ich sage das vor allen den Eltern - Verlässlichkeit
und faire Bedingungen bringt. Die Eltern, aber auch
selbstverständlich Sie, meine sehr geehrten Damen
und Herren, können sich darauf verlassen, dass ge-
nau das am Ende auch die Leistung dieser Landes-
regierung sein wird. - Herzlichen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat
die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen.
Theoretisch würde das wieder allen Fraktionen zur
Verfügung stehen. Ich sehe aber, dass davon kein
Gebrauch gemacht wird. Also liegen keine weiteren
Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden.
Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der
Fraktion der SPD, Drucksache 19/93 (neu), abstim-
men. Wer zustimmen will, den bitte ich um das

Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und
die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das
sind alle anderen Fraktionen. Damit ist dieser An-
trag abgelehnt worden. Enthaltungen gibt es nicht.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP,
Drucksache 19/49, abstimmen. Wer zustimmen
will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind
die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
die Abgeordneten des SSW, die Fraktion der FDP,
die Fraktionen der CDU und der AfD. Wer ist da-
gegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung eines
Abgeordneten der SPD ist dieser Antrag angenom-
men worden.

Ich bitte Sie, gemeinsam mit mir auf der Tribüne
des Schleswig-Holsteinischen Landtags Vertreter
der Jungsozialisten Schleswig-Flensburg und der
Senioren-Union Mittelholstein zu begrüßen. - Herz-
lich willkommen im Schleswig-Holsteinischen
Landtag!

(Beifall - Unruhe)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf, wenn wir wei-
termachen können. Das ist nett.

**Konzept zur Verbesserung des Gesundheitsma-
nagements an Schulen**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/54

Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Ab-
geordneten des SSW
Drucksache 19/92 (neu)

Ich sehe, dass das Wort zur Begründung nicht ge-
wünscht wird. Ich eröffne die Aussprache. Das
Wort für die FDP hat Frau Abgeordnete Anita
Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter
Herr Präsident! Auf den Lehrer kommt es an - das
ist nicht nur die zentrale Botschaft der anerkannten
Hattie-Studie, sondern auch die Wahrnehmung al-
ler, die sich im Bildungsbereich bewegen. Realität
ist aber, dass die Lehrkräfte vielfältigen Belas-
tungen ausgesetzt sind. Manchmal sind Räumlich-
keiten und Ausstattung nicht so, wie wir uns das ei-
gentlich vorstellen, Personalengpässe, Verwal-
tungsbürokratie und zusätzliche gesetzliche Vorga-
ben belasten. Manchmal sind Klassen einfach auf-

(Anita Klahn)

grund ihrer Zusammensetzung eine größere Belastung. Auf Inklusion und Integration von Flüchtlingskindern fühlen sich viele Lehrkräfte nur unzureichend vorbereitet, und trotzdem versuchen sie, allen gerecht zu werden.

Die Interessenvertretung der Lehrkräfte hat erst kürzlich eine Umfrage zur Arbeitsbelastung gemacht, und im Ergebnis haben 76 % der Lehrkräfte ihre eigene zeitliche Belastung als oft und sehr anstrengend, schwierig, unbefriedigend, frustrierend und verbesserungswürdig beschrieben.

Eine bundesweite Studie der DAK aus dem letzten Jahr zeigt, dass jeder fünfte Lehrer an eine Frühpensionierung wegen Arbeitsüberlastung und Stress denkt. Das ist mehr als ein Alarmsignal. Wir wissen alle, dass die Arbeitszeit von Lehrkräften durch eine Gemengelage vieler Faktoren gekennzeichnet ist - so formulierte es auch 2004 das Bundesverwaltungsgericht. Wir kennen auch die Bedenken gegen Arbeitszeitgutachten, die Kritik am Hamburger Arbeitszeitmodell und die Aussage der letzten Bildungsministerin dazu.

Aber soll die Schlussfolgerung daraus sein, dass wir weiter wegschauen? Wollen wir weiter die ansteigenden Zahlen von Erkrankungen einfach hinnehmen? Ignorieren wir weiter, dass - aus welchem Grund - insbesondere ältere Lehrkräfte in Teilzeit oder sogar in den vorgezogenen Ruhestand gehen und damit auch eine Schlechterstellung ihrer Altersversorgung hinnehmen?

Wir, die Jamaika-Koalitionäre, sagen ganz klar Nein. Das Land soll und will ein guter Arbeitgeber sein, Schleswig-Holstein hat eine Fürsorgepflicht gegenüber den 21.000 Lehrkräften, und dazu gehört ein gutes Gesundheitsmanagement.

Das Land muss doch ein ureigenes Interesse daran haben, für die Gesunderhaltung seiner Lehrkräfte zu sorgen. Das ist nicht nur eine Selbstverständlichkeit im Umgang mit Mitarbeitern, sondern führt auch zu besserem Unterricht und zu weniger Unterrichtsausfall, und davon profitieren im Ergebnis auch die Schülerinnen und Schüler.

Meine Damen und Herren, wir wollen das Thema gesunde Schule in seiner Vielfalt vorantreiben. In unserem Koalitionsvertrag nennen wir dazu verschiedene Punkte. Der vorliegende Antrag ist der erste Aufschlag.

Gute Schule kann ohne gesunde und motivierte Lehrer nicht funktionieren. Die Landesregierung soll ein erstes Zwischenergebnis im ersten Quartal 2018 vorlegen. Auf dieser Grundlage können wir

dann über das weitere Vorgehen beraten. Wir wollen sehen, wie die 59er-Vereinbarung mit mehr Leben gefüllt werden kann. Wir müssen über Leitungszeiten und Poolstunden reden. Wichtig ist uns dabei, dass die Lehrerverbände in den Prozess eingebunden werden.

Kollege Vogel, ich freue mich, dass die SPD jetzt in der Opposition ihre Meinung in dieser Angelegenheit geändert hat. Während Sie in Regierungsverantwortung zweimal Initiativen von uns zu diesem Thema abgelehnt oder per Pressemitteilung erklärt haben, dass es genug Untersuchungen gebe, geht es Ihnen jetzt nicht schnell genug. Ich erinnere an die 45. Bildungsausschusssitzung am 28. August 2014,

(Martin Habersaat [SPD]: Das war eine der besten!)

wo der sozialdemokratische Staatssekretär Loßack ausführlich erklärte, warum eine wissenschaftliche Untersuchung nicht möglich und im Übrigen auch kein Geld vorhanden sei.

Heute besteht in der Sache Einigkeit, wenn ich mir die beiden Anträge anschau; nur über die einzelnen Verfahrensschritte besteht noch Uneinigkeit. Wir halten unseren Vorschlag für richtiger: erst die Erhebung, dann die wissenschaftliche Studie, dann das Konzept. Wir beantragen Abstimmung in der Sache und würden uns freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Entschuldigen Sie die Verspätung. Ich bin davon ausgegangen, dass erst die CDU-Fraktion redet. Warum auch immer ich vor Ihnen rede - Herr Loose, Sie werden wahrscheinlich gleich reden.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Das kann ich Ihnen gern sagen, Herr Abgeordneter: weil Sie einen Antrag gestellt haben.

(Heiterkeit und Unruhe)

Kai Vogel [SPD]:

Wir haben einen Ergänzungsantrag gestellt, und früher war es so, dass derjenige, der den Ursprungsantrag gestellt hat, als Erster gesprochen hat, und danach die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke folgten - unabhängig von dem humorvollen Einstieg. Ich kann aber auch sehr gut damit leben, vor der CDU zu reden. Ich war einfach nur verwundert und wollte mich für meine Verspätung entschuldigen, die mich jetzt schon 30 Sekunden gekostet hat.

(Unruhe)

Fast 20 Jahre als Lehrer haben den Vorteil, dass man die Arbeitsbelastung von Schulen ganz gut einordnen kann: die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung, die Kürzung der Ermäßigungsstunden für Schulleistungen, Inklusion, Integration der Flüchtlinge - die Liste ließe sich noch deutlich erweitern. Auch von uns wird angemahnt, dass die Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte über die Jahre immer weiter zugenommen haben. Verstärkt hat sich der Druck auf die Schulen immens, als die ersten Vergleichsstudien zu einem massiv stärkeren öffentlichen Druck auf die Schulen geführt haben. PISA, IGLU und OECD bieten viele interessante Vergleichszahlen, doch die Belastung der Schulen, der Druck von außen hat sich damit deutlich verstärkt.

An Untersuchungen über die tatsächliche Arbeitsbelastung der Lehrkräfte mangelt es nicht. Sie sind sich im Ergebnis nicht einig, stimmen aber darin überein, dass man nicht über Schularten, Schulfächer, Dienstalter und persönlichen Einsatz hinweg zu pauschalen Ergebnissen kommen kann.

Exakte Statistiken über Gesundheitsschädigungen bei Lehrkräften verbieten sich aus Gründen des medizinischen Datenschutzes von selbst. Hingegen steht jeder Arbeitgeber - egal ob in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst - in der gesetzlichen Verpflichtung, die Gesundheit seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten und zu fördern, besonders auch durch Präventionsmaßnahmen. Das Lehrerbildungsinstitut IQSH hat dafür ein eigenes Zentrum für Prävention eingerichtet.

Wir unternehmen immer wieder neu eine Gratwanderung, bei der die Sicherung der Unterrichtsversorgung in eine scheinbare Konkurrenz zur Entlastung von Lehrkräften geschoben wird. Der Landesrechnungshof hat in seinen diesjährigen Bemerkungen die Reduzierungen der Pflichtstunden für Lehrkräfte bemängelt, die einem Gegenwert von um und bei 600 Lehrerstellen entsprechen würden. Er hat

verlangt, dass das Bildungsministerium die Belastung der Lehrkräfte neu berechnen und die Pflichtstundenreduzierungen überprüfen solle. Das bisherige Ministerium für Schule und Berufsbildung hatte bereits zugesagt, die Gründe für Ausgleichs- und Ermäßigungsstunden neu zu überprüfen. Frau Klahn, das wissen Sie, das haben wir im Ausschuss besprochen.

Ich habe Verständnis dafür, dass sich der Blickwinkel des Landesrechnungshofs von dem unterscheidet, den das Land als Arbeitgeber der Lehrkräfte oder gar die Interessenvertreter der Lehrkräfte haben müssen. Ich bin mir aber sicher, dass eine Reduzierung der Altersteilzeit völlig kontraproduktiv wäre, weil die Zahl der Erkrankungen und Frühpensionierungen steil ansteigen würde.

Die Koalition hat nun einen Antrag vorgelegt, der mehr oder minder im Wortlaut des Koalitionsvertrags die Landesregierung auffordert, ein wissenschaftlich basiertes Konzept zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements zu erstellen, das sich zunächst auf die Belastungen der Lehrkräfte konzentriert. So weit, so gut.

Diesen Antrag wollen Sie am vorletzten Tag des Schuljahres 2016/17 verabschieden, aber das Ergebnis bereits spätestens im März 2018 dem Landtag vorlegen. Das halte ich für einen unnötigen Schnellschuss. Das Ergebnis, das Sie uns im nächsten Frühjahr vorlegen könnten, wäre oberflächlich und als Grundlage für politische Entscheidungen ungeeignet. Das möchte ich gern begründen.

Eine solche Untersuchung müsste nach unserem Empfinden auch die Belastungsveränderungen im Laufe des Schuljahres abbilden. Jeder, der schon einmal unterrichtet hat, weiß, dass die Belastungen am Ende Schuljahres deutlich stärker sind als zu Beginn des Schuljahres. Ich meine damit nicht die letzte Schulwoche. Aber wenn wir nach den Osterferien in die Prüfungsphasen hineinkommen, wenn die Prüfungen geschrieben werden, wenn die Anzahl der Korrekturen steigt, wenn die Zeugnisse erstellt werden müssen, ist die Arbeitsbelastung deutlich höher als vorher. Genau diesen Zeitraum blenden Sie mit Ihrem Erhebungszeitraum aus. Deswegen haben wir den Vorschlag eingebracht, den Erhebungszeitraum deutlich zu verlängern.

Es ist nach unserer Auffassung deshalb besser, den Wissenschaftlern, die dieses Gutachten erstellen und auf seiner Grundlage ein Konzept erarbeiten sollen, die entsprechende Zeit zu geben. Das setzt voraus, dass sie mindestens ein komplettes Schuljahr beobachten und auswerten können. Unserer

(Kai Vogel)

Auffassung nach geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bei der A 20! - Heiterkeit)

Deshalb beantragen wir, für die Vorlage dieses Konzepts nicht das Frühjahr 2018, sondern 2019 festzulegen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias Loose das Wort.

Tobias Loose [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie bereits von meinen Vorrednern angesprochen, ist Gesundheit in der Schule ein sehr wichtiges Thema, und vom Grundsatz her - so habe ich es wahrgenommen - sind wir uns da einig. Wir als Jamaika-Koalition haben das im Koalitionsvertrag prominent platziert, ziemlich weit vorn. Es ist bewusst so, dass wir uns bereits heute in der dritten Plenartagung dieser Legislaturperiode mit diesem Thema beschäftigen, weil wir glauben, dass das für Schulen ein sehr wichtiges Thema ist.

Sie haben eben ausgeführt, wie die Unterrichtsversorgung ist. Ich glaube, dass Unterrichtsversorgung eine Rolle spielt, wenn es um Gesundheit geht, aber ich glaube, dass das nicht der Schwerpunkt dieses Antrags ist. Ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich sagen, dass ich mich als Fachpolitiker mit noch wenig parlamentarischer Erfahrung - es sind drei Wochen - freue, sagen zu können, dass Unterrichtsversorgung ein gemeinsames Ziel der Regierungsfaktionen und der Oppositionsfaktionen ist. Im Landtagswahlkampf haben wir alle deutlich gemacht, dass wir uns eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung wünschen. Das ist auch ein Element für mehr Gesundheit, aber nicht unbedingt der Bestandteil dieses Antrags.

Uns geht es hier tatsächlich um den Arbeitsplatz Schule. Wir könnten die beste Unterrichtsversorgung der Welt haben, immer mehr Lehrer einstellen - dennoch ist das Arbeitsfeld Schule am Ende eines, in dem bestimmte Stressfaktoren vorhanden sind. Im wissenschaftlichen Kontext spricht man von „bedingungsbezogenen und personenbezogenen Stressoren“. Ein Element ist zum Beispiel mangelnde

de Kooperation im Arbeitsumfeld, wenn man das wissenschaftlich beschreibt.

(Martin Habersaat [SPD]: Kinder!)

- Ja, Kinder, Schülerinnen und Schüler, aber auch Kolleginnen und Kollegen sind nicht immer nett. Man muss sich um dieses Thema kümmern und gucken, wie man damit umgeht.

Ein anderes Thema ist mit Sicherheit Lärm. Auch da kann man bei Unterrichtsversorgung viel tun. In einer Schule - ich glaube, das ist auch richtig so - wird es auch immer Lärm geben. Das ist mit unser Ansatz, dass wir genau die Themen, die Gesundheit von Lehrkräften betreffend, analysieren wollen, dazu Berichte erstellen lassen wollen und das an bestimmter Stelle diskutieren wollen.

Sie sollten unseren Antrag noch einmal genau lesen. Wir sagen, es ist ein erster Schritt, ein erster Aufschlag, uns bereits im ersten Halbjahr 2018 hier im Haus damit zu beschäftigen, wie man Gesundheit in der Schule thematisiert. Für mich ist das ein erster Aufschlag in diesem Plenum. Ich hoffe, dass wir im Bildungsausschuss - häufiger noch 2019 - über dieses Thema sprechen. Es ist wichtig, die Rahmenbedingungen in der Schule zu verändern, um Lehrern ein gutes Arbeitsumfeld zu geben und den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Das soll unser Ziel sein.

(Wortmeldung Kai Vogel [SPD])

- Herr Vogel, ich wollte gerade schließen. Sie haben eine Frage.

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt dürfen Sie Ihre Frage stellen.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Unser Antrag unterscheidet sich von Ihrem in dem Zeitraum, den wir gesetzt haben. Ihrer endet mit dem Erhebungszeitraum Frühjahr 2018 und beginnt unmittelbar nach der Sommerpause. Unser Erhebungszeitraum soll auf das Jahr 2018 ausgedehnt werden. Ich habe dargestellt, dass wir es für sinnvoll halten, einmal ein komplettes Schuljahr in der Erhebung abzubilden. Können Sie begründen, warum Sie sagen, Sie wollen auf das letzte Vierteljahr des Schuljahres verzichten? Warum erachten Sie es als nicht so wichtig, den Erhebungszeitraum auszudehnen? Ansonsten hätten Sie unserem Ansinnen beitreten und sagen müssen: Okay, lassen Sie uns den Zeitraum auf 2018 ausdehnen.

Tobias Loose [CDU]:

Das Ziel ist im Grundsatz die Verbesserung des Gesundheitsmanagements. Das nächste Ziel ist, dass wir insgesamt ein wissenschaftlich basiertes Konzept haben wollen. Wir nehmen uns vor - ich finde es gut, dass wir das früh tun, also nicht erst 2019 -, möglichst frühzeitig darüber zu sprechen, also bereits 2018 eine erste Erhebung über Lehrerbeltung im Bildungsausschuss zu diskutieren. Ich kann mir vorstellen, dass man auf der Grundlage dieser Erhebung weiter darüber sprechen kann. Im Grundsatz sage ich, dass dieser Antrag wichtig ist, weil wir dieses Thema sehr kurzfristig angehen wollen. - Danke sehr.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Gesunde Schule ist ein wichtiger Baustein für gute Bildung: Sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrkräfte müssen sich in der Schule wohlfühlen, um gute Arbeit leisten zu können.

Anfang dieses Jahres hat die alte Landesregierung dem Landtag bereits einen Bericht zur Arbeitsbelastung von Lehrkräften vorgelegt. Die Vielzahl der bestehenden Maßnahmen und Angebote hat mich - ehrlich gesagt - überrascht. Gleichzeitig sind für mich in dem Bericht auch zwei Defizite deutlich geworden.

Es gibt eine Vielzahl an Möglichkeiten für Lehrkräfte, sich auf individueller Ebene um das Thema Gesundheit zu kümmern. Auf diese Maßnahmen fokussiert auch der Bericht der Landesregierung. Es gibt aber auch Probleme, die systembedingt sind und auf dieser Ebene angegangen werden sollten. Dieser systemische Ansatz wird in dem Bericht nicht in den Blick genommen. Wir haben uns deshalb in den Koalitionsverhandlungen mit unseren Koalitionspartnern darauf verständigt, dass wir ein wissenschaftliches Konzept zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements an Schulen erstellen lassen werden, das sich dem Problem globaler annimmt.

Der Bericht der alten Landesregierung hat auch offenbart, dass die Landesregierung noch zu wenig über die Arbeitsbelastung von Lehrkräften sagen kann. Wir bitten deshalb mit unserem Antrag in ei-

nem ersten Schritt die neue Landesregierung, die Belastungen in der Schule für Lehrkräfte herauszufinden.

Dass das keine einfache Aufgabe ist, ist uns klar. Belastungen werden zum einen ganz unterschiedlich wahrgenommen und unterscheiden sich zum anderen auch je nach Schulart und Jahrgangsstufe stark. Ich weiß gerade von Grundschullehrkräften, dass es oft die vielen Elterngespräche und die sehr heterogene Schülerschaft sind, die als belastend empfunden werden, während es bei Lehrkräften in der Oberstufe vor allem der hohe Korrekturaufwand ist.

Es ist auch kein Geheimnis, dass sich die gesellschaftlichen Anforderungen an Schule nach PISA, durch die UN-Menschenrechtskonvention für Inklusion und eine insgesamt viel heterogenere Schülerschaft sehr geändert haben. Nicht nur die Schülerschaft, sondern auch die Elternschaft ist heterogener geworden, zum Teil deutlich anspruchsvoller, zum Teil von problematischer Unsichtbarkeit.

Es wird keine leichte Aufgabe sein, die Arbeitsbelastung zu erfassen, aber ich denke, dass wir auch von den Erfahrungen anderer Bundesländer profitieren können. In Niedersachsen beispielsweise beschäftigt sich ein Expertengremium seit über einem Jahr mit dieser Frage. Die Ergebnisse aus der Erhebung werden wir in das Konzept zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements einfließen lassen.

Uns ist bewusst, dass wir die Verbesserungen nicht zum Nulltarif bekommen werden, aber allein über eine Reduzierung der Pflichtstunden wird das Problem nicht zu lösen sein. Lösungen könnten sein: mehr Teamarbeit, Fortbildungen nach individuellem Bedarf der Schulen, Entlastung bei Verwaltungstätigkeiten, Verzahnung der unterstützenden Systeme Schulbegleitung, Schulassistenten und Schulsozialarbeit, bessere Ausstattung der Lehrerarbeitsplätze und vieles mehr.

Zum Thema Gesundheitsmanagement gehört nicht nur die personelle Ausstattung. Auch die Schulträger sind zum Beispiel unter Lärmschutzaspekten gefragt.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Strehlau, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

(Ines Strehlau)

Martin Habersaat [SPD]: Frau Kollegin Strehlau, wenn Sie sagen, allein über eine Reduzierung der Pflichtstunden werde das Arbeitsklima nicht zu verbessern sein - heißt das, dass eine Reduzierung der Pflichtstunden in dieser Legislaturperiode im Raum steht?

- Es gibt immer Denkmodelle, wie man die Arbeitssituation für die Lehrkräfte verbessern kann. Dazu gehört natürlich auch die Forderung nach einer Reduzierung der Pflichtstundenzahl. Das ist keine Festlegung darauf, ob wir die Pflichtstundenzahl reduzieren.

(Martin Habersaat [SPD]: Ich bin gespannt!)

Das ist nur eine Wiedergabe von Forderungen gewesen, die aus dem pädagogischen Raum kommen.

Die SPD hat einen Alternativantrag eingereicht, der schon den zweiten Schritt, das wissenschaftliche Konzept zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements an Schulen, beinhaltet. Den Koalitionsfraktionen ist wichtig, erst eine Bestandsaufnahme zu machen, sich die Daten anzusehen und dann auf dieser Basis die Erarbeitung eines Konzepts auf den Weg zu bringen. Wir sind uns also im Ziel einig, gehen aber einen unterschiedlichen Weg. Die Regierungsfractionen machen einen Schritt nach dem anderen, die SPD macht zwei Schritte auf einmal. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

(Thomas Hölck [SPD]: Wo ist der Rest?)

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Wo ist der Rest? - Gute Frage. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Darüber, dass wir alle ein Interesse daran haben, dass unsere Lehrer nicht im Krankenbett liegen, sondern gesund und motiviert zur Schule gehen, dürfte ein Konsens nicht nur in diesem Haus bestehen - auch darüber, dass die Fürsorgepflicht des Landes für seine Bediensteten genau dies gewährleisten soll.

Gerade als ehemaliger Lehrer möchte ich mich ausdrücklich dafür bedanken, dass die Anträge in diesem Haus so früh eingebracht worden sind. Die bis-

her erfolgten Maßnahmen und Aktivitäten zur Gesundheitsförderung durch das IQSH, den Arbeitsmedizinischen Dienst, den Schulpsychologischen Dienst müssen nämlich anerkannt werden. Sie sind alle richtig und sinnvoll, haben bis jetzt offensichtlich nicht ausgereicht, um das Ausmaß der psychischen und physischen Belastung der Lehrerkollegen zu erkennen.

Der Antrag, ein wissenschaftliches Konzept zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements an unseren Schulen zu erstellen, ist daher absolut richtig. Es ist der richtige Denkansatz, denn die vorhandenen Belastungen können nur dann gezielt abgebaut werden, wenn eine aktuelle Situationsanalyse vorliegt, die den Verhältnissen in den Schulen gerecht wird und sie ganz klar aufzeigt.

Der Ausgangspunkt für die zu treffenden Maßnahmen muss in diesem Bereich also eine Auflistung aller Umstände sein, durch die unsere Lehrkräfte sich bei ihrer täglichen pädagogischen Arbeit belastet fühlen. Diese Auflistung kann nur dann ehrlich sein, wenn sie aus Sicht der Lehrkräfte vor Ort erfolgt.

Zur Verdeutlichung will ich ein Beispiel aus der Praxis anführen, das den alltäglichen Wahnsinn darstellt und nicht überspitzt ist. So finden sich in nicht wenigen Klassen nicht nur Schüler und Lehrer, sondern außerdem noch eine Schullassistentin, eine oder zwei Integrationshilfen, ein Praktikant oder Referendar und ein Förderschullehrer. Während man dann zwischen Individualisierung, Differenzierung und dem Treffen von Absprachen regelrecht rotiert, fragt einen die Schulleitung oft noch, ob man wegen des Krankheitsausfalles eines Kollegen nicht auch die Klasse im Nebenraum mit beaufsichtigen könnte.

Diese Schilderung ist nicht überspitzt. Deshalb wollen wir von der AfD wissen, wie die Wirklichkeit in den Schulklassen heute aussieht. Wir wollen wissen, wodurch der tägliche Stress bei den Lehrern entsteht, wie die Lehrer die Umgestaltung des Schulsystems wahrnehmen und wie der Stress entsteht. Dazu gehört auch eine valide Erhebung der Arbeitszeiten. Ich habe versucht, etwas nachzuforschen. Ich konnte nicht herausfinden, warum dies bis jetzt in diesem Haus nicht praktiziert wurde. Vielleicht kann mich da jemand aufklären.

Die AfD will außerdem wissen, ob die Inklusion - und ich weiß hier sehr wohl zur Integration zu differenzieren - den Schülern auf ihrem Lebensweg tatsächlich hilft und dem sonderpädagogischen Förderbedarf entsprochen wird, oder ob es sich hierbei

(Dr. Frank Brodehl)

vielleicht nur um ein wünschenswertes Ideal handelt, das zumindest in der jetzigen Schulwirklichkeit nicht umsetzbar ist.

Ein hinreichendes wissenschaftliches Konzept zu all diesen Fragen kann nicht einfach nebenbei aufgestellt werden. Ich halte den Zeitplan der Antragsteller - gelinde gesagt - für ambitioniert. Der SPD-Alternativantrag ist hier tatsächlich realistischer. Wir brauchen Zeit, ein ganzes Schuljahr, wahrscheinlich sogar bis 2019. Es ist kein Geheimnis: Dass ich so schnell einem SPD-Antrag zustimmen würde, hätte ich tatsächlich nicht gedacht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sind doch gemeinsam in der Opposition! Ist doch kein Thema! - Heiterkeit)

- Ich hätte es nicht gedacht. Es ist ja gut, wenn wir in diesem Haus auch noch sachlich argumentieren können.

Viel wichtiger wird aber sein, wie die neue Landesregierung mit den zu erwartenden Ergebnissen umgehen wird. Wird sie die entsprechenden Konsequenzen ziehen? Dazu gehören folgende Punkte, man muss hier kein Prophet sein: Es geht natürlich um die Reduzierung des Klassenteilers, um moderne Schulgebäude, eine zeitgemäße Ausstattung, um phasenweise räumlich differenzierten Unterricht und leistungsdifferenzierten Unterricht. Es muss um einen Verzicht auf permanente Schulreformen und ständig neue Erlasse gehen. Wünschenswert ist auch die durchgängige Besetzung von I-Klassen und Flexklassen mit zwei Lehrkräften. Es muss um Abminderungsstunden und Ausgleichsstunden gehen.

Das alles zeigt, dass es viel zu tun gibt. Wir stimmen dem vorliegenden Alternativantrag der SPD zu und kündigen an, dass wir uns mit dem geplanten wissenschaftlichen Konzept sehr intensiv auseinandersetzen werden.

Ganz zum Schluss möchte ich noch den Hinweis geben, dass wir in Schleswig-Holstein das Rad nicht neu erfinden müssen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Ja. - In anderen Bundesländern liegen bereits wissenschaftliche Konzepte vor. Es werden sich mit Sicherheit Synergien finden lassen. Wir werden da-

von profitieren können und so Zeit und Steuermittel sparen können. - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Grundsätzlich können wir sicher alle das Ziel dieses Antrags mittragen. Natürlich wollen wir unsere Lehrerinnen und Lehrer unterstützen. Selbstverständlich wollen wir alles tun, um ihre Gesundheit zu erhalten und zu fördern. Das muss aus unserer Sicht übrigens für alle Menschen gelten, die an unseren Schulen tätig sind. Keine Frage: Hierauf hinzuarbeiten, ist und bleibt wichtig. Denn die Arbeitsbelastung ist in den letzten Jahren - auch und gerade im Schulbereich - nachweislich gestiegen.

Vor diesem Hintergrund kann man natürlich nichts gegen ein wissenschaftlich basiertes Konzept zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements an Schulen haben. Wenn man sich aber für diesen Weg entscheidet, muss man hier auch gründlich arbeiten. Für uns heißt das, dass wir die Situation der Lehrkräfte über mindestens ein gesamtes Schuljahr hinweg in den Blick nehmen. So ergibt sich ein wirklich aussagekräftiges Bild mit allen Facetten des Schulalltags. Nur ein solches umfassendes Bild ist aus meiner Sicht eine geeignete Grundlage, um dauerhaft wirksame Gegenmaßnahmen zu entwerfen und unsere Lehrerinnen und Lehrer noch besser zu unterstützen.

Ich will der Befragung unserer Lehrkräfte nicht vorgreifen, aus meinem ehemaligen Kollegenkreis weiß ich aber, dass es vor allem Unsicherheit und Überforderung sind, die zu gesundheitlichen Belastungen des Schulpersonals führen. Ein ganz gewichtiger Faktor ist in diesem Zusammenhang die Frage der Schulstruktur. Es sind also vor allem Debatten über die Struktur unserer Schulen - wie etwa aktuell über die Frage von G 8 oder G 9 an Gymnasien -, die zu großen Verunsicherungen und damit zu Stress führen. Gerade hier muten CDU, Grüne und FDP den Lehrkräften einiges zu. Ich denke, dass dieser Zusammenhang den allermeisten auch ohne wissenschaftlich basiertes Konzept klar ist.

Doch ganz ohne Frage gibt es weitere Gründe für die zunehmende Belastung unserer Lehrerinnen und Lehrer. Neben dem Dauerthema Lärmbelastigung zählen zum Beispiel veränderte Anforderungen durch den digitalen Wandel, das Ziel der inklusiven

(Jette Waldinger-Thiering)

Schule oder die Beschulung Geflüchteter dazu. Auch die fehlende Entlastung bei organisatorischen Aufgaben beziehungsweise die fehlende Würdigung derjenigen, die Zusatzaufgaben auf sich nehmen, spielt hier eine nicht unwichtige Rolle.

In jedem Fall muss uns allen eines klar sein: Die Ergebnisse der Befragung werden mit großer Wahrscheinlichkeit einen Mehrbedarf im Schulbereich ergeben.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Genau!)

Ich gehe jedenfalls stark davon aus, dass viele Lehrerinnen und Lehrer auf ihre zu hohe Unterrichtsverpflichtung und auf die fehlende Zeit für Zusatz- und Führungsaufgaben hinweisen werden. Wir hoffen jedenfalls sehr, dass die Landesregierung dann die richtigen Schlüsse daraus zieht und vor allem die möglichen Gegenmaßnahmen darstellt - und zwar möglichst konkret und für uns alle nachvollziehbar.

Unabhängig davon ist für uns natürlich klar, dass wir ganz im Sinne der vorliegenden Anträge handeln und unsere Lehrkräfte noch umfassender unterstützen müssen. Unterstützung heißt für uns nicht zuletzt, dass wir die personelle Ausstattung unserer Schulen fortlaufend an die genannten Herausforderungen anpassen müssen.

Bekanntlich haben wir die damaligen Stellenabbaupläne von CDU und FDP abgemildert. Dies wurde zwar viel kritisiert, wir halten aber eine auskömmliche Personalausstattung für eine absolute Grundvoraussetzung für gesundes Arbeiten. Daran hat sich natürlich nichts geändert, schon gar nicht in Zeiten, in denen wachsende Schülerzahlen prognostiziert werden. Wer also gesunde Lehrerinnen und Lehrer will, sollte hieran genauso denken wie an das Thema Fort- und Weiterbildung, denn nur so geben wir den Lehrkräften die Möglichkeit, sich angemessen auf neue An- und Herausforderungen vorzubereiten. So beugen wir genau der strukturellen Überforderung vor, die häufig krank macht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch etwas dazu

sagen, warum wir in unserem Antrag über eine doch deutliche Fristverlängerung sprechen. Auf den ersten Blick mag unsere Forderung verwundern, da die Aufgabe der Opposition eigentlich darin besteht, von der Landesregierung die Vorlage von Ergebnissen in kürzerer Frist zu verlangen. Der Grund für unseren Antrag: In meinem früheren Leben - das noch gar nicht so lange her ist - habe ich genau solche wissenschaftlichen Untersuchungen vorgenommen und auf dieser Grundlage Gutachten erstellt. Deshalb kann ich relativ genau beurteilen, wie viel Zeit man braucht, um so etwas richtig und vernünftig zu machen.

Wenn Sie es richtig und vernünftig machen wollen - davon gehe ich aus -, also ernsthaft und wissenschaftlich, dann werden Sie es in der kurzen Frist, von der in Ihrem Antrag die Rede ist, schlichtweg nicht schaffen. Kein ernsthafter Wissenschaftlicher wird das machen. Sie werden keinen ernsthaften Wissenschaftler finden, der in einem Viertel- oder einem halben Jahr ein solches Gutachten erstellt.

Ich will Ihnen auch sagen, warum dem so ist: Wer es ernsthaft betreiben will, der muss in die Schule gehen - genauer: in die Schulen; es sind nämlich mehrere Schultypen. Es wird nicht ausreichen, die Lehrkräfte, die Schulleiterinnen und -leiter und die anderen Gruppen in der Schule zu befragen. Der ernsthafte Wissenschaftler muss Beobachtungen machen. Die entsprechenden Methoden sind State of the Art. Das alles ist nicht originell, sondern kann nachgelesen werden.

Wenn Sie ein Gesundheitsmanagement für die Schulen anstreben, dann haben Sie es neben der Schule mit weiteren Akteuren zu tun, zum Beispiel den Schulträgern. Wenn Sie das alles ernsthaft und wissenschaftlich betreiben wollen, dann doch sicherlich nicht in dieser kurzen Zeit. Das wird Ihnen schlicht nicht gelingen. Das ist nicht machbar.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir sind uns sicherlich einig darüber, dass wir Grund haben, uns über die Belastungssituation von Lehrkräften Sorgen zu machen.

(Ministerin Karin Prien)

Das ist wohl Konsens unter allen Fraktionen. Dass uns, der Koalition, dieses Thema sehr wichtig ist, können Sie dem Koalitionsvertrag entnehmen. Gesunde Schule - das ist uns ein zentrales Anliegen. Dies gilt übrigens nicht nur für Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch für Schülerinnen und Schüler.

Dafür - auch darüber besteht hier im Haus Einigkeit - ist ein wissenschaftlich basiertes Konzept zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements an den Schulen erforderlich.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke schön, Frau von Kalben, auch wenn es ein einsamer Applaus ist.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

- Es geht doch!

Frau Klahn und andere haben es ausgeführt: Es geht darum, die aus den Aufgabenveränderungen der letzten Jahre resultierenden Belastungen zu untersuchen und die Ergebnisse zu berücksichtigen. Wir wissen um den Zuwachs an administrativen Aufgaben und um die gewachsenen Herausforderungen, die aus der Heterogenität der Schülerschaft, der wachsenden Bedeutung der Inklusion und dem Ziel der gelingenden Integration erwachsen sind.

Es geht aber auch um Fragen, die hier nur am Rande erwähnt worden sind: Wie ist eigentlich das Arbeitsklima an den Schulen? Wie werden Konflikte an den Schulen gelöst? Wie sind die sozialen Beziehungen? Welche Unterstützung erfahren Lehrerinnen und Lehrer? Wie funktioniert Teamarbeit? Ich könnte vieles andere mehr nennen.

Es ist keine triviale Aufgabe, die hier zu lösen ist. Das haben Sie ausgeführt. Ich bin völlig Ihrer Auffassung.

Ich fürchte allerdings, dass es in dieser Debatte zu einer gewissen Begriffsverwirrung gekommen ist, auch im Hinblick auf die Anträge, die heute zur Beratung vorliegen. Den Regierungsfractionen bin ich für ihren Antrag sehr dankbar. Sie wollen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt auf den Weg machen, in einem ersten Schritt die Belastungssituation der Lehrerinnen und Lehrer durch eine Befragung der Betroffenen zu erheben. Nur um diese geht es heute. Nur diese soll bis zum I. Quartal 2018 erfolgen. Das ist der erste Schritt, den die Regierungsfractionen gehen möchten. Auf der Grundlage der Auswertung dieser Befragung soll das Design für eine Studie erstellt werden, die wiederum

Grundlage für die Erstellung eines Konzepts zum Gesundheitsmanagement sein soll.

Frau Klahn hat es schon zutreffend ausgeführt. Deshalb diskutieren wir hier, so glaube ich, ein bisschen aneinander vorbei. Das mag daran liegen, dass der Antrag nicht klar genug formuliert worden ist. Ich habe ihn verstanden; aber offensichtlich ist hier einiges durcheinandergeraten.

Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen, dass die Ergebnisse der Studie nicht so schnell vorliegen können. Wenn dies dennoch jemand behaupten würde, dann wäre er unseriös. Ich habe allerdings nicht den Eindruck, dass die Regierungsfractionen dies versucht hätten.

Noch einmal: Es geht hier ausschließlich darum, eine Befragung der Lehrerinnen und Lehrer durchzuführen. Das Design dieser Befragung ist übrigens noch von der Vorgängerregierung erstellt worden. Die Befragung ist auf der Grundlage einer Vereinbarung nach § 59 des Mitbestimmungsgesetzes bereits in anderen Landesbehörden durchgeführt worden. Es erfolgt jetzt eine Anpassung an die Besonderheiten des Schulbereichs. Nur diese Befragung wollen die Regierungsfractionen heute auf den Weg bringen. Ich bin dankbar dafür, dass es gemacht wird, und erspare mir weitere Ausführungen zu den bereits vorliegenden Ergebnissen von Studien.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diese Befragung vernünftig durchführen. Wir werden sie auswerten. Dann wird unter Berücksichtigung aller Aspekte das Design der Studie entworfen. Am Ende steht ein Konzept.

Das wird uns mutmaßlich über viele Jahre beschäftigen. Das ist aber erforderlich, damit wirklich etwas Substantielles herauskommt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich nicht falsch, die Betroffenen zu befragen. Ich kann Ihnen aus meiner - schon etwas länger dauernden - parlamentarischen Tätigkeit, das heißt aus meiner Erfahrung berichten. In Gesprächen mit Lehrkräften kommen Ideen wie Lärmreduzierung,

(Martin Habersaat)

schönere Gestaltung des Lehrerzimmers oder Verbesserung des Konfliktmanagements an der Schule bei Weitem nicht so gut an wie andere Vorschläge, etwa die Unterrichtsstunden reduzieren, mehr Kooperationsstunden zur Verfügung stellen, den Klasseanteiler senken, kleinere Lerngruppen einrichten und dergleichen. Die Pflichtstundenreduzierung ist von der Koalition in den Raum gestellt worden. Wir werden das gespannt beobachten.

Der Kollege von der CDU sagte, alle Parteien seien mit dem Versprechen, für 100 % Unterrichtsversorgung zu sorgen, in den Wahlkampf gezogen. Ich erlaube mir den Hinweis, dass die CDU im Wahlkampf sogar noch mehr versprochen hatte: Die CDU hat eine Unterrichtsgarantie versprochen! Die CDU hat den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern und den Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein versprochen, dass in Schleswig-Holstein nie wieder eine einzige Stunde Unterricht ausfallen werde. Das war Ihr Versprechen! Das ist ungefähr so glaubhaft wie - lassen Sie mich kurz nachdenken -: „Wir bauen die A 20 in fünf Jahren fertig.“

(Beifall SPD)

Sie werden feststellen, dass der Zeitplan selbst für eine einzelne Befragung ambitioniert ist. Aber wenn Sie sich das vornehmen, dann ist das okay. Das muss aber noch durch das Kabinett, und wir haben jetzt erst einmal die Sommerpause. Wir werden die Ergebnisse der Befragung gespannt abwarten.

Frau Klahn, die spannende Diskussion erfolgt tatsächlich erst im Anschluss. Wir haben sie aber im Ansatz auch schon vorher geführt.

Wir haben immer gesagt: Realistisch kann man über so etwas eigentlich erst dann diskutieren, wenn man 100 % Unterrichtsversorgung erreicht hat, weil bis dahin die Belastung der Lehrerinnen und Lehrer ohnehin höher ist, als sie es sein sollte, das heißt höher, als selbst wir als Land es einräumen. Aber wenn man denn zu dem Schluss kommt, dass Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein unterschiedlich stark belastet sind, dann wird man die spannende Frage stellen müssen, ob künftig Sport- und Musiklehrer in Schleswig-Holstein mehr unterrichten müssen. Eine weitere Frage: Müssen künftig die Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen weniger unterrichten als an Gymnasien, weil sie die heterogeneren Lerngruppen zu beschulen haben?

Es gibt noch viele andere spannende Fragen. Ich glaube, wir haben lebhaft fünf Jahre vor uns. Ich

freue mich darauf! - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Nach den Wortbeiträgen gehe ich davon aus, dass Abstimmung in der Sache gefordert wird. - Ich lasse zunächst über den Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/92 (neu) abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion der SPD, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der CDU. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/54, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen der CDU, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der AfD. Wer ist dagegen? - Die Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass die Absprache der Parlamentarischen Geschäftsführer das Haus insgesamt erfasst hat und wir deswegen morgen die Punkte, die heute nicht erledigt worden sind, in die Tagesordnung einreihen werden. Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer, dafür zu sorgen, dass uns morgen eine entsprechende Tagesordnung vorgelegt wird, in der sich diese Punkte dann wiederfinden.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass um 18:15 Uhr im Schleswig-Holstein-Saal die „Halbe Stunde der Besten“ stattfindet. Sie wissen, der Landesmusikrat erfreut uns hin und wieder mit musikalischen Darbietungen. Heute sind es die Saxophonistinnen und Saxophonisten. Ich bitte Sie, wenn Sie Zeit haben, dem zu lauschen.

Ich unterbreche die Tagung und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

Schluss: 18:11 Uhr